



# AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 7426 E

2,50 DM

März

3/1983

14. Jahrgang

## Nikaragua verteidigt sich



Argentinien • El Salvador  
Moçambique  
China

## Inhalt

<b>AIB-Aktuell:</b> Vor dem Delhi-Gipfel der Nichtpaktgebundenen	3
<b>Nikaragua</b> Reportage von Nico Biver Der Fall der Miskitos	4 9
<b>El Salvador</b> Die FMLN auf dem Vormarsch Bei der Guerilla im kontrollierten Gebiet	14 16
<b>Mittelamerika</b> 2 Mio. auf der Flucht Israel – Waffengehilfe der USA in Mittelamerika	18 20
<b>Argentinien</b> Der „Marsch für die Demokratie“	28
<b>China</b> Neue Trends in der Außenpolitik Die Afrikatournee des Zhao Ziyang	31 33
<b>Korea</b> Das Chon-Regime wird hochgerüstet	35
<b>Moçambique</b> Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks (2)	37
<b>Kultur</b> „Yol“ – der rebellische Weg des Yilmaz Güney	40
<b>Bundesrepublik – Dritte Welt</b> Wahlprüfsteine Entwicklungspolitik	42
<b>Rückblick</b> Karl Marx und die Dritte Welt	43
<b>Rezension</b> Neuerscheinungen zum Südlichen Afrika	44
<b>Infodienst</b>	45
<b>Kurzinformationen</b>	46
<b>Kommentar</b> Von wegen chemische Kriegführung	48

## Nikaragua

S. 4



„No pasaran! Sie kommen nicht durch!“ – heißt die Losung, die in Nicaragua dieser Tage in aller Munde ist. Steht das Schicksal der jungen Revolution auf des Messers Schneide? Oder finden die Sandinistas auch angesichts der US-Interventionspraktiken und der inneren Gegenkräfte ihren Weg? Unser Redaktionsmitglied Nico Biver war 14 Tage im Land Sandinos und hat seine Eindrücke in einer Reportage zusammengefaßt.

Die Völkerkundlerin R. Dunbar Ortiz liefert nötige Hintergrundinformationen zum Fall der Miskitos.

## El Salvador

S. 14

Mit der vorübergehenden Eroberung der salvadorianischen Stadt Berlin Ende Januar d.J. demonstrierte die Befreiungsbewegung FMLN erneut ihren Stärkezuwachs. Wir bringen eine Einschätzung der aktuellen Offensive der Guerilla und einen Situationsbericht aus dem kontrollierten Gebiet von Guazapa.



## China

S. 31

Steht China vor einem grundsätzlichen Kurswechsel in der Außenpolitik? Die Normalisierungsgespräche mit der UdSSR, die Afrikareise des Pekinger Ministerpräsidenten Zhao Ziyang zur Jahreswende und der Besuch des US-Außenministers George Shultz Anfang Februar d.J. in Peking setzten widersprüchliche Akzente.

Der nordamerikanische Journalist Richard Ward untersucht die Veränderungstrends in der chinesischen Außenpolitik, wobei er dem Verhältnis China-USA besonderen Aussagewert beimißt.



## Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 4,50 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
Druck: Plambeck & Co., Neuss

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Telefon (0 64 21) 2 46 72

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürmann, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Krickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

**Redaktionskollektiv:** Nico Biver, Wolfram Bröner (verantwortlich), Rainer Falk, Andreas Krajczek, Hans-Erich Schäfer.

**Mitarbeiter** dieser Ausgabe: A. J. Arndt, R. Baben, M. Fey, E. Golombek, P. Grund, L. Schmitz, E. Schneider, Ch. Sode-mann, J. Weber, B. Weng

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

**Redaktionsschluß:** 9. 2. 1983

**Anzeigen:** ami, ASK, Koordinationsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika, Röderberg, Deutsche Volkszeitung, Weltkreis Verlag

## AIB-Aktuell: Vor dem Delhi-Gipfel der Nichtpaktgebundenen

Eigentlich sollte die 7. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Länder schon im September 1982 in Bagdad stattfinden. Da den Vermittlungsbemühungen der Bewegung zwischen den kriegführenden Golfstaaten Irak und Iran jedoch kein Erfolg beschieden war, entschied man sich für Delhi als Tagungsort.

Wenn dort vom 7.-10. März 1983 die Staats- und Regierungschefs der jetzt bald 100 Mitgliedsländer zusammenkommen, wird der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran nicht das einzige Problem sein, mit dem sich die nun über 20 Jahre alte Bewegung konfrontiert sieht. Dennoch sind von dieser Gipfelkonferenz Beschlüsse zu erwarten, die die Nichtpaktgebundenen – entgegen aller Unkenrufe – als bedeutenden Faktor in der Weltpolitik bestätigen dürften.

Beginnen wir mit den Problemen: Der Krieg Irak-Iran ist nicht der einzige Konflikt zwischen zwei Mitgliedsstaaten. Die Bemühungen um eine politische Lösung der Afghanistanfrage stecken noch in den Anfängen, so daß das Verhältnis Afghanistans zu Pakistan und dem Iran stark belastet bleibt. Noch immer ungelöst ist auch, wer das Mitgliedsland Kampuchea in der Bewegung vertreten soll, die legitime Regierung Heng Samrin oder die „Exilregierung“, die sich aus dem Prinzen Sihanouk, der diskreditierten Pol-Pot-Clique und den Weißen Khmer zusammensetzt.

Die letzte Frage ist vom Gastgeberland Indien dahingehend vorentschieden worden, daß zur Konferenz nach Delhi weder die eine noch die andere Seite eingeladen wurde, obwohl Indien bereits vor geraumer Zeit die Regierung Heng Samrin diplomatisch anerkannt hat.

### Von Fidel Castro zu Indira Gandhi

Mit der Wahl Indiens als Tagungsort geht die Präsidentschaft der Bewegung für die nächsten Jahre automatisch an Indira Gandhi über. Man erwartet allgemein, daß sie eine integrierende Wirkung auf die nichtpaktgebundene Bewegung ausüben vermag, wofür zumindest das Gewicht, über das Indien als „Gründungsvater“ der Bewegung immer noch verfügt, spricht. Inwieweit Indiens Präsidentin die – angesichts der weltpolitischen Zuspitzung – nötige antiimperialistische Entschlossenheit und Militanz mitbringt, muß abgewartet werden.

Das unbestreitbare Verdienst Kubas, das seit der 6. Gipfelkonferenz in Havanna 1979 (siehe AIB 11-12/1979, S. 4-18) die Präsidentschaft innehatte, ist es, daß es den Blick der Bewegung immer wieder auf die Kernpunkte der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und seinen lokalen Statthaltern in der Dritten Welt lenkte: die unter der Reagan-Administration angewachsene Weltkriegsgefahr und den neuerwachten globalen Interventionismus der USA, die Palästinafrage und den Nahostkonflikt, die friedensgefährdende Politik des Apartheidregimes im Südlichen Afrika, den Kampf um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung usw. Angesichts der von den og. Streitfragen teilweise ausgehenden lähmenden Wirkungen war das nicht immer leicht. Auf den kubanischen Einfluß ist es sicher auch maßgeblich zurückzuführen, daß die Rolle und das Gewicht Lateinamerikas in der Bewegung in jüngster Zeit erheblich aufgewertet worden ist. Dies unterstrich, die vom 12.-15. Januar 1983 in Managua (Nikaragua) abgehaltene außerordentliche Konferenz des Koordinationsbüros der Nichtpaktgebundenen, die sich erstmals ausschließlich mit Fragen Lateinameri-



Willkommensgruß an die Nichtpaktgebundenen im Zentralmarkt von Managua

kas und der Karibik befaßte. Wenn im März d.J. in Delhi Kolumbien und Venezuela formell den Nichtpaktgebundenen betreten werden, kommt die Bewegung auf 14 lateinamerikanische Mitglieder.

Die im Kommuniqué von Managua festgehaltenen Konsenspositionen bringen – trotz der wachsenden Breite der Bewegung – so deutlich wie selten zuvor das antiimperialistische Profil der Nichtpaktgebundenen zum Ausdruck. Neben der eindeutigen Verurteilung der Interventions- und Destabilisierungspolitik Washingtons gegen Nikaragua (siehe nachstehende Reportage von N. Biver) wird dort vor allem die US-Hilfe für die Regimes in El Salvador und Guatemala verurteilt.

Die Nichtpaktgebundenen unterstützen ausdrücklich das Angebot der salvadorianischen Befreiungsfront FMLN/FDR sowie die Initiative Mexikos und Venezuelas vom letzten Quartal 1982 für eine politische Verhandlungslösung des El-Salvador-Konflikts. Sie fordern die USA auf, „ihre Intervention und Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Ländern der Region zu unterlassen und eine für Dialog und Frieden der Region konstruktive Haltung einzunehmen.“

Besondere Bedeutung besitzen darüber hinaus: die Unterstützung des argentinischen Souveränitätsanspruchs über die Malwinen; die Verurteilung der Menschenrechtsverletzungen durch das Pinochet-Regime in Chile; die Warnung vor der wachsenden Nichteinhaltung der Panamakanal-Verträge durch die USA; die Aufforderung der USA zur Räumung ihres kubanischen Stützpunktes Guantánamo; der Vorschlag, Mittelamerika und die Karibik zur Friedenszone zu erklären.

Die Empfehlung von Managua an die Gruppe der 77, in der UNO einen gemeinsamen Vorstoß zur Schuldentilgung zu unternehmen, um eine Benachteiligung der kleinen Schuldnerländer gegenüber den internationalen Finanzinstitutionen zu verhindern, ist für den Fortgang des Kampfes um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung von Bedeutung. Das Kommuniqué von Managua liegt in Delhi den Staats- und Regierungschefs der Nichtpaktgebundenen zur Beratung vor. Sollten diese sich für andere Weltregionen auf ähnlich konsequente Positionen einigen können, so würden sie den Erwartungen voll gerecht werden, die ihre Völker in sie setzen.

Reportage von Nico Biver

## „No pasaran“ Sie kommen nicht durch!



Massenkundgebung vor der Kathedrale in Managua vom Januar d. J.: Techtelmechtel zwischen R. Reagan (l.) und M. Thatcher

Vom 10.-26. Januar d.J. weilte eine 26köpfige Delegation des Hessischen Jugendringes und des bundesdeutschen Zweigs des Service Civil International (SCI) in Nicaragua. Eingeladen hatte die Sandinistische Jugend 19. Juli (JS-19). Die Besucher besichtigten Solidaritätsprojekte, nahmen an Ernteeinsätzen und Massenkundgebungen teil und informierten sich über Land und Leute. Unser Mitarbeiter Nico Biver war dabei.

„No pasaran“ – Sie kommen nicht durch, das ist heute das Hauptanliegen des nikaraguanischen Volkes. Diese Losung, die auf keiner Kundgebung und in keiner Straße auf den Häuserwänden fehlt, richtet sich vor allem gegen die „Contras“, die Konterrevolutionäre, die vom Norden her die Grenze überschreiten.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht Bauern entführt, Kaffeeplücker, Milizionäre und Soldaten von ihnen getötet werden. Vom 11.-17. Januar d.J. wurden allein 18 Angehörige des Sandinistischen Volksheeres getötet. Seit 1980 fielen den bewaffneten Banden der „Contras“ insgesamt über 400 Nicaraguaner zum Opfer.

Die Interventen, 5.000-7.000 ehemalige Somoza-Nationalgardisten und einige hundert Miskito-Indianer, haben ihre Überfälle von honduranischem Territorium verstärkt. 1.000 von ihnen befinden sich derzeit innerhalb Nicaraguas, im dünnbesiedelten und bewaldeten Nordosten des Landes.

Finanziert und unterstützt werden sie von Honduras und den USA (siehe ausführlich: AIB 1/1983 und 10/1982, je S. 4-7). Daß der CIA die Somozisten ausbildet und mit Waffen beliefert, mußte im Januar 1983 der Direktor des US-Geheimdienstes, William Casey vor einem Ausschuß des US-Repräsentantenhauses zugeben.

Besiegen können sie die Sandinistas nicht, noch nicht einmal mit Hilfe der hochgerüsteten honduranischen Armee. Da müßten schon US-Soldaten eingreifen, wie es 1.700 von ihnen zusammen mit honduranischen Regierungstruppen in einer Stärke von 5.000 Mann vom 1.-10. Februar d.J. im Manöver „Big Pine“ – Große Pinie – probten, gerade 10 km von der nikaraguanischen Grenze entfernt.

„Jeder revolutionäre Prozeß, der sich für die Interessen des Volkes entscheidet, führt zu Widersprüchen in allen gesellschaftlichen Bereichen“, so erläuterte uns der nikaraguanische



Frauenbataillons-Mitglied auf der Kaffeeplantage „La Colonia“

sche Postminister Enrique Schmidt in einem Gespräch. „Es ist also für uns kein Zufall, daß die US-amerikanische Regierung ganz energisch gegen unsere Revolution ist. Wenn wir die USA als ganz große Freunde hätten, dann würden wir uns Sorgen machen.“

Sorgen müssen sich die nikaraguanischen Revolutionäre trotzdem machen, auch wenn sie anderer Natur sind. Der militärische Druck aus dem Norden und mittlerweile auch von Kostarika aus, dient dazu die Produktion zu stören, die Bevölkerung zu verunsichern.

Die Regierung in Managua ist gezwungen allzuviel an finanziellen Mitteln in die Verteidigung zu stecken, die dann für die Entwicklung des Landes fehlen. Einen offenen Krieg mit den USA braucht Nicaragua augenblicklich (noch) nicht zu fürchten. Der Regierung ist es um die Jahreswende 1982/83 gelungen, eine internationale Isolierung zu vermeiden und das Volk für die Verteidigung der Revolution zu mobilisieren.

Ein Beispiel für die erfolgreiche Diplomatie der Sandinistas war die Sondertagung des Koordinationsbüros der Nichtpaktgebundenen, die der Vorbereitung des 7. Gipfeltreffens

in Delhi diente. War allein schon der Tagungsort Managua ein Ärgernis für die Reagan-Administration, so stellte das Schlußdokument, die „Deklaration von Managua“ (siehe Kasten), eine Verurteilung des gesamten US-Politik in Lateinamerika dar.

Die Drohung der UN-Botschafterin der USA, Jane Kirkpatrick, an die Adresse der 116 Delegationen in Managua, sie hätten keine Hilfe mehr von den USA zu erwarten, wenn sie sich nicht den Positionen der USA unterordnen, verpufften. Und auch die Besuche ihrer Mitarbeiter bei einigen Delegationen zeitigten keinen Erfolg.

Einstimmig verlangte die Konferenz die Einstellung der bewaffneten Überfälle, der Geheimdienstoperationen und der wirtschaftlichen Destabilisierungsmaßnahmen gegen Nicaragua. Gleichzeitig wurde der Ost-West-Konflikt als Erklärungsmuster für die Krise in Mittelamerika verworfen, die Friedensinitiative Mexikos und Venezuelas vom September 1982 (Wortlaut in: AIB 1/1983, S.6) begrüßt.

### „Bereit, jedes Opfer zu bringen“

Soviel Antiimperialismus wurde von der sandinistischen Revolution mit Spruchbändern und Erklärungen begrüßt. In allen Städten Nikaraguas fanden Kundgebungen statt. Sie fanden ihren Höhepunkt am 12. Januar d.J. auf der größten Manifestation in Managua, an der wir teilnahmen.

Zu Ehren der Konferenz strömen über 100.000 Menschen mit schwarz-roten Fahnen und Transparenten zum Platz der Revolution. Onkel-Sam-Puppen werden verbrannt, aufgehängt oder von Papp-Milizionären gejagt. Das Zitat Augusto Cäsar Sandinos: „Die Souveränität des Volkes steht nicht zur Diskussion, sie wird mit der Waffe in der Hand verteidigt“, wird zur Losung des „Pöbels“, wie die nikaraguanische Bourgeoisie die kampftschlossenen Massen zu beschimpfen pflegt.

Die disziplinierten Marschblöcke aus den Betrieben und Ministerien haben die Straßen in Besitz genommen. Die wenigen überflüssigen Polizisten demonstrieren mit.

Auf dem Kundgebungsplatz werden die einzelnen Delegationen vorgestellt. Die Länder, die nach Kuba genannt werden, gehen im tosenden Beifall unter. „No pasaran“, schallt es über den Platz, bevor die Vorsitzende der Sandinistischen Verteidigungskomitees, Comandante Guerillera Leticia Herrera redet.

Sie übt, anders als die Sandinistaführer Tomas Borge oder Daniel Ortega, keine Regierungsfunktion aus, also verstößt sie mit ihrer Rede vor den Delegierten der Nichtpaktgebundenen nicht gegen das Protokoll: „Wir wollen Euch sagen, daß unser Volk für den Frieden kämpft und immer kämpfen wird, weil wir wie Sandino 1928 sagen: 'Wir werden nie einen feigen Frieden akzeptieren.' Sagt, daß das Volk von Nicaragua, das mutig kämpft und leidet, bereit ist, jegliches Opfer zu bringen, bis hin zu seiner eigenen Vernichtung, um seine Freiheit zu verteidigen: Freies Vaterland...“ „Oder Tod!“ erwidert die Menge.

„Poder popular“ schallt es über den Platz: Volksmacht, eine Feststellung, keine Forderung. Dann redet der kubanische Außenminister Isidoro Malmierca, sehr diplomatisch, wie man es von den Kubanern nicht gewohnt ist. Aber Kuba hat den Vorsitz der Nichtpaktgebundenen inne und muß deshalb deren Konsens vertreten. Trotzdem gibt es großen Beifall. „Un solo ejercito“ – das Heer und das Volk sind eins, ruft die Menge.

Plötzlich ein lautes Krachen wie von einer Explosion. Ein, zwei Sekunden ist alles still, dann lautes Lachen, Schreien, ein Riesendurcheinander. Es war keine Bombe, sondern der Beginn des Feuerwerks und des Kulturprogramms. Die bekanntesten nikaraguanischen Gruppen bieten Tanz und Kar-

## Tagung der Nichtpaktgebundenen vom Januar 1983

### Deklaration von Managua

(...) Die Situation in der Region untersuchend, zogen die Minister in Betracht, daß Mittelamerika sich einer ernsten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenüber sieht, welche durch die traditionellen repressiven Machtstrukturen und durch nationale Wirtschaftsstrukturen verursacht wird, die Armut, Ungleichheit und Elend hervorrufen, und die noch erschwert wird durch die Intervention und Einmischung, denen diese Länder seit dem letzten Jahrhundert ausgesetzt sind.

Die Minister erklärten, daß der Veränderungsprozeß in Mittelamerika nicht auf die ideologische Ost-West-Konfrontation zurückzuführen oder mit ihr zu erklären sei. (...)

Die Minister verurteilten die Drohungen und Aggressionsakte gegen Nicaragua, die Finanzierung geheimer Aktionen, die Nutzung der Territorien der USA und der Nachbarländer Nicaraguas zur Ausbildung konterrevolutionärer Streitkräfte und die Verletzung des Luftraums und der Territorialgewässer Nicaraguas durch US-Flugzeuge und -Schiffe – all dies führte zu terroristischen Aktionen, bewaffneten Angriffen, der Sprengung von Brücken und anderen Sabotageakten, die den Sturz der Revolutionsregierung zum Ziel haben...

Die Minister verurteilten insbesondere die systematischen Angriffe gegen Nicaragua, die von jenseits seiner nördlichen Grenze durch bewaffnete Banden ehemaliger Mitglieder der Nationalgarde Somozas ausgeführt werden. Sie erwähnten besonders, daß diese Aktionen Teil eines wohlverwogenen Planes seien, um Nicaragua zu stören und zu destabilisieren, wie es von einer ausländischen Macht öffentlich eingestanden wurde.

Die Minister verurteilten gleichfalls die gegen Nicaragua eröffnete systematische Kampagne der wirtschaftlichen Destabilisierung als Teil jener interventionistischen Politik...

Die Minister begrüßten Nicaraguas festen und wiederholten Wunsch nach Frieden, wie er in seinen Initiativen für einen direkten Dialog mit Honduras und den Vereinigten Staaten zum Ausdruck kommt. (...)

Die Minister würdigten die von Mexiko und Venezuela vorgebrachte Friedensinitiative. (...)

(Quelle: Barricada, Managua, 15.1.1983)

neval, Folklore und politische Lieder.

Sie sind die Spitze einer breiten Bewegung zur Wiederentdeckung der alten nikaraguanischen Kultur und der Entwicklung eigenständiger kultureller Ausdrucksformen. Mit dem wirtschaftlichen und politischen Machtverlust des US-Imperialismus, geht langsam aber sicher auch die Coca-Cola-Kultur unter.

Auch diese Bewegung, die durch Kunstwettbewerbe der Massenorganisationen gefördert wird, ist Teil der Verteidigung der Revolution. Denn sie trägt zur Entwicklung eines nationalen Bewußtseins bei.

### Die Schlacht mit Schraubenschlüssel und Machete

Die größte Schlacht zur Verteidigung der revolutionären Erfolge wird gegenwärtig nicht mit der Waffe geschlagen, sondern mit dem Schraubenschlüssel und der Machete. Von der Lösung der wirtschaftlichen Probleme hängt die Verwirklichung von sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen ab. Schlägt dies fehl, so könnten Teile der Bevölkerung für die Politik der Bourgeoisie gewonnen werden.

Als die Revolution im Juli 1979 siegte, waren der Wirtschaft durch Zerstörungen, Dekapitalisierung, Produktionsausfall und die Auslandsverschuldung 4,144 Mrd Dollar verlorengegangen. Diese Situation verschärfte sich weiter durch ein anhaltendes Außenhandelsdefizit, Kapitalflucht, Investitionsverweigerungen, die Überschwemmungen im Jahr 1982 und die Ausreise von mittlerweile 10.000 Technikern.

Die Boykottpolitik der USA verhindert außerdem, daß Nicaragua ausreichend Kredite bei internationalen Finanzinstitutionen erhält. Der Devisenmangel führt bei der importabhängigen Industrie zu Produktionsrückgängen, was andererseits die Nachfrage nach ausländischen Industrieprodukten erhöht. Arbeitslosigkeit und Inflation sind die Folge. Die gerechtere Verteilung der Güter und Lohnsteigerungen haben paradoxerweise zu Engpässen geführt, die auch durch den Anstieg der Produktion in der Landwirtschaft nicht vollständig behoben werden konnten.

Um die Preise niedrig zu halten ist es bei Zucker und Benzin zu Rationierungen gekommen. Dank der Agrarreform und durch den Verkauf von Grundnahrungsmitteln durch den Staat zu niedrigen Preisen geht es den Nicaraguanern dennoch weit besser als den Bürgern der anderen mittelamerikanischen Länder.

### Freiwillige Kaffeepflücker auf „La Colonia“

Insgesamt führen aber die genannten Probleme dazu, daß die revolutionären Veränderungen nicht mit der gewünschten Schnelligkeit vorangehen. Doch Unzufriedenheit macht sich vor allem bei den wohlhabenden Klassen und Schichten breit, die nach und nach ihre Privilegien zugunsten der Mehrheit der Bevölkerung verlieren und ihren Lebensstandard einschränken müssen. Große Teile von ihnen gehen in Opposition zur Revolution und versuchen die rückständigsten Schichten für ihre Ziele zu instrumentalisieren. „Die Flitterwochen, derjenigen, die dachten, daß die Revolution eine Idylle ist, die die Interessen der vaterlandsverkauften Kamarilla mit denen des arbeitenden Volkes vereinen will, gehen zu Ende“, so resümiert Comandante Henry Ruiz die gegenwärtige Situation.

Da die wirtschaftlichen Probleme nur durch den Einsatz, die Disziplin und den Kampf des Volkes gelöst werden können, klären die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung



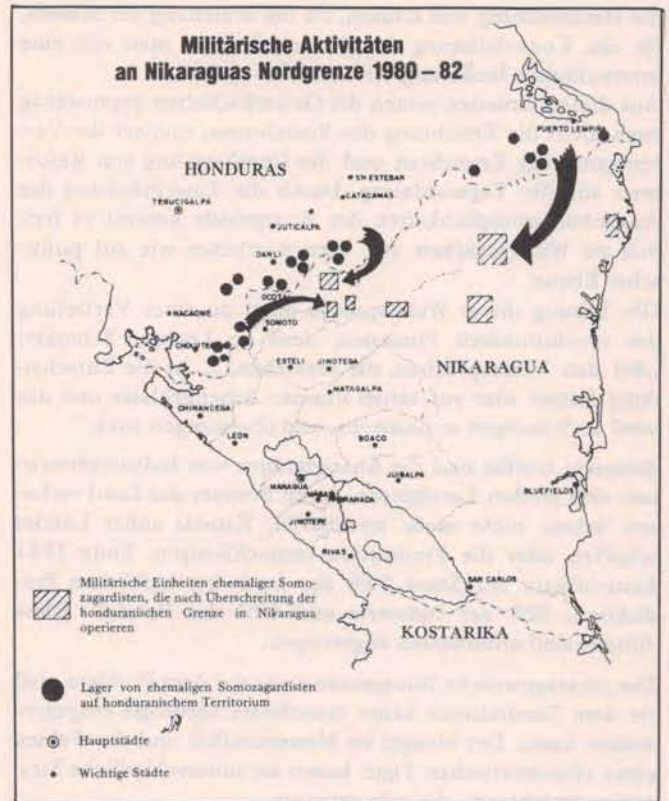
Die Metallverarbeitungsfabrik INCA bei Masaya (L), drittgrößter Betrieb des Landes und verstaatlicht, „La Colonia“

(FSLN) und die Massenorganisationen die Bevölkerung über die Ursachen der langsamen Fortschritte auf. Gleichzeitig werden die bewußtesten Kräfte zur Steigerung der Produktion aufgerufen.

Ein Beispiel für dieses Herangehen sind die freiwilligen Arbeitseinsätze bei der Kaffee- und Baumwollernte. Sie sind nötig geworden, um die Produktion dieser beiden Hauptexportartikel zu sichern. Wie auf der vor sieben Monaten enteigneten Finca „La Colonia“ im Norden von Jinotega, so gab es vielerorts Mangel an Arbeitskräften, da die Agrarreform die Landarbeiter zu Bauern gemacht hat. Dazu trugen auch die Einführung eines Jahresurlaubs von 28 Tagen und eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 48 Stunden bei. Die 500 freiwilligen Kaffeepflücker auf „La Colonia“ kamen entweder aus Ministerien, wo ihre Kollegen ihre Arbeit mitverrichteten, oder es waren Schüler und Studenten, die ihren Lohn für die Entwicklung der Atlantikküste spendeten. Wie bereits bei der Alphabetisierungskampagne des Jahres 1980 war es ein wichtiges Ziel des Arbeitseinsatzes auf dem Lande, daß die Städter die Lebensbedingungen der Ärmsten des Volkes, der Landarbeiter und Kleinbauern, näher kennenlernen und umgekehrt bei der Landbevölkerung Aufklärung über die Ziele und Schwierigkeiten der Revolution betreiben.

Vom Volk lernen, um das Volk zu lehren, heißt auch wie das Volk leben: In Baracken wohnen, tagein tagaus Tortillas (Maisfladen) und Bohnen essen, um 4.30 Uhr aufstehen und sieben Tage in der Woche arbeiten. Die Freiwilligen ertragen das gelassen, denn sie wissen, daß sie ihre Revolution verteidigen. Sie tun dies in dem von der „Contra“ bedrohten Gebiet auch mit der Waffe in der Hand.

Für die hundert 16jährigen Pflückerinnen eines Frauenbataillons der Reserve ist das Gewehr ein notwendiges Werkzeug, um die Produktion zu sichern. Unter den anderen Arbeitern befinden sich auch Mitglieder der Sandinistischen Volksmilizen (MPS), denen ca. 100.000 Freiwillige, Männer und Frauen, Junge und Alte angehören. Sie üben nach Feier-



abend die Verteidigung ihres Landes. Hier wird klar, daß die Losung „Un solo ejercito“ keine Phrase ist.

Diese Menschen vereinen bereits Eigenschaften des neuen Menschen in sich. Sie sind gleichzeitig Produzenten und Soldaten, Lehrer und Schüler, Teil einer Massenbewegung. Aber noch sind es nicht genug, die bereit sind, für die Revolution selbst aktiv zu werden und persönliche Opfer zu bringen. Daß es immer mehr werden, dazu dienen diese Freiwilligeneinsätze und vor allem die Erwachsenenbildung. Ihr kommt eine strategische Bedeutung für die sandinistische Volksrevolution zu, denn sie dient der Entwicklung der Persönlichkeit, der politisch-ideologischen Ausbildung. Und sie ist Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.

### Das Anwachsen der Poder Popular

Ab März 1983 werden es bereits 381.000 Erwachsene (bei einer Gesamtzahl von 1,5 Mio) sein, die zehn Stunden pro Woche die Schulbank drücken, um vier Klassen Volksschulbildung nachzuholen. Da nicht genügend Lehrer vorhanden sind, wird ihre Funktion von Menschen übernommen, die meistens auch erst die 3. Klasse hinter sich haben und von Lehrern angeleitet werden: Das Volk erzieht das Volk.

Ein Indiz für den Rückhalt der Revolution im Volk ist auch die Stärke der sandinistischen Massenorganisation. Den Sandinistischen Verteidigungskomitees (CDS), den untersten Organen der Volksmacht, die sich um die Probleme in den Wohngebieten kümmern, gehören inzwischen über 400.000 Menschen an.

Bereits 1981 waren über 200.000 Nikaraguaner in den sandinistischen Gewerkschaften und Bauernorganisationen organisiert, eine Zahl, die sich bis heute fast verdoppelt hat. Die Sandinistische Gewerkschaftszentrale (CST) war 1982 die erste Organisation, die den Aufbau des Sozialismus zu ihrem Ziel erklärte.

Die FSLN ist in dieser Frage wesentlich vorsichtiger, da sie den gesamtgesellschaftlichen Konsens so lange wie möglich aufrechtzuerhalten sucht. Es soll Zeit gewonnen werden für



... heute ein „vom Analphabetismus befreites Territorium“; Sandinist Washington beim Freiwilligeneinsatz auf

die Heranbildung von Kadern, für die Erziehung der Massen, für die Konsolidierung der Wirtschaft. Und man will eine internationale Isolierung vermeiden.

Aus diesen Gründen setzen die Gewerkschaften gegenwärtig auch nicht die Errichtung des Sozialismus, sondern die Verteidigung des Erreichten und die Durchsetzung von Reformen auf die Tagesordnung. Durch die Einschränkung der Ausbeutungsmöglichkeiten der Bourgeoisie kommt es freilich zu Widersprüchen auf wirtschaftlicher wie auf politischer Ebene.

Die Lösung dieser Widersprüche führt zu einer Vertiefung des revolutionären Prozesses, denn so Enrique Schmidt: „Bei den Widersprüchen, die entstehen, ... ist die Entscheidung immer klar auf seiten unserer Arbeiterklasse und das wird auch morgen so passieren, und übermorgen auch.“

Beispiele hierfür sind die Enteignungen von Industriebetrieben und großen Landgütern, deren Besitzer das Land verlassen haben, nicht mehr investieren, Kapital außer Landes schaffen oder die Produktion vernachlässigen. Ende 1981 kontrollierte der Staat 24% der landwirtschaftlichen Produktion, 22% der Industrie und 40% des Handels. Diese Anteile sind unterdessen angestiegen.

Die nikaraguanische Bourgeoisie steht vor dem Problem, daß sie dem Sandinismus keine brauchbare Ideologie entgegenstellen kann. Der Mangel an Masseneinfluß und das Fehlen einer charismatischen Figur lassen sie unterschiedliche Strategien einschlagen, die sich ergänzen.

Teils haben die bourgeoisen Gegenkräfte, darunter der Unternehmerführer Alfonso Robelo, eine Abspaltung der Indio-Organisation MISURASATA unter Brooklyn Rivera und einige ehemalige Sandinistas unter Eden Pastora, den Weg des bewaffneten Kampfes gegen die Revolution gewählt. Damit befinden sie sich de facto in einem Bündnis mit den Somozisten, von denen sie sich allerdings aus kosmetischen Gründen distanzieren.

Die vier kleinen oppositionellen bürgerlichen Parteien und die beiden rechten Gewerkschaften, die nur 2% der organisierten Arbeiter vereinen, gehen in immer offenere Konfrontation zur Revolution. Die Parteien haben sich zur sog. Demokratischen Koordination zusammengeschlossen und boykottieren die Verhandlungen über ein Parteiengesetz. Damit wollen sie im Ausland den Eindruck erwecken, sie würden unterdrückt. Durch Treffen mit den Präsidenten von Kolumbien, Venezuela und Panama im Januar d.J. wollten sie sich die nötige Rückendeckung für ihre Forderung nach Aufhebung des Ausnahmezustandes holen, der



In Esteli an Bauern vergebene Besitztitel



Rio-Negro-Brücke, zerstört von Somozisten

doch wegen der wirtschaftlichen Lage und der Übergriffe der „Contras“ verhängt wurde.

Zumindest der Christdemokratischen Gewerkschaft CTN ist diese Politik nicht gut bekommen. Nachdem sie mehrere Gewerkschaftssektionen verloren hatte, kam es zur Spaltung der Organisation.

Der derzeit wohl effektivste Hebel der Bourgeoisie, um Einfluß zu gewinnen, besteht in der Instrumentalisierung der Religion. „Die Unternehmerrgruppen haben versucht durch die Religion Sympathie an der Basis zu gewinnen“, erläuterte José Arguello vom Centro Antonio Valdivieso, einer Institution der revolutionären Basiskirche. „Durch die Zeitung 'La Prensa', versuchten sie der Bevölkerung eine Botschaft mitzuteilen: Wir sind die Christen, wir sind die Verteidiger des Glaubens. Die Revolution ist marxistisch, ist atheistisch, ist gegen den Glauben.“

Dies wird nicht immer offen ausgesprochen, sondern auch durch die breite Berichterstattung über den Papst und die Jungfrau Maria subtil vermittelt. Der Großteil der Hierarchie, an ihrer Spitze der Erzbischof von Managua, Obando y Bravo, hat sich dieser Politik angeschlossen. Sie geht administrativ gegen die Basiskirche vor und verlangt den Rücktritt der vier Vertreter des Klerus in der Regierung, da sie die Vereinbarkeit von Christentum und Revolution symbolisieren.

Gleichzeitig legitimiert sie Veranstaltungen der bürgerlichen Christen, wie die Einweihung von Handelskammern, durch die Anwesenheit ihrer Repräsentanten. Das Ziel dieser Politik ist es, den tiefreligiösen Teil der Bevölkerung, der vor allem auf dem Land lebt, in Gegensatz zur Revolution zu bringen.

Bislang war auch dieser bürgerlichen Strategie kein großer Erfolg beschieden, da die FSLN glaubhaft machen konnte, daß sie in keiner Weise die Ausübung der Religion behindert. Vor allem aber merken die Menschen, daß die Revolution ihre Interessen vertritt.

Die Hauptadressaten der bürgerlichen Verführungskünste, die ärmsten Schichten auf dem Lande, sind die Hauptnutznießer der Revolution. Allein im Jahr 1982 wurden über 700.000 ha Land an sie übergeben. Wenn es gelingt, sie von Sympathisanten zu bewußten Anhängern und Verteidigern der Revolution zu machen, wird es kein zurück mehr geben.





Umgesiedelte Miskito-Indianer

## Roxanne Dunbar Ortiz Der Fall der Miskitos

Der Konfliktstoff zwischen der sandinistischen Revolutionsregierung und Teilen der Miskito-Indianer nimmt in der Berichterstattung der westlichen Medien über Nicaragua noch immer breiten Raum ein. Sie wird auch mit Vorliebe zur Verunsicherung der Solidaritätsbewegung hierzulande eingesetzt, um ihr zu einer sog. „kritischen Distanz“ gegenüber der nikaraguanischen Revolution zu verhelfen. Doch worum es im einzelnen in der Miskitofrage geht, bleibt weitgehend im Dunkeln.

Roxanne Dunbar Ortiz, Professorin für Geschichte und Indianische Studien an der Staatsuniversität von Kalifornien, geht dem Konfliktfall Miskitos mit der nötigen Sachkenntnis auf den Grund. Sie ist Herausgeberin von *Indigenous World/El Mundo Indigena* (Eingeborenenwelt) und Verfasserin von Indianerbüchern, darunter einer 1983 erschienenen Studie über die Miskitos.

Im März 1982 wurden an die Interamerikanische Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) Anschuldigungen herangetragen, wonach die Regierung Nicaraguas die Menschenrechte der Miskito-Indianer der Ostregion (Atlantikküste) dieses Landes verletzt habe. Der Fall betraf die Umsiedlung der Miskito-Gemeinden aus Gebieten, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen stattfanden, zu Beginn des Jahres 1982.

Die von zwei Miskitos, Gegnern der sandinistischen Regierung, vorgetragene Zeugenaussage drehte sich um drei Behauptungen: die Miskito-Gemeinschaften seien von der nikaraguanischen Regierung gegen ihren Willen umgesiedelt worden; die Miskito-Bevölkerung sei als ethnische Gruppe zur Bestrafung ausgesondert worden; und die Evakuierung sei nur ein Vorwand zur wirtschaftlichen Eingliederung der Miskitos in der Volkswirtschaft gewesen, wobei stillschweigend unterstellt wurde, die Schärfe der bewaffneten Auseinander-

setzungen hätte keine Evakuierung der Zivilbevölkerung erfordert.

Eine sorgfältige Analyse führt zu dem Schluß, daß diese drei zentralen Behauptungen nicht zutreffen. Die umgesiedelten 37 von insgesamt mehr als 250 Miskito-Gemeinden im Nordostquadranten von Nicaragua erkannten die Notwendigkeit einer solchen Aktion an und nahmen an dem Prozeß teil, obwohl viele von ihnen nicht sehr glücklich darüber waren. Alle Menschen aus dem Rio-Coco-Gebiet an der Grenze zu Honduras wurden umgesiedelt, nicht nur Miskitos. Auch waren keine Miskitos außerhalb des Grenzgebietes von der Evakuierung betroffen.

### Zerstörung der Miskito-Kultur?

Folglich wurde die Miskito-Bevölkerung weder zur Bestrafung noch zu irgendeinem anderen Zweck ausgesondert. Überdies war die Evakuierung durch einen Einmarsch und bewaffneten Konflikt bedingt und somit kein Vorwand für irgendein anderes der behaupteten Ziele, z.B. die „wirtschaftliche Integration“.

Eine Reihe geschichtlicher und aktueller Verdrehungen wurden mit dem Ziel in Umlauf gebracht, regierungsfeindliche Behauptungen zu belegen.

Wenn auch die Rolle der ausländischen Einmischung, der Drohungen und die Beeinflussung von Elementen unter der Miskito-Bevölkerung verurteilt werden, so spielt man diese Faktoren doch herunter. Es wird behauptet, daß sich auch ohne Drohungen und Beeinflussung gleiche oder ähnliche Konflikte und Krisen entwickelt hätten.

Es wird behauptet, daß die Sandinistas ihre tatsächlichen Ziele, die Assimilierung (Angleichung) und Zerstörung der

Miskito-Kultur, verschleiern würden.

Die Verdrehungen beinhalten u.a. die Übertreibung der Größe des von den Miskitos bewohnten Gebietes und ihrer Bevölkerungszahl.

Der koloniale Ausdruck „Mosquitia“, der sich praktisch auf die gesamte Ostküste Mittelamerikas bezieht, wird oft in Bezug auf die Region benutzt, in der die Miskito-Dörfer liegen. In Wirklichkeit aber liegen Miskito-Dörfer im Nordostteil Ostnikaraguas und jenseits der Grenze in Südosthonduras. Die tatsächliche Anzahl der Miskito-Bevölkerung in Nikaragua beträgt ungefähr 70.000, aber die Bevölkerungszahlen werden verdoppelt.

### Steadman Fagoth – eine „reale Chance“

Die 30.000 afroamerikanischen, englischsprachigen Kreolen (Lateinamerikaner romanischer Abstammung; d. Red.) in Südostnikaragua und die Sumus (die etwa 6.700 zählen) werden oft einbezogen, wenn auf die Miskito-Region und -bevölkerung Bezug genommen wird. Darüber hinaus werden sämtliche Miskitos einbezogen, wenn es um Streitfälle mit der Regierung geht.

Selten wird erwähnt, daß viele Miskitos selbst Sandinistas sind und daß ganze Dörfer die Revolution mit offenen Armen aufgenommen haben, ohne die Befürchtung oder den Wunsch zu haben, ihre eigene Kultur oder Sprache zu verlieren.

Ein beliebter Mythos ist, daß die Sandinistas den Miskitos die spanische Sprache aufgezwungen hätten, während die Alphabetisierungskampagne von 1980 dort in Wirklichkeit in der Miskito-Sprache durchgeführt und ein Gesetz verabschiedet wurde, das den Schulunterricht in allen Fächern in der Muttersprache der Gemeinschaften vorschreibt. Dabei kommt Spanisch als Zweitsprache in der 4. Klasse hinzu.

Wenn die Sandinistas eine angemessene und gerechte Politik und Vorgehensweise gegenüber den indigenen (eingeborenen) Gemeinschaften haben, dann muß man sorgfältig ihre Motive abwägen, die Situation an der Grenze als einen militärischen Notfall einzuschätzen. Und dann kann man nur die Entscheidung treffen, die Zivilbevölkerung zu evakuieren.

Die Beweise für einen verdeckten US-Aktionsplan, Miskitos in der Grenzregion anzuwerben und zu beeinflussen sind mittlerweile wohlbekannt. Der Plan, sowie er enthüllt wurde, erinnert an die Aktivitäten der US-Beamten und -Truppen, die in den Grenzgebieten von Laos, Vietnam, Kambodscha und Thailand in den 60er Jahren operierten. Dort entwickelte der CIA Programme, um das Volk der Hmong (im thailändisch-laotischen Grenzgebiet ansässig; d. Red.) als geheime CIA-Armee zu rekrutieren und auszubilden. (...)

Aber waren die Miskitos „zwischen die Fronten geraten“? Sind sie Neutrale, die Opfer der „Ost-West-Auseinandersetzung“ wurden? Das sei der Fall, so behaupten die Exil-Miskitos und die meisten westlichen Medien.

Da aber nachgewiesen werden kann, daß einige Miskitos – wie die Hmong – aktiv angeworben und in einem CIA-Programm zur Destabilisierung einer anderen Regierung ausgebildet wurden, ist „zwischen die Fronten geraten“ ein unzutreffender Ausdruck, um den Vorgang oder das Ergebnis zu beschreiben. Die Regierung der Vereinigten Staaten, und nicht die der Sandinistas ist es, die die Menschenrechte des Volkes der Miskitos verletzt.

Ein kurzer Überblick über die Entwicklung des CIA-Programms ist nützlich. Die Massendemonstrationen von afrikanischen Kreolen in Bluefields im Oktober 1980 waren das am meisten publizierte frühe Ereignis. Auf den Demonstrationen verlangten sie vorgeblich die Ausweisung von kubanischen Ärzten und Lehrern aus dem Gebiet. Sie

begründeten dies damit, daß diese den Kreolen, die unter sehr hoher Arbeitslosigkeit leiden, Arbeitsplätze wegnähmen.

Da die Kubaner Freiwillige waren, war die Logik dieser Behauptung zweifelhaft. Auf jeden Fall führten die Heftigkeit und die Anzahl der Demonstrierenden zu einem militärischen Notfall. Festgenommene Organisatoren gaben Verbindungen zu ausländischen und einheimischen (somozistischen) verdeckten Aktionsplänen zu, die auf die Destabilisierung und den Sturz der sandinistischen Regierung abzielten.

Die Proteste waren aber auch Ausdruck einiger wirklich bestehender Probleme der Verständigung und tiefsitzender, verbreiteter Unzufriedenheit. Von dieser Annahme ausgehend, gaben die Sandinistas den Anstoß zu ausgedehnten, tagelangen Diskussionen zwischen der gesamten kreolischen Gemeinschaft und führenden Regierungsmitgliedern. Viele der Probleme, die von dem verdeckten Aktionsplan ausgenutzt worden waren, wurden beigelegt; andere wurden öffentlich diskutiert, und Lösungsvorschläge wurden unterbreitet – eine Verfahrensweise, die seitdem zwischen indigenen ethnischen Gruppen und der sandinistischen Regierung üblich ist.

Eine ähnliche Situation besteht zwischen den Sumus, den Ramas und der Regierung, wie auch mit vielen der zahlreichen Miskito-Dörfer.

Die Miskitos in den Dörfern an oder in der Nähe der honduranischen Grenze waren jedoch viel anfälliger für Druckausübung, ganz einfach wegen der Nähe bewaffneter Banden. Der Dreh- und Angelpunkt dieser Manipulierung war Steadman Fagoth Muller, ein Halb-Miskito und ehemaliger Somoza-Agent und -Informant.

Seine Arbeit wurde von der konservativen Kolumnistin Georgie Ann Geyer am 16. Juli 1981 folgendermaßen beschrieben: „Fagoth beginnt gegenüber einigen wichtigen Leuten eine reale Chance darzustellen, das sandinistische, prokubanische Regime in seinem Land zu stürzen... Fagoth war in den USA, um Nahrungsmittel aus UN- und anderen Quellen zu erbitten. Aber es gab unbestimmtes und andeutungsvolles Gemunkel über andere Hintergründe seines Besuches.“

G.A. Geyer, die für ihre Geheimdienstkontakte bekannt ist, erklärt weiter, daß Fagoth und seine Miskito-Gefolgsleute mit der Liga des 15. September zusammenarbeiteten. Dies ist eine Gruppe, die von ehemaligen Mitgliedern der Somoza-Geheimdienste geführt wird, die in Lagern in Honduras und Florida Ausbildung betreiben. Und sie erklärt ferner,



CIA-Hoffnung Steadman Fagoth

daß „weit hinter den Kulissen die autoritären Regierungen des südlichen Halbkontinents, und darüber hinaus einige der anderen mittelamerikanischen Militärregierungen, diese neue Gruppe in aller Stille haben wissen lassen, daß sie ihr jede Unterstützung geben würden für etwas, das man nur als Konterrevolution bezeichnen kann.“

Am 1. Dezember 1981 stimmte die Reagan-Administration formell den mittlerweile wohlbekannten politischen und paramilitärischen Operationen des CIA gegen Nikaragua zu. Der Plan umfaßte verdeckte Hilfe an Personen und private Organisationen in Nikaragua, d.h. an antisandinistische Kräfte, sowie Geld und Waffen für antisandinistische Nikaraguaner, die sich in Stützpunkten in Honduras aufhalten.

Die vorgeschobene Begründung war die angebliche nikaraguanische Unterstützung für die Streitkräfte der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti in El Salvador. Aber das wirkliche Ziel bestand darin, unter Ausnutzung ehemaliger Somoza-Nationalgardisten, abweichlerischer Elemente, ethnischer Minderheiten und Exilgruppen in den USA, Unruhe in Nikaragua zu stiften. Der Plan zielte offensichtlich darauf ab, sandinistische Vergeltungsangriffe gegen Honduras zu provozieren, um so einen Vorwand für eine ausländische militärische Intervention zu schaffen.

### „Operation Rote Weihnachten“

Um den großen Zustrom von US-Militärberatern nach Honduras zu vervollständigen, warb der CIA zeitweise Söldner für das Projekt an. Ein ehemaliges Mitglied der Green Berets (Grünmützen, US-Spezialeinheit, die als Einüber der Aufstandsbekämpfung im Vietnamkrieg und derzeit in El Salvador fungier(t)en; d. Red.) erzählte dem Reporter Mike Wallace, daß ihm sein alter befehlshabender Offizier einen Sechsmonatsvertrag dafür anbot, im Innern Nikaraguas abzuspringen und dort dasselbe wie im Vietnamkrieg zu tun. Der Reporter John Dinges bemerkte in *The Progressive* vom Mai 1982: „Wenn die Kämpfe in El Salvador morgen beendet sein sollten, wenn das Land erneut einer stabilen Diktatur unterworfen werden sollte, die die Gewalt über eine passive Bauernschaft ausübt, würde Reagans Hauptinteresse in Mittelamerika immer noch Nikaragua gelten. Dann würde er immer noch darauf brennen, das sandinistische Regime zu erschüttern, auch wenn der Hauptvorwand dafür entfallen wäre.“

Diese Bemerkungen wurden durch Fagoths Radiosendungen bestätigt, die aus Ausbildungslagern in Honduras über den starken Sender „15. September“ in Miskito-Sprache ausgestrahlt wurden. Er versuchte, das Miskito-Volk dazu zu überreden, sich ihm in Honduras zur Vorbereitung eines Aufstandes in der Region anzuschließen, um die sandinistischen „Kommunisten“ zu vertreiben. Er drohte den Miskitos außerdem an, sie würden als Sandinistas behandelt und getötet, wenn sie sich zur Stunde des Angriffs nicht auf seine Seite stellten, oder die Sandinistas würden ihre Dörfer bombardieren, weil sie glauben würden, sie seien Teil der Opposition.

Zu Beginn des Jahres 1982 enthüllte die nikaraguanische Regierung einen Plan mit der Bezeichnung „Operation Rote Weihnachten“, der darauf ausgerichtet war, eine sezessionistische Bewegung unter den Miskitos hervorzurufen. Fagoth wurde zusammen mit einigen Herrnhuter-Pastoren und Mitarbeitern der Protestantischen Hilfs- und Entwicklungsagentur als Anführer der Operation genannt.

Nach Angaben der Regierung wurde der Plan Ende November 1981 mit einer Reihe mörderischer Angriffe durchgeführt, die ihre höchste Intensität zwischen dem 12. und 25. Dezember 1981 erreichten. Gleichzeitig sandte Fagoth furchteinflößende Drohungen an die Leute: Er sagte ihnen,

daß sandinistische Flugzeuge kommen würden, um ihre Dörfer zu bombardieren, daß die Sandinistas glauben würden, alle Miskitos würden revoltieren und sie deshalb bestrafen wollten; und er forderte sie auf, die Flußgrenze zu überschreiten und sich zu ihrer Sicherheit in das honduranische Flüchtlingslager Mocoron zu begeben, wo Nahrung, Schutz und Medikamente zur Verfügung stünden.

Als klar wurde, daß das Miskito-Volk sich nicht „erheben“ würde, nahmen die Warnungen über den Fluß hinweg zu. Natürlich überquerten viele den Fluß; etwa 10.000 mögen sich in den verwahten Flüchtlingslagern in Honduras befinden, deren innere Struktur mit gewalttätigen ehemaligen Gardisten durchsetzt ist.

Die Kontrolle der Lager wird durch Diana Negroponte ausgeübt, die Ehefrau des US-Botschafters in Honduras, John D. Negroponte. Sie war eine leitende Angestellte von World Relief (US-gesteuerte Hilfsorganisation; d. Red.), die die Lager verwaltete. Andere Miskitos flohen, um bei Verwandten im Inneren Nikaraguas zu bleiben.

Die Behauptung, daß die Miskitos nicht aus eigenem Antrieb weggingen, ist ungenau, denn sie hatten kaum eine andere Wahl, als entweder in die honduranischen Lager zu gehen oder einzeln Zuflucht in Nikaragua zu finden. Da die Sandinistas die Gemeinschaften nicht vor den bewaffneten Angriffen verteidigen konnten, ohne zu riskieren, nach Honduras hineinzuschießen, was militärische Vergeltung hätte provozieren können, entschlossen sie sich dazu, die Dörfer zu evakuieren.

Durch die Evakuierung der Dörfer und die Zerstörung aller Gebäude sowie der Ernte brach der Plan „Rote Weihnachten“ völlig zusammen, wenngleich auch weiterhin einzelne Kommandotrupps abgelegene Dörfer und Bauernhöfe in der gesamten Region angriffen.

Die Sandinistas erklärten, daß, wenn sie die Vorräte und Gebäude entlang des Flusses nicht zerstört hätten, die Kommandos Miskitos aus den Flüchtlingslagern in den leeren Dörfern hätten ansiedeln, Stützpunkte anlegen und noch mehr Kanonenfutter schaffen können.

### Märchen über Greuel der Sandinistas

Als klar wurde, daß der Plan für einen Aufstand und einen separatistischen Vorstoß völlig gescheitert war, kurbelte der CIA seine Propagandakampagne an und fütterte die Fernschreiber mit falschen „Nachrichten“ von Massakern, lebend verbrannten Miskitos, geschändeten Gräbern, und – natürlich – Konzentrationslagern.

Die Reaktion der Presse auf solche Nachrichten war sehr überraschend für US-amerikanische Indianer und unsere Rechtsanwälte, die nahezu täglich Berichte über Massaker an Indianern in Guatemala, über die Umsiedlung von 10.000 Navajos in Arizona und andere gegen Indianer begangene Greuelthaten herausgeben, ohne auch nur eine Zeile davon in der Presse zu finden.

Präsident Reagan, danach Außenminister Haig, US-Botschafterin Jeane Kirkpatrick und viele andere Beamte des Außenministeriums gaben gegenüber der OAS, den Vereinten Nationen und der Presse Stellungnahmen ab, in denen sie Behauptungen über sandinistische Greuelthaten aufstellten und ihre „Sympathie“ mit der Sache der Miskitos bekundeten (...)

Der interessanteste Aspekt der Veröffentlichungskampagne, die dieses CIA-Desinformationsprogramm begleitete, ist – im Unterschied zu früheren Programmen in Asien und Afrika – die Verwendung der absoluten Lüge mit dem Zweck, Zweifel selbst bei den stärksten Unterstützern der Sandinistas hervorzurufen. Das heißt, durch die Feststellung, daß zehntausende Miskitos massakriert und der Rest in

Konzentrationslager gepercht worden seien, bekam die Feststellung, daß noch nicht ein Sandinist einen Miskito-Zivilisten getötet hatte – was die Wahrheit ist – wenig Gewicht.

Menschenrechtsgruppen und Solidaritätsorganisationen in Nordamerika und Europa begannen im Hinblick auf die Behandlung der Miskitos durch die Sandinistas schwerwiegende Zweifel zu hegen, selbst wenn sie die Reagan-Administration und Steadman Fagoth nicht als vertrauenswürdige Informationsquellen ansahen.

Im April 1982 fuhren Journalisten in das Flüchtlingslager Mocoron in Honduras, wo etwa 7.800 Miskito-Flüchtlinge leben. Bestimmte befragte Miskitos wiederholten die Greuelgeschichten für die Korrespondenten, aber andere Miskitos in den Lagern sowie alle in Nikaragua berichteten, daß es keine Greuel der Sandinistas gegeben habe, und daß Todesfälle von Feuergefechten zwischen sandinistischen Streitkräften und bewaffneten Eindringlingen, von denen einige Miskitos waren, herrührten.

Nicht ein einziger Miskito starb bei der Umsiedlungsoperation. In der Tat erhalten umgesiedelte Miskitos jetzt weit bessere Gesundheitsfürsorge und andere soziale Leistungen, als das entlang der Flußgrenze jemals möglich war. (...)

### In Sorge um „ausgenutzte Miskitos“

Die Bewegung der Amerikanischen Indianer sandte über den Internationalen Verteidigungsrat der Indianer (IITC) während des Höhepunktes der Dezemberangriffe eine hochrangige Delegation nach Nikaragua.

Bei der 38. Sitzung der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, die im Februar und März 1982 in Genf stattfand, stellte der IITC fest, daß „die Miskitos des Grenzgebietes darum baten umgesiedelt zu werden, um zu verhindern, daß sie weiterhin zu Opfern von Streitkräften würden, die von honduranischem Territorium aus operieren. Obwohl die Umsiedlung für die Miskitos schwierig war, stellte die Regierung Nikaraguas Gesundheitsfürsorge, Transportmöglichkeiten und bebaubares Ackerland am neuen Ort zur Verfügung...

Unsere größte Sorge gilt denjenigen Miskitos, die beeinflusst wurden, die Grenze zu überqueren, und die nun von den regierungsfeindlichen Kräften ausgenutzt werden. Wir erinnern uns deutlich an die Minderheiten, die vom CIA in Laos und Vietnam benutzt wurden und die später zu Ausgestoßenen in ihrem eigenen Volk wurden, nachdem sie der CIA nicht mehr benötigte. Wir hoffen, daß die Miskitos nicht dasselbe Schicksal erleiden müssen.“ (...)

In Anbetracht der überwältigenden Beweise für das CIA-Programm zur Destabilisierung und Zerschlagung der sandinistischen Revolution in Nikaragua mutet die Untersuchung ihrer Eingeborenenpolitik in der Tat wie eine Ironie an. Dennoch ist dies für den Aktivisten und Anwalt der indigenen Völker eine wichtige Frage, weil in vielen Fällen eine schlechte Regierungspolitik mit der CIA-Einmischung einhergehen kann, wie z.B. bei den Kurden (im Irak Mitte der 70er Jahre; d. Red.).

Dies ist jedoch bei der sandinistischen Revolution nicht der Fall, die qualitative und quantitative Fortschritte bei der Unterstützung der Rechte indigener Völker auf allen Ebenen gebracht hat. Es ist sicher nicht das letzte Ziel des CIA-Programms, die Auswirkungen der Initiativen der Regierung auf dem Gebiet der Rechte der indigenen Völker zu neutralisieren, mit Blick auf die Millionen von Indianern und die Abermillionen von Afroamerikanern, die mit Bewunderung auf die sandinistische Revolution schauen.

(Quelle: Covert Action, Washington, Nr. 18/Winter 1983, S. 21-24)



**AIB**  
Sonderheft 3/82  
DM 2,50

**AIB-Sonderheft 3/1982:**

- V. Sieglin: Soziale Veränderungen im Griff der Oligarchie
- A. I. Bresche: Wo liegen die Ursachen des El-Salvador-Konflikts?
- W. Brönnner/H.-J. Nieth: Von der „Reform“-junta zum Krieg gegen das Volk
- W. Brönnner/H.-J. Nieth: Die salvadorianische Befreiungsbewegung — Erben Farabundo Martis
- A. I. Barrios: Die Intervention der USA in El Salvador — von Carter zu Reagan

40 Seiten 2,50 DM



**AIB**  
Sonderheft 1/1982  
DM 2,—

**AIB-Sonderheft 1/1982:**

- W. Brönnner: Ein Jahr Reagan — Die neue globale Konfrontation
- A. I. Barrios: Auf Interventionskurs im mittelamerikanischen Hinterhof
- R. Falk: Der Kurs der Bundesrepublik — Mit Reagan in den Abgrund?

24 Seiten 2,— DM



**AIB**  
Sonderheft 2/82  
DM 2,—

**AIB-Sonderheft 2/1982:**

- Nachbetrachtung zum Kongreß „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika“
- Beiträge der Veranstaltung „Die Zentralamerikapolitik des Westens“ von Luis de Sebastian, Roger Wurbach, José Pasos, James Wall, Heintz Dieterich, Wolf-Michael Catenhusen, Dieter Boris, Bernd Paeschke und Mario Rodriguez
- Eduardo Galeano: Die Revolution — Antwort auf den Krieg gegen das Volk

20 Seiten 2,— DM



**AIB**  
Sonderheft 2/81  
DM 2,—

**AIB-Sonderheft 2/1981:**

- R. Brückner: Das Apartheidssystem ist und bleibt unmenschlich
- J. Ostrowsky: Der Kampf des ANC Südafrikas
- H. Mayer: Pretorias Aggressionskurs gegen seine Nachbarn
- W. Geisler/J. Ostrowsky: Südafrika und die NATO
- R. Falk: Die Bundesrepublik und Südafrika

32 Seiten 2,— DM

## AIB-Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB ist die meistgelesene Monatszeitschrift zur Dritten Welt im deutschen Sprachraum. Ein Einzelheft kostet 2,50 DM (Sonderhefte 2,— DM), ein Jahresabonnement nur 25,— DM. Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

# 1933 Die Nazis an der Macht 1983 50 Jahre danach



Irene Hübner  
Unser Widerstand  
236 S., kart., 19,80 DM\*



Heinz Brüdigam  
Faschismus an der Macht  
280 S., kart., 19,80 DM\*



Emil Carlebach  
Hitler war kein Betriebsunfall  
152 S., kart., 11,- DM\*



Jürgen Schmalow  
Hitlerlegenden  
48 S., DIN A4, kart., 8,80 DM\*



Altmann u. a.  
Der deutsche antifaschistische  
Widerstand  
344 S., Lein. m. Schutzumschl., 42,- DM\*

## Bücher zum Thema



# Röderberg-Verlag

Postfach 4129

6000 Frankfurt am Main 1



Uwe Naumann (Hrsg.)  
Lidice  
160 S., Lein. m. Schutzumschlag,  
ca. 18,- DM\*



Braunbuch  
Faksimile-Nachdruck  
388 S., kart., 18,- DM\*



Günther Weisenborn  
Der lautlose Aufstand  
446 S., kart., 20,- DM\*



Hanna Elling  
Frauen im deutschen  
Widerstand 1933-1945  
260 S., kart., 18,- DM\*



Fritz Bringmann  
KZ Neuengamme  
164 S., kart., 10,- DM\*



Bruno Apitz  
Nackt unter Wölfen  
438 S., Leinen, 14,80 DM\*



Wolfgang Langhoff  
Die Moorsoldaten  
324 S., Hardcover, 19,80 DM\*



Paul Zech  
Deutschland, dein Tänzer  
ist der Tod  
512 S., Leinen, 23,- DM\*



Fania Fénelon  
Das Mädchenorchester  
in Auschwitz  
264 S., kart., 19,80 DM\*

Wolfram Bröner

## Die FMLN ist auf dem Vormarsch

Im Morgengrauen des 31. Januar 1983 griffen rund 500 Guerilleros der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) Berlin, die mit 30.000 Einwohnern zweitgrößte Stadt der Ostprovinz Usulután, an.

Sie erstürmten die Kaserne der Nationalgarde und die Polizeistation. Die dabei gemachten 43 Gefangenen trieben sie auf dem zentralen Platz (plaza) zusammen. Sie kappten die Fernspreverbindungen und erbeuteten in der einzigen örtlichen Bank rund 160.000 Dollar. Eine Gruppe von FMLN-Kämpfern setzte sich mit der Beute zum Geschäftsviertel in Bewegung.

Zur Verwunderung des Berlin-Verteidigers Petronila Chevas schien ihnen jedoch nichts daran gelegen, sich verführerischen Amusements des Stadtlebens zuzuwenden: „Sie gin-



Guerillero bei einem Überfall auf einen Regierungskonvoi bei Usulután

gen zu dem der plaza nächstgelegenen Warenhaus und fragten die Besitzerin nach 500 Paar Schuhen. Sie hatten viel Geld.“<sup>1</sup> Sie investierten es in Waren, die die Bevölkerung und ihre Verteidiger in den kontrollierten Gebieten Usulután, Morazán usw. dringend benötigen.

Die Aufständischen nutzten die Besetzung Berlins, um auf einer zentralen Kundgebung mit rund 4.000 Teilnehmern und auf anderen politischen Veranstaltungen über ihre Ziele zu informieren und neue Mitkämpfer anzuwerben. Als sich die Guerilleros zweieinhalb Tage später zum geordneten Rückzug anschickten, schlossen sich ihnen Hunderte von Jugendlichen an.

Während der Besetzung hatte die salvadorianische Luftwaffe Berlin mehrfach mit Bomben- und Raketenangriffen belegt. US-amerikanische Flugzeuge Dragonfly A-37 und Kampfhubschrauber des Typs Huey UH-1H richteten mit ihren Bombardements dichtbevölkerter Stadtviertel schwere Verluste unter der Zivilbevölkerung an (die Mehrzahl der insgesamt 258 Toten von Berlin) und zerstörten ganze Wohn-



FMLN-Kundgebung auf der „Plaza“ des besetzten Berlin

blocks.

Es war das erste Mal seit Beginn des Kriegszustandes in El Salvador, daß die Armee zu flächendeckenden Bombardements einer Stadt Zuflucht nahm. Erstmals auch wurde bei Kampfhandlungen in El Salvador ein US-Offizier verwundet. Damit bestätigte sich einmal mehr, daß die von Washington abgestellten Militärberater tatsächlich direkt in Kriegshandlungen des salvadorianischen Regimes gegen Aufständische wie Zivilbevölkerung eingreifen – was die Regierung Reagan nach wie vor angeblich strikt untersagt haben will.

In diesem Fall wurde mit dem Stabsoffizier Jay Thomas Stanley einer von fünf US-Militärberatern verwundet, die während der Kämpfe um Berlin von zwei Hubschraubern aus die Bewegungen der salvadorianischen Regierungstruppen koordinierten und anleiteten. Sie hatten in einer Situation, da das Kommunikationssystem der Armee zusammengebrochen war, die Dirigentenrolle sowohl bei den Luftangriffen als auch beim Anmarsch der 1.000 „Rückeroberer“ auf die besetzte Stadt gespielt.

Pech für die Reagan-Administration, daß die beiden Hubschrauber von den abziehenden FMLN-Guerilleros in Brand geschossen wurden, knapp 7 Meilen von Berlin entfernt. Pech, daß sich ihr Einsatz im Kampfgebiet deshalb nicht vertuschen ließ und – schon mit Rücksicht auf den Kongreß in Washington – wiederum drei US-Militärberater aus El Salvador zurückbeordert werden mußten.<sup>2</sup>

In Washington wie in San Salvador herrschte in diesen Februartagen tiefe Betroffenheit. Das Mißgeschick des Jay Th. Stanley hätte man für sich genommen leicht verwunden, wären da nicht weitreichendere Schlußfolgerungen, die sich aus der zeitweiligen Einnahme Berlins durch die Aufständischen ergaben.

Für Thomas O. Enders, den für Lateinamerika zuständigen Staatssekretär des State Department (US-Außenministerium), war die Besetzung Berlins durch die FMLN eine „bedeutende psychologische Aktion“. Nicht nur habe die Guerilla im Handumdrehen eine der wichtigsten Städte eingenommen, sondern auch eine zunehmende Unfähigkeit auf Seiten der salvadorianischen Armee unterstrichen.<sup>3</sup>

In der Tat hatten die US-Instrukteure den salvadorianischen Verteidigungsminister, General José Guillermo García, eindringlich davor gewarnt, die in der Aufstandsbekämpfung schlagkräftigsten Truppenteile, d.h. die in den USA ausgebildeten Eliteeinheiten Atlacatl, Atonal und Ramon Belloso, in eine Gegenoffensive in der gebirgigen Nordostprovinz Morazan zu werfen. Stattdessen, so rieten sie ihm, solle man sich auf die Verteidigung der wirtschaftlich lebenswichtigen Südostprovinz Usulután konzentrieren. Denn hier werden das Gros der salvadorianischen Baumwolle sowie beträchtliche Anteile der anderen Hauptexportgüter Kaffee und Zucker produziert.

General García aber suchte mit der Entsendung von 6.000 Mann Mitte Januar d.J. in die wirtschaftlich unbedeutende Guerillabastion Morazan einen vernichtenden Gegencoup gegen die FMLN zu landen. Er bot dieser damit Blößen für breitgestreute Vorstöße gerade in den benachbarten Provinzen Usulután, San Vicente und San Miguel, die den „Brotkorb“ des Landes bilden. „Dieser Krieg“, so das Urteil eines US-Repräsentanten in San Salvador, „wird fraglos gewonnen oder verloren in diesen drei Provinzen.“<sup>4</sup>

Ende Januar d.J. waren die Regierungstruppen mit ihrem aufwendigen Morazan-Feldzug bei Meanguera am Río Torola stecken geblieben, ohne auch nur eine der von der FMLN eroberten rund 20 Ortschaften zurückerlangt zu haben. Als dann infolge der Besetzung Berlins eilends 2.000 Mann aus Morazan abgezogen und gen Usulután in Marsch gesetzt wurden, mußte man die Operation Morazan abbrechen und unverrichteter Dinge abziehen.

In Washington stellt man sich folgerichtig die Frage, ob die salvadorianischen Streitkräfte überhaupt noch ohne fremde Truppenhilfe auskommen können. Und das, obwohl sie inzwischen auf 33.000 Mann erweitert, mit Eliteeinheiten zur Aufstandsbekämpfung ausstaffiert und seit Juni 1982 wiederholt von honduranischen Truppen im grenznahen Morazan bzw. Chalatenango mit Übergriffen unterstützt wurden. Gleichzeitig haben die Befreiungskämpfer der FMLN mit landesweiten Aktionen in den letzten Monaten ständig an Schlagkraft und Boden gewonnen. Ihr Vormarsch hielt seit Beginn der Offensive „Helden und Märtyrer des Oktober 1979-80“, die am 12. Oktober 1982 eröffnet wurde, an. Mit ihr gelang es den Aufständischen, die Initiative im salvadorianischen Konflikt an sich zu reißen und die Regierungstruppen in ihre bislang kritischste Situation zu bringen.

Zu Beginn dieser seit der Januaroffensive 1981 größten Operation der FMLN nahm diese mehrere Ortschaften in den nördlichen Grenzprovinzen Morazan und Chalatenango, darunter Perquín, San Fernando, Torola, Las Vueltas und El Jicaro ein. Serienweise Überfälle auf Kasernen, Polizei- und Militärposten oder Truppentransporte gingen einher mit zahlreichen Sabotageaktionen gegen Energie- und Verkehrseinrichtungen.

So war beispielsweise die größte salvadorianische Raffinerie in Ajacutla (Westprovinz Sonsonate) nach Sprengstoffanschlägen auf drei Tanks tagelang außer Betrieb und mußten die Tankstellen im Osten des Landes schließen. So blieb die Westregion nach der Sprengung von Hochspannungsleitungen tagelang ohne Strom. So sorgten FMLN-Einheiten in der ersten Novemberhälfte durch das Blockieren von Verbindungsstraßen nahe San Salvador dafür, daß der Verkehr in Richtung Chalatenango und Usulután zum Erliegen kam.

In dieser Phase warf die Armeeführung 12.000-13.000 Mann nach Chalatenango, San Miguel und Morazan. Zeitgleich belegte sie die von der FMLN kontrollierten Gebiete mit Bombenangriffen. In den Grenzabschnitten gaben ihnen dabei rund 2.000 honduranische Soldaten und ihre mittlerweile 120 US-Militärberater Hilfestellung. Dennoch hielten die Verteidiger in diesen Kampfzonen stand, wobei ihnen zunehmend Entlastungsangriffe der Guerilla in Cuscatlan

(Guazapa, Suchitoto), San Salvador, Cabañas, La Paz, San Vicente, Usulután, La Unión und in der Kaffeeprovinz Santa Ana Erleichterung verschafften.

Bis Mitte Dezember 1982 vermochte die FMLN eine Reihe weiterer Orte einzunehmen, darunter La Palma in Chalatenango und Guatajiagua in Morazan. Vor allem aber ließ ihre Eroberung von fünf Ortschaften in der Provinz La Unión aufhorchen, mit der sie die nördliche Hälfte La Unions unter ihre Kontrolle brachte.<sup>5</sup>

Die Bilanz dieser Offensive „Oktober 1979-80“: Die FMLN erbeutete 571 Gewehre, 31 schwere Waffen (Geschütze u.ä.), 150.000 Schußmunition. Auf Seiten der Armee wurden 1.170 Verluste (Tote und Verwundete) registriert, darunter drei gefallene Oberste. Damit erhöhte sich ihre Verlustziffer für das ganze Jahr 1982 auf über 3.500, während die FMLN im selben Zeitraum 214 Gefallene und 500 Verletzte zu beklagen hatte.

Ferner machten die Aufständischen unter den Regierungstruppen 237 Gefangene, die zum Großteil dem Roten Kreuz übergeben wurden. Die FMLN konnte ihre kontrollierten Zonen weiter ausbauen und ihre bewaffneten Aktionen fast auf das gesamte Land (in 11 von 14 Provinzen) ausweiten.<sup>6</sup> Mit ihrer Offensive „Revolutionäre Helden des Januar 1982-80“, die am 8. Januar 1983 einsetzte, konnte die FMLN ihre militärische Erfolgsserie fortführen.

Den Anfang machte man mit der Einnahme von Tejutla, dem mit 15.000 Einwohnern drittgrößten Ort der Provinz Chalatenango. Bis Anfang Februar d.J. besetzte die Guerilla 19 weitere Ortschaften, wovon der Großteil und die spektakulärste Aktion (von Berlin) auf die Provinz Usulután entfielen. In acht Provinzen, San Salvador inbegriffen, führte die FMLN zugleich Angriffsoperationen auf Armeekonvois, Kasernen usw. und Sabotageakte (u.a. Sprengung der Eisenbahnbrücke über den Río Lempa) durch.

Im Norden der Provinz Morazan vermochte die FMLN den letzten größeren Stützpunkt der Regierungstruppen in Jocoaitique zu erobern. Es folgte die Einnahme der Ortschaften Corinto, Osicala und Meanguera, wo am Río Torola die Großoffensive der 6.000 Elitesoldaten zum Erliegen kam.



Bei Bombenangriffen zerstörtes Bauernhaus in den Bergen von San Pedro (La Paz)

## Reportage über Guazapa

# Bei der salvadorianischen Guerilla im kontrollierten Gebiet

Der Berg Guazapa ist seit der Januaroffensive der salvadorianischen Guerilla des Jahres 1981 zu einer ihrer Festungen geworden. Schon wegen seiner strategisch wichtigen Lage, seiner Nähe zur Hauptstadt San Salvador und zum Militärflughafen Ilopango (8 km), wurde der Vulkan wiederholt zum Angriffsziel großangelegter Armeeeinsätze. Zuletzt gelang es der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) Mitte Dezember 1982 in einem viertägigen Verteidigungskampf Tausende von Angreifern, darunter 1.200 Elitesoldaten des Bataillons „Ramon Beloso“, in die Flucht zu schlagen.

Doch Guazapa ist mehr als eine strategische Festung der FMLN auf dem Weg nach San Salvador. Der in der Provinz Cuscatlán gelegene Berg ist zugleich Mittelpunkt einer der kontrollierten Zonen El Salvadors, in denen sich die Poder Popular, die Volksmacht, formiert. Ein britischer Korrespondent, der sich kürzlich in Guazapa umsah, zeichnet das Werden der Volksmacht nach.

Der Guazapa Vulkan ist ein kleiner Hügel knapp 25 km nördlich von San Salvador. Guazapa und das ihn umgebende Gebiet ist kaum durchdringbarer, abgelegener Dschungel, der traditionsgemäß verbunden ist mit Guerillaaktivitäten. Gerade diese Region ist eine der sichersten Basen der FMLN.

Hier leben auf 300 qkm gutem, landwirtschaftlich nutzbarem Boden ca. 15.000 Menschen (nach FMLN-Angaben sind es 35.000; d. Red.) in verhältnismäßiger Sicherheit unter dem Schutz von 1.000 oder mehr bewaffneten Aufständischen. Die politische Macht ist nicht mehr von der Zentralregierung abhängig, sondern sie fußt auf der im Aufbau begriffenen lokalen Volksmacht (Poder Popular). Seit Mitte 1981 sind die lokalen Poder Popular das Instrument im Bemühen der Rebellen gewesen, ihre kontrollierten Zonen zu konsolidieren und zu erweitern.

### So funktioniert die Volksmacht

Jede lokale Poder Popular besteht aus etwa 1.000 Personen, die alle in einer Entfernung von nicht mehr als zwei Stunden Marschweg bis zum nördlichen Verwaltungszentrum, gewöhnlich eine alte Hacienda (Landgut; d. Red.), leben. An die zwölf lokale Poder Popular sind bis jetzt im Guazapa-Gebiet gegründet worden.

Ein Vorstand, gewählt von einer öffentlichen Versammlung, ist das Exekutivorgan der örtlichen Volksmacht. Er ist verantwortlich für die Verwaltung, die sozialen Dienste (besonders der Gesundheitsfürsorge), die Erziehung und, das wichtigste von allem, für die Produktion und die Verteidigung. Jeder Vorstand ordnet sich einer beratenden Versammlung zu, die sich aus Repräsentanten aus allen Volksorganisationen in dem Gebiet zusammensetzt. Für jeden Verantwortungsbereich gibt es dort einen Arbeitsausschuß, dem ein Mitglied des Vorstandes vorsitzt.

In der Landwirtschaft werden Kollektive und Kooperative organisiert; privater Besitz ist ebenfalls wichtig. Kollektiveinheiten finden sich hauptsächlich in der Tieraufzucht; Kooperative und Privatbesitz im Ackerbau. Kleine Landbesitzer teilen ihre Zeit auf zwischen ihren eigenen Feldern und dem Kollektivland. Kooperative werden auf dem Land errichtet, das abwesenden Gutsherren oder Mitgliedern der Nationaldemokratischen Organisation (ORDEN) gehörte, die aus dem Gebiet in den Monaten nach der Januaroffensive 1981 vertrieben wurden.

Viele Probleme liegen an. Saatgut, Dünger, Herbizide und Pestizide sind knapp. Es mangelt an Ochsen zum Pflügen. Außerdem sind da die Sicherheitskräfte, die seit Anfang 1981 neun Mal Guazapa angegriffen und versucht haben, die Ernte, die Tiere und die Lebensmittel zu zerstören. Die Bevölkerung hungert nicht, aber sie ist weit davon entfernt wohlgenährt zu sein.

Lebensnotwendiges wie Schuhwerk, Kleidung, Koch- und Eßgeschirr werden vorort produziert; ein einfaches Labor stellt lebenswichtige Medikamente her. Ein umfassendes Gesundheitswesen, mit dem Schwerpunkt auf Gesundheitsvorsorge wird aufgebaut. Notfälle werden durch ein mobiles Hospital behandelt, das an Personal versehen ist mit einem Doktor, zwei Schwestern und einem Anästhesisten, die noch drei weitere Feldhospitäler und fünf örtliche Kliniken koordinieren.



Verteidiger von Guazapa

Das Erziehungswesen ist weniger entwickelt. Grundschulen wurden errichtet, werden aber wenig besucht. Kinder spielen immer noch eine wichtige Rolle in der landwirtschaftlichen Produktion. Außerdem schrecken gelegentliche Angriffe auf Stützpunkte der FMLN durch Armeehubschrauber vom Schulbesuch ab.

Die Erwachsenenbildung wird dadurch beeinträchtigt, daß den Aufgaben in Landwirtschaft und Verteidigung Vorrang gegeben wird. Die Verteidigungsmaßnahmen leiten sich aus Erfahrungen ab. Für das geschulte Ohr ist beispielsweise der Lärm des Hubschraubergeknalls erst dann Anlaß Deckung zu suchen, wenn die Flugrichtung direkt über einen führt. Ansonsten geht das Leben ohne Unterbrechung weiter. Hochfliegende Aufklärungsflugzeuge, die FMLN-Positionen ausfindig zu machen suchen, stellen keine unmittelbare Gefahr dar. Luftangriffe sind eine andere Sache, doch hat sich die Bevölkerung daran gewöhnt, die Luftschutzbunker, die hinter den meisten Häusern ausgeschachtet sind, zu benutzen.

Ausgedehntere Verteidigungsmaßnahmen werden ausschließlich bei Armeeüberfällen durchgeführt. Dann gerät die Zivilbevölkerung ganzer Gebiete in Bewegung. Eine Menge Erfahrung hat sich angesammelt. Als die Armee im Februar 1982 angriff, gab es nur wenige Opfer unter der Zivilbevölkerung, hauptsächlich weil die Bevölkerung mit Erfolg in Sicherheit gebracht worden war, bevor die militärische Einkreisung abgeschlossen war. Die Bewegungen der Armee wurden durch die Errichtung von Steinbarrikaden und Gräben auf bzw. in vielen Zugangsstraßen behindert.

### Fallen für die Regierungstruppen

Die Bergpfade hat man auch zu einem gewissen Grad unter Kontrolle gebracht. Menschenfallen haben die meisten der leicht zugänglichen Routen unbenutzbar gemacht, so daß die, die noch benutzbar blieben, leichter verteidigbar sind. Während der Offensiven der Armee wird die Zahl der leicht zugänglichen Pfade durch das Aufstellen anderer primitiver Waffen weiter verringert, was darauf hinausläuft die Moral der Regierungstruppen zu untergraben.

Die FMLN-Kampftruppen des Gebietes sind in drei Teile geteilt; die Vorhuteinheiten, zusammengestellt aus Frontkämpfern mit besonderer Ausbildung und besserer Bewaffnung; die Guerilla, die mehr oder weniger ausschließlich in den kontrollierten Zonen und entlang den Hauptstraßen operiert; und die Miliz, die hauptsächlich für die Verteidigungsmaßnahmen verantwortlich ist.

Alle fünf bewaffneten Organisationen (die die FMLN bilden; d. Red.) sind in Guazapa präsent, wobei die der Nationale Widerstand (RN) und die Volksbefreiungskräfte (FPL) die wichtigsten Gruppen sind. Die Moral ist hoch. Die Februaroffensive der Armee wurde nach drei Tagen heftiger Kämpfe zurückgeschlagen. Die Atacatl-Brigade war gezwungen zurückzuweichen, nachdem sie an die 250 Verluste, Verwundete und Tote, erlitt.

(Quelle: Latin America Weekly Report, London, Nr. 45/1982, S.9)



Die vorläufige Bilanz der ersten FMLN-Offensive des Jahres 1983, die Radio Farabundo Marti Anfang Februar d.J. bekanntgab, lautet: etwa 450 Tote und Verwundete auf Regierungsseite, 265 erbeutete Gewehre, 5 Maschinengewehre, 5 Geschütze, 9 Funkgeräte und über 200 Gefangene.

Die von der FMLN kontrollierten Gebiete, die im Herbst 1982 rund 18% der Landesfläche mit 200.000 Menschen ausmachten, konnten im Zuge der beiden Offensiven erweitert werden. Laut Comandante Mario Aguinada, Mitglied



Am Vulkan Guazapa gefallene Regierungssoldaten

der Vereinigten Revolutionären Leitung der FMLN, wurden sie nun auf etwa ein Drittel des salvadorianischen Territoriums ausgedehnt.<sup>7</sup>

Die beiden Offensiven haben ferner gezeigt, daß die FMLN heute über ein hohes Maß an Koordination und an Operationsfähigkeit in fast sämtlichen Landesteilen verfügt. Sie veranschaulichten, daß das Zusammenwirken von Milizen, Guerillaeinheiten und großen mobilen Einheiten des revolutionären Volksheeres und deren gleichzeitiges Vorgehen an mehreren Frontabschnitten die Regierungstruppen zusehends vor unlösbare Aufgaben stellt.

### Mehr Bereitschaft für einen Dialog?

Die militärische Kräfteverschiebung zugunsten der Aufständischen hat deren Vertrauensbasis insbesondere unter der salvadorianischen Bauernschaft gefestigt. Sie ermutigte außerdem die Gewerkschaftsbewegung sowie bedeutende Teile des kirchlichen bzw. christdemokratischen Bereichs und eine realistische Strömung innerhalb der Streitkräfte dazu, für die unverzügliche Aufnahme eines Dialogs zwischen der Regierung Magaña und den Befreiungsfronten FMLN/FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front) einzutreten.

Als die FMLN/FDR im Oktober 1982 gleichlaufend mit der militärischen Offensive einen neuerlichen Vorschlag für „einen direkten Dialog ohne Vorbedingungen“<sup>8</sup> unterbreitet hatte, war sie bei allen Regierungsparteien und der Reagan-Administration wie gehabt auf schroffe Ablehnung gestoßen. Mitte Dezember verkündete die Führung der Christdemokratischen Partei in San Salvador, sie befürworte jetzt den Dialog mit der FMLN/FDR.

Wie eine Gruppe mittlerer Offiziere so warb auch Erzbischof Rivera y Damas öffentlich für ein Aufgreifen des Dialogangebots der Opposition und verurteilte den Bombenkrieg der Armee, sei es gegen von der Guerilla kontrolliertes Gebiet oder gegen das besetzte Berlin. Mitte Dezember 1982 forderten die drei Zentralgewerkschaften CUSS, CIS und die christdemokratisch orientierte UPD in einer gemeinsamen Aktionsplattform u.a. die Regierung Magaña auf, den Krieg

gegen das Volk und die Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung zu beenden.<sup>9</sup>

Im Januar d.J. offenbarte die Rebellion des Obersten S. Ochoa Perez, der den Rücktritt von Verteidigungsminister Garcia forderte, einmal mehr die wachsenden Machtkämpfe innerhalb der Streitkräfte und des Regimes. Innerhalb des Parlaments und der Regierungskoalition wurden die Befugnisse des faschistischen Flügels um ARENA-Führer Roberto D'Aubuisson vom „gemäßigten Lager“ (Präsident Magaña, Christdemokratie u.a.) eingeengt. Somit haben zum Jahresbeginn jene Kräfte innerhalb des Regimes erst einmal an Boden verloren, die am vehementesten jeden Schritt hin zu einer Verhandlungslösung bekämpften.

Ob die Regierung Magaña sich schließlich zu politischen Verhandlungen mit der FMLN/FDR durchringen wird, dürfte in erster Linie von der Haltung der Reagan-Administration abhängen. Sie gewährleistet das Überleben des angeschlagenen Regimes von San Salvador mit einer jährlichen Militär- und Wirtschaftshilfe von 200-300 Mio Dollar (1983/84). Sie beharrt bislang auf einer rein militärischen Lösung des Konflikts und wies die Dialogidee brüsk zurück. Dies behält Gültigkeit, wengleich Staatssekretär Th.O. Enders Anfang Februar d.J. in einem internen Arbeitspapier einen denkbaren Übergang Washingtons zu einer „doppelgleisigen Strategie“ ins Spiel gebracht hat: Man könne gleichlaufend Verhandlungen zwischen salvadorianischer Regierung und Opposition durch die Vermittlung Dritter (Spaniens, Mexikos, Venezuelas oder Kolumbiens) fördern und die salvadorianische Armee durch US-Waffenhilfe stützen.<sup>10</sup>

Die Reagan-Administration wird sich so oder so kaum in ihrer Überlebenshilfe für ihr gehätschertes Völkermordregime beirren lassen, welches zur Jahreswende 1982/83 die Zahl seiner Mordopfer seit 1980 auf über 40.000 schraubte (im Jahr 1982 zählte man 5.339 Mordopfer). Nur ein siegreicher weiterer Vormarsch der FMLN und starker internationaler Druck vermögen dieses Gespann letztlich an den Verhandlungstisch zu zwingen.

Obwohl derzeit eine massive „direkte Intervention“ seitens der USA – so meint FDR-Präsident Guillermo Manuel Ungo – „immer schwieriger und kostspieliger für die Reagan-Administration sein würde, ... kann diese Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden. Und wir sollten dies stets im Hinterkopf behalten.“<sup>11</sup>

### Anmerkungen:

- 1) Zit. nach: Newsweek (NW), New York, 14.2.1983
- 2) Der Kongreß in Washington hat eine solche Beteiligung von US-Militärberatern an Kampfhandlungen in El Salvador untersagt. Deshalb müssen bei jedem Auffliegen einer solchen Beteiligung die jeweils ertappten „Sünder“ von der US-Regierung nach Hause abberufen werden, allein um den Schein zu wahren. So mußten z.B. im Februar 1981 drei US-Offiziere, die nahe San Miguel in Kampfausrüstung gefilmt worden waren, die Heimreise antreten.  
Zur Verwicklung von US-Militärs in Kampfeinsätze und Folterungen siehe: AIB-Sonderheft 3/1982 zu El Salvador, S. 56-57
- 3) Nach: Time, New York, 14.2.1983
- 4) Zit. nach: NW, a.a.O.
- 5) Daten nach: Soberania, Managua, Nr. 7/Okttober-November 1982, S. 66 ff.; Latin America Weekly Report (LAWR), London, 22.10.1982; Mittelamerika Dienst (mid), 18., 30.11. und 23.12.1982
- 6) Daten nach: El Pais, Madrid, 22.1.1983; Granma. Weekly Report (GWR), Havanna, 26.12.1982 und 16.1.1983; LAWR, 7.1.1983
- 7) Daten nach: mid, 18., 27.1. und 4.2.1983; International Herald Tribune (IHT), Paris/Zürich, 21. und 28.1.1983; Vorwärts, Basel, 3.2.1983
- 8) Voller Wortlaut des 5-Punkte-Vorschlags der FMLN/FDR siehe in: AIB 1/1983, S. 10
- 9) Laut: LAWR, 24.12.1982; mid, 16.12.1982 und 14.1.1983; Le Monde, Paris, 8.2.1983
- 10) Nach: IHT, 11.2.1983
- 11) Ungo-Gespräch mit der Granma, in: GWR, 26.12.1982

### Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika

# 2 Mio auf der Flucht

Im Zuge der Krisenzuspitzung in El Salvador und Guatemala haben die Flüchtlingsströme und mit ihnen das Elend in Mittelamerika 1981/82 dramatisch zugenommen. Über die Hintergründe, Ursachen und die politische Ausschlichtung dieser Flüchtlingsmisere informiert die soeben erschienene Broschüre „Mittelamerika. Flüchtlingspolitik – Politik mit menschlichem Elend“. Sie wurde herausgegeben von der Koordinationsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika, deren Fazit über die Fluchtbewegungen in Mittelamerika wir hier dokumentieren.

Rund zwei Mio Menschen – meist bäuerlicher Herkunft – aus Guatemala und El Salvador befinden sich zur Zeit auf der Flucht vor den Mordmaschinen der Oligarchien ihrer Länder. Das sind 14% der salvadorianischen Bevölkerung.

#### Vertreibung der Armen...

20% der Bevölkerung der Bundesrepublik sind 12 Mio Menschen. Man stelle sich vor, die müßten alle blindwütigem Terror weichend, ihre Heimat verlassen und in Kirchen, kirchlichen Lagern oder im Ausland Schutz und Zuflucht suchen.

Was ist der Hintergrund dieser gewaltigen Fluchtbewegung in Mittelamerika? Das rasche Bevölkerungswachstum in El Salvador und Guatemala mindert sicherlich die Möglichkeiten, alle Menschen ohne zusätzliche Anstrengungen ausreichend zu ernähren.

Aber gerade das 109.000 qkm große Guatemala ist mit seinen knapp 7 Mio Einwohnern relativ dünn besiedelt. Dieses Land müßte auch bei einer relativ großen Bevölkerungswachstumsrate von derzeit 2,9% seine Bevölkerung noch etliche Jahrzehnte ernähren können. Dennoch haben Teile des Volkes – vor allem die Indios im Norden des Landes – nichts zu essen.

Das Stückchen Boden, das man ihnen bisher zur Selbstver-

sorgung belassen hatte, wurde nach und nach vom Großgrundbesitz weiter verkleinert oder gänzlich enteignet. Die wachsende Nachfrage des Weltmarktes und die Habgier der Oligarchien verlangten, daß die Exportproduktion von Vieh, Kaffee oder Baumwolle usw. immer weiter ausgedehnt wurde.

In Guatemala wurden die Indios selbst von ihren kargen Böden in den schwer zugänglichen Hochlandregionen vertrieben. Diesmal aber nicht in erster Linie, um das freige-machte Land für die agrarische Exportproduktion zu nutzen, sondern weil dort riesige Nickel- und Erdöllagerstätten gefunden wurden. Spekulanten und Militärs waren der Meinung, es sei sicherer, die Rohstoffe unter der Erde ohne soziale Spannungen auf der Erdoberfläche zu gewinnen.

Die herrschenden Oligarchien sind weder fähig noch willens, das Land aus den Erlösen des Exports mehr als punktuell zu industrialisieren. Und nur eine vollständig entwickelte Industriegesellschaft wäre in der Lage, die freigesetzten Arbeitskräfte aus dem Land aufzunehmen und zu beschäftigen. Weil dieser Weg verschlossen ist, kann die Masse der Landbevölkerung bestenfalls saisonal Arbeit finden, wodurch ihre soziale Lage von Tag zu Tag schlimmer wird (zumal auch ihre Subsistenzgrundlage, ihr kleines Stück Land, nicht mehr für sie besteht).

Alle Versuche, sich gegen das Elend durch Proteste und Organisierung zu wehren, wurden von den Armeen Guatemalas bzw. El Salvadors mit äußerster Brutalität niedergemacht.

Nachdem Mord und Terror gegenüber Einzelpersonen und Gruppen nicht in gewünschtem Maße wirkten, begannen die Militärs, die Menschen aus den sozialen Unruhegebieten systematisch zu verjagen. Massaker heißt die furchtbare Losung, mit der die Vertreibung vollzogen wird.

Das Wort kommt von „Rio Massacre“, einem Fluß in der Dominikanischen Republik. In diesem Fluß ließ im Jahre 1937 Diktator Trujillo 40.000 Zuckerrohrschneider aus



Vertriebene Salvadorianer, deren Lager von Militärs übernommen wurde (1.); 5000 guatemalteckische Flüchtlinge leben in Porto Rico (Mexiko)

Haiti werfen, nachdem er sie innerhalb von zwei Tagen hatte umbringen lassen. Massaker bedeutet heute vor allem „verschwindet“. Und die 2 Mio Flüchtlinge bestätigen den grauenhaften Erfolg dieser schwarzen Losung.

Die bedrängten Menschen kommen auch nach ihrer Flucht nicht zur Ruhe. Mexiko schickte ganze Gruppen geflohener Indios nach Guatemala zurück, wo sie häufig sofort vom Militär ermordet wurden. Die Vereinigten Staaten verfrachten täglich etwa 25 Salvadorianer per Flugzeug zurück in ihr Land, wohl wissend, daß diese Menschen dort von Mord, Folter und Gefängnis bedroht sind.

Honduras hat am Rio Sumpul schon zweimal – am 14.5.1980 und am 10.6.1982 – mehrere hundert Flüchtlinge aus El Salvador erschießen lassen. Heute wagen sich in den Grenzgebieten zwischen Honduras und El Salvador viele Flüchtlinge nur unter dem Schutz internationaler Beobachter aus ihren Verstecken heraus, weil sie befürchten, von honduranischem Militär oder von Paramilitärs umgebracht zu werden.

Neben Zurücktreibung oder Zurückverfrachtung versuchen die Aufnahmeländer zu verhindern, daß die Geflohenen sich organisieren und Widerstand leisten. In diesem Sinne werden die Flüchtlinge schickaniert, geprügelt, erhalten wenig oder kein Essen, manchmal werden sie umgebracht oder sie werden allen möglichen behördlichen Willkürmaßnahmen unterworfen. Darüber hinaus werden sie immer wieder umgesiedelt. Honduras wehrte sich zunächst mit allen Mitteln dagegen, daß die geflohenen Salvadorianer von den Grenzgebieten weg ins Landesinnere zogen, weil man glaubte, sie nach beendeter Krise von den Grenzgebieten leichter wieder ins Heimatland abschieben zu können. Dann kamen die Berater aus den USA, die sagten den Honduranern: „Die organisieren sich und unterstützen die Guerilla, ihr müßt sie besser kontrollieren und umsiedeln.“

### ... mit Hilfe von Massakern

In diesem Sinne wurde das Flüchtlingslager beim Grenzdorf La Virtud aufgelöst und die Flüchtlinge gegen ihren Willen in das KZ-ähnliche Lager Mesa Grande weiter im Landesinneren umgesiedelt. Kaum waren sie dort angekommen und hatten sich etwas eingerichtet, setzten neuerliche Verlegungsaktionen ein, gegen die sich die betroffenen Menschen vehement zur Wehr setzten. Der Widerstand der Flüchtlinge richtete sich gegen den Versuch der Behörden, sie zu vereinzeln und damit gänzlich schutzlos zu machen.

Die Verlegung der Flüchtlingslager weg von der Grenze erschwerte den Salvadorianern die Flucht noch mehr, weil sie auch auf honduranischem Boden erst einigermaßen sicher sind, wenn sie in einem der Lager von Vertretern der UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) oder von kirchlichen Vertretern aufgenommen und registriert worden sind.

Die Vereinigten Staaten unter Präsident Reagan setzen auf das Lösungsmodell der Oligarchie. Sie rechtfertigen dies mit der Behauptung, zwar sei es mit der Freiheit in den betroffenen Ländern schlecht bestellt, aber man könnte diese Situation verbessern, wohingegen der Sozialismus die totale und irreversible Unfreiheit darstelle.

Auf Grundlage dieser Ideologie bekämpft die Reagan-Administration mit allen erdenklichen Mitteln diejenigen Kräfte Mittelamerikas, die für eine soziale und nationale Emanzipation eintreten. In der Geschichte ihrer Interventionen haben die USA dieses Rezept buchstäblich tausendfach erprobt. Bisher erfolgreich – bei drei Ausnahmen: Kuba, Nicaragua und Grenada.

In Honduras gibt es zwei – gerne gesehene – Flüchtlingsgruppen: ehemalige Soldaten der Somoza-Armee Nicaraguas

## Salvadorianische Flüchtlinge



Erschossener Flüchtling am Rio Lempa

Ein Großteil der 2 Mio Flüchtlinge Mittelamerikas ist salvadorianischer Herkunft. Etwa 300.000 Salvadorianer flohen, so der Stand Ende 1982, ins Ausland. 400.000 bis 500.000 wurden zu Vertriebenen im eigenen Land. Letztere halten sich in behelfsmäßigen Unterkünften und Lagern auf, wo sie hauptsächlich von Komitees der Kirchen und des Roten Kreuzes Hilfsgüter erhalten. Sie sind jedoch immer wieder Repressalien der Regierungstruppen ausgesetzt. Ein Teil dieser Vertriebenen hat sich auch unter den Schutz der salvadorianischen Befreiungsbewegung FMLN begeben, d.h. in deren kontrollierten Zonen Zuflucht gefunden.

Die meisten der ins Ausland Geflohenen halten sich in vier Ländern auf: in Mexiko 70.000-140.000, in Guatemala 50.000-100.000, in Honduras 15.000-34.000 (unterschiedliche Schätzwerte der UNO bzw. Welthungerhilfe) und in Nicaragua 22.000.

In Nicaragua wurden die Schutzsuchenden am besten aufgenommen, ohne Schikanen bei der Aufenthaltsbewilligung, bei – seitens der Behörden – ungehindertem Zugang der Hilfswerke und UN-Flüchtlingshilfsorganisation. Die sandinistische Regierung stellt selbst Hilfsgüter bereit und fördert Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für die salvadorianischen Flüchtlinge.

Das Gegenstück ist Honduras. Hier begingen honduranische Regierungstruppen, im Zusammenspiel mit salvadorianischen Armeeeinheiten und Todesschwadronen, mehrfach Massaker an Flüchtlingen im Grenzgebiet. Beim Massaker am Rio Sumpul (14.3.1980) ermordeten sie mindestens 600 und am Rio Lempa (18.3.1981) mehr als 1.000 salvadorianische Flüchtlinge. Auf Anraten der US-Militärberater wurden im Rahmen der Grenz-„säuberung“ 1981/82 Zehntausende salvadorianischer Flüchtlinge zwangsweise ins Landesinnere umgesiedelt. Die Flüchtlingslager La Virtud und Guarita wurden in Aufnahmelager umgewandelt, ihre einstigen Insassen in das neue Lager Mesa Grande verfrachtet. Auch die Bewohner des grenznahen Flüchtlingslagers Clomancagua sollen ins Landesinnere verlegt werden.

Die Flüchtlinge sind ohnehin ständig Repressalien honduranischer Militärs oder salvadorianischer Paramilitärs ausgesetzt, von Verhaftungen, Verschleppungen, Folterungen, der Ermordung bis hin zu ständigen schikanösen Kontrollen. Anfang Januar d.J. beklagten Flüchtlinge gegenüber Radio Farabundo Marti, daß sie in Mesa Grande sowohl unmenschlichen Lebensbedingungen als auch einer brutalen Behandlung seitens der honduranischen Militärbehörden ausgesetzt seien: „Wir werden in den Lagern wie Gefangene gehalten, ohne jede Freiheit. Wir dürfen sie nicht verlassen, weder um uns irgendwo zu waschen, noch um unsere Notdurft zu verrichten, ohne daß wir Gefahr laufen, gefangen genommen zu werden und zu verschwinden.“ Sie verwiesen darauf, daß es an Lebensmitteln und Wasser fehle.

Kein Wunder, daß immer mehr dieser Flüchtlinge den gefährvollen Weg zurück nach El Salvador, in die von der FMLN kontrollierten Gebiete antreten.

und etwa 15.000 Miskitoindianer. Diese Menschen werden als Instrumente zur Destabilisierung Nikaraguas eingesetzt. Die sandinistische Regierung legt sicherlich keinen Wert darauf, die ehemaligen Nationalgardisten wieder im Land zu haben. Sie hat jedoch nichts dagegen, wenn die Miskitos auf ihr Territorium in Nicaragua zurückkehren.

### Zweierlei Flüchtlinge in Honduras

Die Indianer wurden von den Sandinisten weder vertrieben noch müssen sie im Falle ihrer Rückkehr mit Sanktionen oder gar mit Exekution rechnen. Die betroffenen Miskitos verließen ihre Siedlungsgebiete in Nicaragua nicht aufgrund von Terror seitens der Sandinisten. Wohl waren Spannungen zwischen Miskitos und Vertretern der revolutionären Regierung entstanden, nachdem die vor Ort verantwortlichen Sandinisten bei ihren ersten Versuchen einer Integration der Miskitos einfach ihr eigenes Entwicklungsmodell den Indianern überzustülpen versuchten.

Eine Flucht von Teilen des Miskitovolkes setzte aber erst ein, als die Sandinisten sich gezwungen sahen, auf die kriegsähnlichen Überfälle aus Honduras – die bereits mehrere Dutzend Opfer unter den Sandinisten forderten – zu reagieren und die Menschen entlang dem Grenzfluß Rio Coco ins Landesinnere umzusiedeln. Die Miskitos, die sich zur Flucht entschlossen hatten, glaubten dabei den Hetzreden des Miskitoführers Steadman Fagoth, der über den Sender „15 de septiembre“ verbreitete, die „Sandino-Kommunisten“ würden alle Miskitos massakrieren.

Ob geflohene Miskitos oder Flüchtlinge aus El Salvador oder Guatemala, stets wird deutlich, daß ihr Schicksal von fremden Interessen instrumentalisiert wird.

## MITTELAMERIKA



### Flüchtlingspolitik – Politik mit menschlichem Elend

zu beziehen bei:  
Christliche Initiative El Salvador e.V. (CIES)  
Kardinal-von-Galen-Ring 45  
4400 Münster

und  
Informationsstelle Lateinamerika (ila) e.V.  
Römerstr. 88  
5300 Bonn 1

Preis DM 5,-

**Ignacio Klich**

# Israel – Waffengehilfe der USA in Mittelamerika



Der Besuch des israelischen Verteidigungsministers Ariel Sharon am 6.12.1982 in Honduras verwies einmal mehr auf die gewichtige Rolle Israels in Mittelamerika. Das honduranische Regime wurde nicht nur der politischen Unterstützung Israels versichert, sondern es erhielt auch umfangreiche Waffenlieferungen zugesichert. Daneben sind die Regimes El Salvadors und Guatemalas die beiden mittelamerikanischen Hauptempfänger israelischer Militärgüter. Dies entspricht dem Aufstieg Israels zum drittgrößten Waffenlieferanten ganz Lateinamerikas (seit 1976).

Seit einer Weile stellen oppositionelle Abgeordnete in der Knesset peinliche Fragen über die Rolle, die die Israelis als die „Kubaner Washingtons“ in der Dritten Welt spielen. So wollte Frau Shulamit Aloni, Führerin der Bürgerrechtsbewegung kürzlich wissen, wieviele israelische Militärberater in Guatemala seien und wieviele Waffen diesem Land verkauft würden.

Einen Monat später war ihre Frage noch immer nicht beantwortet. Aber in diesem Augenblick ließen Gegner des guate-

maltekischen Militärregimes zum zweiten Mal eine Bombe vor der israelischen Botschaft in ihrem Land hochgehen – als ob sie darauf zielten, die öffentliche Meinung in Israel auf die Konsequenzen der Militärhilfe ihrer Regierung an unpopuläre Regimes in dieser Region aufmerksam zu machen.<sup>1</sup>

Die Regierung in Jerusalem, die sich zu diesem delikaten Problem stets sehr verschwiegen verhielt, antwortete nicht auf die Fragen von Frau Aloni. Und der Regierungssprecher des Ministerpräsidenten, Uri Porat, erklärte, daß diese „nicht wisse, wovon sie spreche“.

Frau Aloni bezieht sich jedoch auf israelische und ausländische Quellen, die das Gegenteil beweisen. Und die Presse hatte die Gelegenheit, hohe guatemaltekeische Persönlichkeiten zu zitieren, die Herrn Porat widerlegen.

## Ausbildungshilfe für Guatemalas Armee

General Efraim Rios Montt, Präsident der Militärjunta Guatemalas, scheint selbst auf dem Laufenden zu sein. Im März 1982 hatte er einem Reporter der ABC-Fernsehkette erklärt, daß der Staatsstreich, der ihn an die Macht gebracht hatte, deshalb so gut gelungen war, „weil zahlreiche unserer Soldaten von Israelis ausgebildet worden sind“.

Die Tageszeitung Maariv, die diese Bemerkung zitierte, hatte schon eine ähnlich lobende Bemerkung General Benedicto Lucas Garcias, Generalstabschef der Armee vor dem Staatsstreich, gedruckt; und zwar bezüglich der „riesigen Aufgabe“, die Israel zugunsten der Streitkräfte Guatemalas vollbracht habe.

General Benedicto Lucas Garcia, der Bruder von General Romeo Lucas Garcia, der zugunsten Rios Montts gestürzt wurde, hatte anlässlich der Eröffnungszeremonie der Armeeschule für Kommunikation und Elektronik im November 1981 ebenfalls dem israelischen Botschafter Moises Dajen für die „Ratschläge und den Transfer elektronischer Technologie“, die sein Land geliefert habe, öffentlich gedankt.<sup>2</sup>

Laut Frau Aloni beinhaltete diese Hilfe elektronisches Material und eine Ausbildung für den Kampf gegen Aufständische sowie Personal, das die Aufgabe von Militärberatern ausübte, ohne als solche ausgewiesen zu werden.

Ein großer Teil dieser Informationen war schon zwei Jahre vorher vom ehemaligen Pressesekretär des Innenministers, Elias Barahona, veröffentlicht worden. Nach seiner Entlassung hatte er in der Tat enthüllt, daß die Israelis zu jenen gehörten, die für die Vereinigten Staaten in die Bresche gesprungen waren, als die Regierung Carter jede militärische Hilfe an Guatemala aufgrund der Menschenrechtspolitik dieses Landes untersagt hatte. Selbst wenn die Aufrichtigkeit der Äußerungen Barahonas, der 1980 einer revolutionären Organisation mit Beziehungen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) beigetreten war, in Zweifel gezogen werden konnte, so sind doch die Erklärungen der Generale Rios Montt und Benedicto Lucas Garcia über jeden Verdacht erhaben.

Israel soll nicht nur Waffen an El Salvador geliefert haben, sondern ihm auch Militärberater schicken. Während die Regierung Reagan auf Drittländer zurückgreifen muß, um die Schranken zu umgehen, die der Kongreß einer Ausweitung der US-amerikanischen Einmischung in der Region setzt, hat der Minister für wirtschaftliche Koordination der Likud-Regierung, Yaacov Meridor, anlässlich eines privaten Treffens von Geschäftsleuten erklärt, daß Israel für Washington in Mittelamerika und der Karibik, in Südafrika und Taiwan einspringen wolle, da politische Erwägungen die USA daran hinderten, die notwendige Militärhilfe zu gewähren.<sup>3</sup> Y. Meridor versicherte sich anschließend der Zusammenar-

beit eines israelisch-amerikanischen Unternehmers, Arye Genger, um den Export militärischen Materials und militärischer Dienste zu koordinieren.

Vor kurzem begab sich der Vertreter der salvadorianischen Opposition (Demokratisch-Revolutionäre Front und Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti, FDR/FMLN) in Rom, Joaquín Antonio Aguilar, zu einem absolut ungewöhnlichen Besuch nach Jerusalem, um den sofortigen Stopp der Waffenlieferungen und der Entsendung militärischer Berater an die Streitkräfte seines Landes zu erreichen. (...)

Die Zeitung Haaretz hatte im November 1981 eine Information ausländischer Herkunft veröffentlicht, die die Aktivität der israelischen Militärberater in Salvador betraf. Der bloßgestellte Sprecher des israelischen Verteidigungsministeriums, Dan Weinreich, beschränkte sich auf ein: „Kein Kommentar“. (...)

Aber die Tageszeitung Davar hatte schon am 3. Januar 1982 eine neue Enthüllung: Laut Danny Halperin, Wirtschaftsberater an der israelischen Botschaft in Washington, hatte die Regierung im Vorjahr zugesagt, El Salvador 21 Mio Dollar zu leihen – eine Summe, die sie selbst von den USA als Hilfe bekommen hatte. Und all dies auf Wunsch der Regierung Reagan.

## Waffen und Militärberater für El Salvador

Diese Einmischung Israels in Lateinamerika zur Erfüllung der Pläne Washingtons ist nicht neu. Sie geht bis in die 60er Jahre zurück, als die amerikanische Regierung Israel bat, ihre Zivilprogramme populärer zu machen, um dem Einfluß Kubas entgegenzuwirken. Lange bevor es ein regulärer Waffenlieferant werden konnte, führte Israel Kurse zur militärischen und paramilitärischen Ausbildung durch, die für Israel die Gelegenheit boten, seine Beziehungen zu den Streitkräften der Dritten Welt zu entwickeln.

Was Lateinamerika betraf, so bot die Abteilung für Zusammenarbeit und Verbindung mit dem Ausland des Verteidigungsministeriums hohen Offizieren und anderen offiziellen Persönlichkeiten aus 13 Staaten, darunter aus El Salvador und Guatemala, Ausbildungsgänge an, die auf paramilitärische Programme für die Jugend spezialisiert waren. Diese Zivilprogramme verfügten über Mittel aus dem Fonds der Amerikanischen Agentur für Internationale Entwicklung (USAID).<sup>4</sup>

Die Entwicklung dieser Verbindungen erwies sich für Israel als gewinnbringend. Lateinamerika sollte zum Hauptabnehmer seiner Exporte militärischer Güter werden, besonders nach Abschluß eines Vertrages mit El Salvador über die Lie-



Israels Ministerpräsident Begin und Offiziere in einem Panzer-Montagewerk

ferung von 24 Flugzeugen aus den Beständen der Luftstreitkräfte.

Direkt gekoppelt an die Ankündigung im Jahre 1974, Botschaften in den beiden Hauptstädten zu eröffnen, folgten diesem Handel Bestellungen u.a. aus El Salvador, Nicaragua und Guatemala, die die militärische Version des Flugzeuges Arava erhalten wollten, das für den Antiguerillakampf geeignet ist.

Neben dem Handel zwischen den Regierungen stiegen bald private Firmen in das lukrative Geschäft ein. So ließ z.B. die Gesellschaft Eagle Military Gear Overseas, mit Sitz in Tel Aviv, Anzeigen für ihre Verkaufsabteilung für Mittelamerika durch Büros, die sich im Hotel Cortijo Reforma de Guatemala befanden, veröffentlichen.

Spätere Vorkommnisse haben aber bewiesen, daß seine Militärhilfe dem Staat Israel auch schaden konnte. Anfang 1979 wurde Ernesto Liebes, Ehrenkonsul Israels in San Salvador und wichtiges Mitglied der lokalen jüdischen Gemeinde, von Guerilleros der Streitkräfte des Nationalen Widerstands (FARN) entführt und getötet. German Cienfuegos, Führer der FARN, erklärte, daß er als „Kriegsverbrecher auf Grund der Rolle, die er beim Verkauf israelischer Flugzeuge an die salvadorianische Armee spielte“, hingerichtet wurde.<sup>5</sup>

### Verstärktes Engagement gegen die Sandinistas

Der Tod von Liebes förderte die Auswanderung der salvadorianischen Juden, die nach Meinung eines offiziellen Repräsentanten des Amerikanischen Jüdischen Komitees keineswegs durch einen internen Antisemitismus verursacht wurde.<sup>6</sup>

Das Ereignis bewog auch die israelische Regierung, ihre Botschaft in San Salvador zu schließen. (...)

Die diplomatischen Niederlagen Israels in Mittelamerika haben sich weiter gehäuft, obwohl die israelische Regierung sie verniedlicht. Im Januar 1982 war die Reihe an der israelischen Botschaft in Guatemala – die die Diplomaten aus der geschlossenen Botschaft von El Salvador beherbergt – bombardiert zu werden.

Mitglieder der israelischen Arbeiterpartei – Yossi Sarid und Abba Eban, ehemaliger Außenminister –, die anscheinend Zusammenhänge zwischen der Rolle ihres Landes in der Region und den Beweggründen der nicht identifizierten Angreifer vermuteten, drängten die Regierung, den „Waffenverkauf an El Salvador und Guatemala einzustellen“. (...) (Doch) fürchtet die Arbeiterpartei, daß die Regierung ihr vorwirft, selbst die Programme für Militärhilfe entworfen und ermutigt zu haben, als Peres (gegenwärtig Parteivorsitzender; d. Red.) Generaldirektor im Verteidigungsministerium war und darauf bedacht zu sein, ihre Beteiligungen an bestimmten großen Exportfirmen wie Soltam und Tadiran zu schützen.

Nach ihren Antworten auf die Kritik der Opposition zu urteilen, hat die Likud-Regierung beschlossen, im Augenblick nicht auf die Initiative der FDR/FMLN einzugehen, die bereit wäre, eine Geste des guten Willens seitens Israel zu honorieren. Die Gespräche zwischen dem Präsidenten von Kostarika, Luis Alberto Monge, und dem israelischen Regierungschef in Washington scheinen vielmehr darauf hinzuweisen, daß Israel sein Engagement in Mittelamerika verstärken will. Präsident Monge hat selbst erklärt, daß Israels Ministerpräsident Menachem Begin ihm gesagt habe, „sehr interessiert“ zu sein, den Sicherheitskräften Kostarikas gegen die Sandinistas Nikaraguas „zu helfen“.

Selbst nach ihrem Sieg über das verhaßte Somoza-Regime (Juli 1979; d. Red.) wurden die Sandinistas von der israelischen Propaganda als eine mit der PLO verbündete „Terrororganisation“ hingestellt.

Israelische Oppositionelle und jüdische Führer in der Diaspora nehmen dagegen an, daß die Beziehungen zwischen den Palästinensern und den Sandinistas ein Ergebnis der israelischen Militärhilfe an das vorherige Regime in Nicaragua sind. (...)

In den Monaten vor dem Sturz des Diktators Somoza erleichterten die israelischen Waffenlieferungen, die mit stillschweigender Zustimmung Washingtons abgewickelt wurden, die Anwendung des 1978 (von der Carter-Administration; d. Red.) verkündeten Waffenembargos. Und sie erlaubten gleichzeitig der Regierung Carter, eine Lösung in Managua ohne Beteiligung der Sandinistas zu suchen. Zu jener Zeit bemerkte Ernesto Cardenal, heute Kulturminister Nikaraguas, daß sich die Amerikaner der Israelis „als Mittler für Waffenlieferungen“ bedienten.<sup>7</sup>

Heute scheint die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Israel und Nicaragua unwiderruflich geworden zu sein, nachdem sich die sandinistische Regierung durch von den USA unterstützte Destabilisierungsversuche bedroht sieht und sich M. Begin in Washington mit dem Präsidenten von Kostarika unterhielt. Managua hat die diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem abgebrochen. Die Initiative Nikaraguas, die zuerst als Solidaritätsgeste mit den Palästinensern dargestellt worden war, hat – laut Frau Shulamit Aloni – nichts mit der PLO zu tun.

Die in Kostarika erzielten Erfolge werden in Nicaragua negative Reaktionen hervorrufen. Im Vorgriff auf die Ausweitung der Zusammenarbeit mit Israel hatte Präsident Monge die Verlegung seiner Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem bekanntgegeben.

Da Israel alles auf die Karte der USA setzt und vor allem die Angebote der salvadorianischen Opposition ignoriert, die von den Israelis eine positive Antwort in Mittelamerika wünschte, können sich die Israelis auf längere Sicht auf neue diplomatische Niederlagen in Mittelamerika einstellen.

(Quelle: Le Monde Diplomatique, Paris, Nr. 343/Okttober 1982, S.4)

#### Anmerkungen:

- 1) Jerusalem Post, Internationale Ausgabe, 25.-31.7. und 13.8.1982
- 2) Maariv, 22.11.1981 und 25.3.1982; The Guardian, London, 29.12.1981
- 3) Financial Times, London, 18.8.1981
- 4) New York Times, 15.10.1962; „Israel and Latin America: A Summary of the International Cooperation Programme“, Außenministerium, Jerusalem 1970, S.50
- 5) International Herald Tribune, Paris, 31.12.1979
- 6) Jewish Chronicle, London, 30.5.1980
- 7) Palestine, 16.-31.5.1979 und FPLP Bulletin, Beirut, Dezember 1979, S.33

### Zeitschriftenschau

Forum, Nr. 64/Februar 1983

● Auswertung BUKO VI: Leserbrief, AG-Protokolle, Resolutionen, Plenum-Protokolle ● KA-Protokoll ● Agro-Koordination ● Frauen ● Termine ● Zeitschriften ● Pharma-Brief Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM  
Bezug: FEA-Verlag, Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

ila-info, Nr. 62/Januar 1983

Schwerpunktthema: Honduras: Von der Bananenrepublik zum antikommunistischen Frontstaat ● Lateinamerika: Mexiko – „Wir können uns nicht von ihrem Schicksal lösen“. Zwei Flüchtlingsbetreuerinnen berichten über ihre Arbeit in Chiapas; Uruguay – Ein „Schwarzer November“ für die uruguayische Diktatur; Ecuador – „Mein Herr, ihre Frist ist abgelaufen, es ist Zeit zu zahlen“. Interview mit zwei Bauernvertretern über Agrarproduktion, Agrarkredite und ein deutsches GTZ-Projekt ● Ländernachrichten: El Salvador; Nicaragua; Mexiko ● Solidaritätsbewegung: Für 1983 wünschen wir frische Wut, Reagan verteilt die Karten neu; Es tut sich was in der Karibik-Solidarität; Nachwort zum Seminar 'Internationale Finanzinstitutionen'; Seminar: Dritte Welt und Friedensbewegung; Buchbesprechung: 'Fallstricke der Verschuldung'; Zeitschriftenschau; Materialliste (Ergänzung) Einzelpreis 2,50 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Solidarität, Nr. 74-75/Januar 1983

1983 – Jahr der Kommunikation: Stellungnahmen von Medienschaffenden; Technologietransfer im Medienbereich – für wen?; Schweizer Radio International; Medienkolonialismus; Kommentar zur Unesco-Konferenz in Paris ● Chile: Nahrung aus dem Müll ● Afghanistan: Drei Jahre sowjetische Truppen und Zur Situation des Widerstands ● Weihnachtsnachlese aus Zimbabwe ● Staatsterror in Zaire ● Dossier Schweiz-Trikont ● Bücher Einzelpreis 3,50 sFr; Abo 25 sFr  
Bezug: SKAAL, Postfach 2009, CH-4001 Basel

# AIB-Prämienangebot

## Abonnenten werben Abonnenten

Wir bitten unsere Leser um Unterstützung bei der Werbung neuer Abonnenten. Jeder AIB-Leser, der einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, bekommt von uns eine Buch- oder Schallplattenprämie nach eigener Wahl aus dem unten aufgeführten Titelangebot. Erfolgreiche Werber erhalten die gewünschte Prämie umgehend zugesandt, wenn sie selbst Abonnenten sind und der neue Abonnent das Abo bezahlt oder die in der Mitte dieses Heftes beigeheftete Abbuchungsvollmacht ausgefüllt hat.

### Prämien für 1 geworbenen Abonnenten:

Wolfram Bröner/Heinz-Jürgen Nieth  
**Der Kampf um El Salvador.**  
Völkerhebung und Intervention  
260 Seiten, Pahl-Rugenstein Verlag 1982

Guatemala.  
**Der lange Weg zur Freiheit**  
255 Seiten, Peter Hammer Verlag 1982

Jan Metzger/Martin Orth/Ch. Sterzing  
**Das ist unser Land — Westbank und Gazastreifen unter israelischer Besatzung**  
320 Seiten, Lamuv Verlag 1980

Hans van Ooyen (Hrsg.)  
**Der Reagan Report.**  
**Weltmacht USA in Nöten**  
204 Seiten, Weltkreis Verlag 1982

Autorenkollektiv  
**AFRIKA. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart in vier Bänden**  
Band 1 oder 2  
372 bzw. 297 Seiten, Pahl-Rugenstein 1979/80

Jürgen Roth/Kamil Taylan  
**Die Türkei — Republik unter Wölfen**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Eduardo Galeano  
**Die offenen Adern Lateinamerikas**  
Erweiterte Neuauflage, 311 Seiten, Peter Hammer 1981

Peter Schütt  
**Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan.**  
**Gibt es Rassismus in der Bundesrepublik?**  
264 Seiten, Weltkreis 1981

Günter Giesenfeld  
**Land der Reisfelder.**  
**Vietnam, Laos, Kampuchea**  
220 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981

Ana Guadalupe Martinez  
**Die geheimen Kerker El Salvadors.**  
Das Zeugnis der Comandante Guerillera  
205 Seiten, Lamuv 1982

Marianne Cornevin  
**Apartheid**  
**Mythos und Wirklichkeit**  
192 Seiten, Hammer 1981

**Aufstehn!**  
**Für den Frieden**  
158 Seiten, Lamuv 1982

Dieter Boris/Renate Rausch (Hg.)  
**Zentralamerika**  
Guatemala, El Salvador, Honduras  
Nicaragua, Costa Rica  
405 Seiten, Pahl-Rugenstein 1983

Ernesto Cardenal  
**In Kuba. Bericht von einer Reise**  
388 Seiten, Hammer 1980

Rainer Falk/Peter Wahl (Hrsg.)  
**Befreiungsbewegungen in Afrika.**  
Politische Programme . . .  
532 Seiten, Pahl-Rugenstein 1980

Sergio Ramirez  
**Viva Sandino! Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers**  
157 Seiten, Peter Hammer 1981

Fritz Noll/Lionel van der Meulen (Hg.)  
**Buenos Dias Cuba**  
Reiseführer  
190 Seiten, Lamuv 1982

AKAFRIK/DEAE (Hg.)  
**Südafrika-Handbuch**  
Südafrika, Namibia und Zimbabwe  
437 Seiten, Jugenddienst 1982

Jürgen Ostrowsky/Wolff Geisler  
**Südafrika.**  
**Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf**  
160 Seiten, Pahl-Rugenstein 1978

Frederik Vahle  
**Manuel. Oder die Reise an den Anfang der Welt**  
240 Seiten, Lamuv 1981

Horst-Eckart Gross/Klaus-Peter Wolf  
**CHE. Meine Träume kennen keine Grenzen**  
218 Seiten, Weltkreis 1982

Gabriel Garcia Márquez  
**Die Geiselnahme**  
112 Seiten, Hammer 1982

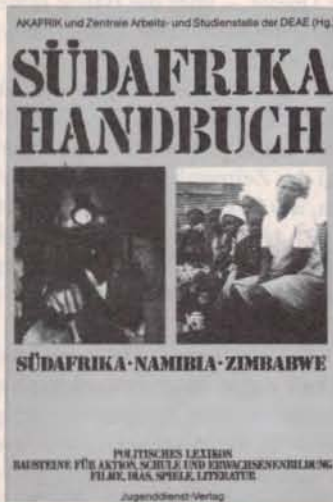
### Prämien für 2 geworbene Abonnenten:

Peter Krieg  
**Der Mensch stirbt nicht am Brot allein.**  
**Lesebuch zum Film „Septemberweizen“**  
192 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1981

Ernesto Cardenal  
**Unser Land mit den Menschen die wir lieben**  
Gedichte. Mit Bildern aus Solentirama und dem neuen Nicaragua  
64 Seiten, Großformat, Peter Hammer 1980

C. Rincon/K. Tebbe (Hrsg.)  
**Nicaragua.**  
**Vor uns die Mühlen der Ebene**  
224 Seiten, Hammer Verlag 1982

Autorenkollektiv  
**Länder der Erde.**  
**Politisch-ökonomisches Handbuch**  
7. Auflage, 720 Seiten, Pahl-Rugenstein 1981



Peter Hiedl

## Der „Marsch für die Demokratie“

Die Position der argentinischen Militärs war bereits durch den Ausgang des Malwinenkrieges (April-Juni 1982) und die miserable Wirtschaftslage geschwächt, als erstmals im Oktober 1982 anonyme Massengräber mit Leichen von verschwundenen Regimegegnern entdeckt wurden. Das forcierte Aufrollen des Verschwundenenproblems und das Erstarren der politischen Opposition von seiten der Parteien und Gewerkschaften, welches u.a. im Generalstreik vom 6.12.1982 zum Ausdruck kam, haben das Militärregime noch mehr ins Wanken gebracht. Was kennzeichnet die Ereignisse seit dem Ende des Malwinenkrieges (siehe AIB 6 und 9/1982), was den Kampf der argentinischen Opposition zur Jahreswende 1982/83?

In wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht haben die Militärs sieben Jahre nach dem Putsch vom März 1976 abgewirtschaftet. Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes, das seit dem 19. Jahrhundert zu den größten Nahrungsmittelproduzenten der Welt gehört, gibt es Hunger in großem Ausmaß.

Allein in Buenos Aires leben nach offiziellen Angaben 30.000 hungernde und bettelnde Kinder auf den Straßen. In den Städten richtet man Volksküchen ein, die Essen an die Hungernden verteilen. Die offiziellen Arbeitslosenschätzungen schwanken zwischen 18 und 25%. Die Industrieproduktion ist seit 1976 um ca. 50% zurückgegangen. Die Inflationsrate liegt bei etwa 200%.<sup>1</sup>

### Rückkehr zum Agrarstaat?

Der Wert des argentinischen Peso ist gegenüber dem Dollar drastisch gefallen. Statt – wie vor 10 Jahren – 10 Pesos, mußte man im Dezember 1982 63.000 Pesos für einen Dollar bezahlen. Für Februar 1983 wurde zwar eine Währungsreform angekündigt, die aus 10.000 alten einen neuen Peso macht, doch werden dadurch die strukturellen Probleme des Währungsverfalls nicht beseitigt.<sup>2</sup>

Die Auslandsverschuldung Argentiniens ist während der Militärherrschaft von ca. 8 Mrd auf ca. 40 Mrd Dollar angestiegen. Sie beträgt jetzt das 4,3 fache des jährlichen Exportwerts und liegt damit über der von den internationalen Banken und Finanzinstitutionen angegebenen Sicherheitsgrenze.<sup>3</sup>

Mit der Liberalisierung des Außenhandels haben die Militärs das Land dem Weltmarkt und dem Auslandskapital geöffnet. Zusammen mit der Einkommensumverteilung zugunsten der Agraroligarchie und Reallohnsenkungen von 60-70% führte diese Politik zum Ruin der nationalen Industrie.

Die wirtschaftspolitische Konzeption der Militärs kann deshalb als Rückkehr zum reinen Agrarstaat charakterisiert werden.<sup>4</sup> Spätestens seit 1980 war klar geworden, daß diese Wirtschaftspolitik nicht zu der angekündigten Stabilisierung, sondern in eine Katastrophe bisher ungekannter Schärfe

führen mußte.

Die Wirtschaftspolitik der Militärs hatte schon kurz nach der ersten blutigen Repressionswelle, die unmittelbar nach dem Putsch einsetzte, den Protest der Arbeiterschaft hervorgerufen. Zunächst äußerte sich dies vorwiegend in verdeckten Formen des wirtschaftlichen Widerstands wie Sabotageaktionen usw. Seit Ende 1976 streikten u.a. die Arbeiter in staatlichen Versorgungsunternehmen, bei IKA-Renault, die Hafentarbeiter und die Eisenbahner.<sup>5</sup>

Die soziale Basis dieser Protestaktionen verbreiterte sich im Verlauf des Jahres 1981, da der antiindustrielle Charakter der Politik des Regimes immer deutlicher wurde. Die Inflation und das Sinken der Massenkaufkraft führten zu Produktionseinschränkungen, so daß sich auch die Mittelschicht, größere Teile der industriellen Bourgeoisie und die Rand- und Zwischenschichten, die im Gefolge der Rezession stark anschwellen, dem Protest anschlossen.

Sichtbarer Ausdruck hierfür war z.B. der Marsch für Frieden, Brot und Arbeit, den die verbotenen Gewerkschaften am 7.11.1981 unter Beteiligung wichtiger Teile der Radikalen, der Peronisten, der Sozialisten und Kommunisten mit rund 20.000 Personen veranstalteten. Diese ersten Erschütterungen der Militärherrschaft spiegelten sich auch wider in der Ablösung des Präsidenten, General R.E. Viola, der erst seit März 1981 regierte, durch General L.F. Galtieri im Dezember 1981.

Zusätzlichen Protest zog sich das Regime durch die enorm anschwellenden Rüstungsausgaben zu. Die Militärs tätigten Waffenkäufe in der Bundesrepublik, England, Frankreich, Israel und Libyen und hoben gleichzeitig die Bezüge der Offiziersränge stark an.

Nach Angaben des Londoner Instituts für strategische Studien gab Argentinien 1981 bereits 64% des Staatshaushalts für Rüstungszwecke aus, was einer Summe von 10 Mrd Dollar entspricht. Gegenüber 1975 haben sich die Militärausgaben damit verzehnfacht. Durch den Malwinenkrieg, in dem Argentinien – nach gleicher Quelle – über die Hälfte seiner Kampfflugzeuge verlor, müssen die Rüstungsausgaben inzwischen noch weiter angestiegen sein.<sup>6</sup>

Zwar geht es beim Malwinenkonflikt im Prinzip um die Wahrung berechtigter Souveränitätsansprüche sowie um die Nutzung der Ressourcen des Südatlantiks von seiten Argentiniens. Dennoch ist die Wahl des Zeitpunkts für die militärische Besetzung der Malwinen, des 2. April 1982, nur aus der Zuspitzung der inneren Krise Argentiniens zu erklären. Die Junta wagte damit eine Flucht nach vorn in der Hoffnung, so eine Welle nationaler Begeisterung auslösen und von den inneren Konflikten ablenken zu können.

Die ganze Anlage der Malwinenbesetzung und ihrer militärischen Verteidigung entsprachen daher einer demonstrativen Vorspiegelung nicht vorhandener Stärke und Aktionsfähigkeit. Zudem handelte die Junta in der Annahme, die Regierung der USA würde, als ihr Verbündeter im Kreuzzug gegen den „Weltkommunismus“, im Malwinenkonflikt die Rolle des verständnisvollen Partners spielen, und damit Argenti-



niens Vorreiterrolle bei der Bekämpfung sozialrevolutionärer Bewegungen in Mittelamerika anerkennen. Auch mit der Reaktion Großbritanniens auf die argentinische Besetzung, mit der Entfesselung eines derart blutigen Krieges um die Inseln, hatte man in Buenos Aires wohl nicht gerechnet.

Die militärische Niederlage trieb das Regime auch innenpolitisch an den Rand der Kapitulation. Zum einen offenbarte die Kriegsführung den schlechten inneren Zustand des Militärs und die technologische Abhängigkeit Argentiniens von seinen westlichen Waffenlieferanten. Zum Mindest kurzfristig zerbrach der Glaube an die Tragfähigkeit offiziell propagierter Gemeinsamkeiten des „westlichen Bündnisses“, stellten sich doch die Freunde und engsten Bündnispartner als Räuber und Aggressoren dar.

Durch die Oper des Krieges, die rückflutenden Kriegsteilnehmer mit ihren negativen Erfahrungen, die militärischen Kosten und Verluste des Krieges und vor allem durch die innenpolitischen Spielräume, die die Junta den zivilen Kräften während des Kriegsverlaufes hatte gewähren müssen, geriet in Argentinien einiges in Bewegung. Es entstand eine Situation, in der die politische Opposition den Druck auf die Junta verstärkte und diese als einheitliches Machtzentrum gespalten war.

Die Risse im Militär traten deutlich zutage mit der Ablösung führender Generäle im Gefolge der Niederlage, mit der zeitweiligen Auflösung der Junta, dem Rücktritt General L.F. Galtieris als Staatspräsident und mit der Nominierung General R. Bignones zum neuen Präsidenten im Juli 1982 ohne ausdrückliche Billigung aller Waffengattungen.<sup>7</sup>

monstrativen Konsultationstreffen Präsident Bignones mit Repräsentanten verschiedener politischer Parteien sowie zur Verkündung des Parteienstatuts im August 1982, welches die Betätigung von Parteien mit mindestens 35.000 Mitgliedern legalisiert. Dem folgte das Versprechen, zumindest teilweise gewerkschaftsfeindliche Gesetze aufzuheben bzw. zu lockern. Dann verfügte das Regime die Verdoppelung der gesetzlichen Mindestlöhne.

In dieses Spektrum gehören auch das Bemühen um verbesserte Beziehungen zu Kuba und Nicaragua sowie Absichtsbekundungen, man werde die verdeckten militärischen Operationen in Mittelamerika einstellen.<sup>8</sup>

Allerdings gibt es auch Anzeichen dafür, daß innerhalb des Militärs inzwischen wieder eine Stabilisierung eingetreten und der Einfluß des rechten Flügels immer noch deutlich spürbar ist. Indizien hierfür sind: die Neuetafelierung der Junta im Juni 1982 mit General Nicolaidis – einem der berühmtesten „Antiguerrillakämpfer“ – an der Spitze, verbunden mit der offenen Androhung einer neuen Repressionswelle; das Einsetzen politischer Morde zur Einschüchterung der Öffentlichkeit und nicht zuletzt die provokativen Morde von Sicherheitskräften an zwei Demonstranten während der bisher größten Demonstration am 16.12.1982 in Buenos Aires.

Zusätzlich stabilisiert wird die Junta gegenwärtig auch seitens der USA. Unter Federführung von US-Banken wurde Argentinien von seinen internationalen Bankengläubigern am 31. Dezember 1982 ein Überbrückungskredit in Höhe von 1,1 Mrd Dollar gewährt. Am 25. Januar 1983 folgte ein



Rinderzucht für den Export (l.); Demonstrationsforderungen im September 1982 in Buenos Aires: Gegen hohe Fleisch- und Milchpreise sowie niedrige Löhne

Auf der anderen Seite stießen neue Kräfte zur Opposition. Hier ist vor allem die Kirche zu erwähnen, die ihre gleichgültige Haltung gegenüber dem Militär aufgab und die Rückkehr zur Demokratie forderte. Hierzu gehören auch kritische Stimmen aus dem Bereich der Justiz, die sich weigerten, an weiteren Verschleierungsversuchen der Militärs teilzunehmen.

Nicht zuletzt durch das Auffinden zahlreicher anonymer Massengräber seit Herbst 1982 wird die öffentliche Diskussion in Argentinien zunehmend durch Themen bestimmt, deren Aufklärung große Teile des Militärs bloßstellen würde. Aufgedeckt würden ihre Beteiligung an Folterungen, an Morden und Entführungen, an Korruptionsaffären. Sie würden als die Schuldigen der Verluste des Malwinenkrieges überführt.

Daß die Militärs nach dem Verlust des Malwinenkrieges politisch in der Defensive sind, zeigt sich nicht zuletzt an den von ihnen gemachten Zugeständnissen: Da kam es zu de-

Kredit des Internationalen Währungsfonds (IMF) über 2,2 Mrd Dollar, nachdem zuvor das Wirtschaftsprogramm für 1983 mit dem IMF abgestimmt worden war.<sup>9</sup>

Die Einschätzung der Perspektiven der Militärherrschaft wirft natürlich die Frage nach der politischen Kraft der Opposition in Argentinien auf. Um die bisherigen Erfolge der Oppositionsbewegung würdigen zu können, muß an die Bedingungen erinnert werden, unter denen sich im März 1976 die Machtergreifung durch das Militär vollzog.

Während der zweiten peronistischen Regierungszeit 1973-76 hatten sich die schon bestehenden Gegensätze zwischen dem rechten und linken Flügel der peronistischen Bewegung, bis hin zur offenen Gewaltanwendung gegeneinander, verschärft.<sup>10</sup> Während sie sich als unfähig erwiesen, der Rezession von 1975/76 eine soziale und wirtschaftliche Konzeption entgegenzusetzen, hatten die rechtsperonistischen Regierungen vor dem Militärputsch den Terror gegen alle

linkspersonistischen und demokratischen Kräfte eröffnet.

Die seit den 50er Jahren politisch bestimmende Kraft Argentiniens, der Peronismus, war damit faktisch gelähmt, und ein großer Teil der Bevölkerung begrüßte die Machtergreifung der Militärs zunächst als einen Ausweg aus der politischen Anarchie. Das Militär perfektionierte nun den schon im Gang befindlichen Kampf gegen alle linken und demokratischen Kräfte.

Innerhalb kurzer Zeit verschwanden 25.000 bis 30.000 argentinische Staatsbürger. Hauptopfer der Repression waren die Organisationen der Guerilla, Linkspersonisten und aktive Gewerkschafter. Die Gewerkschaften wurden unter militärische Kontrolle gestellt, politische Parteien verboten. Nach Schätzungen haben zwischen 1976 und 1979 etwa 500.000 bis 800.000 Argentinier das Land verlassen.<sup>11</sup>

Darüber hinaus hat die Junta die argentinische Arbeiterbewegung in ihrer organisierten Kampfkraft geschwächt. Durch die Auflösung des gewerkschaftlichen Dachverbandes Allgemeine Arbeiterkonföderation (CGT), die Einziehung von Gewerkschaftsgeldern, ein neues Gewerkschaftsgesetz und weitere Knebelungen wurde die Gewerkschaftsbewegung behindert und auch ideologisch gespalten.

Gegenwärtig existieren zwei Gewerkschaftsverbände, die CGT-Azopardo und die CGT-Brasil, die nach den Straßen, in denen sich ihre jeweilige Zentrale befindet, benannt sind. Beide stehen unter dem Einfluß peronistischer Gruppierungen, wobei aber die CGT-Brasil eine kritischere Haltung gegenüber der Militärdiktatur einnimmt.

Der Einfluß nichtperonistischer Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsverbände läßt sich bisher nur schwer abschätzen. Ein weiteres Problem für die reale Kampfkraft der argentinischen Gewerkschaftsbewegung ergibt sich aus der Tatsache, daß sich die industrielle Arbeiterschaft seit 1975 um 38,5% verringert hat.<sup>12</sup>

## Der „Marsch für Demokratie“

Vor diesem Hintergrund ist es als Erfolg zu werten, daß es mit dem von der CGT-Brasil am 22.9.1982 organisierten Streik gelang, wichtige Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Militärs sahen sich gezwungen, eine Lockerung der Gewerkschaftsgesetze in Aussicht zu stellen.

Am 6.12.1982 beteiligten sich 90% der 10 Mio organisierten Arbeiter am Generalstreik, der von den Gewerkschaften ausgerufen und von den politischen Parteien unterstützt wurde. Auch Kleinunternehmer, Geschäftsleute und die Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsbetriebe hatten sich der 24stündigen Arbeitsniederlegung angeschlossen.<sup>13</sup>

Das argentinische Parteienspektrum weist gegenwärtig drei Hauptgruppierungen auf: die Peronisten, die Radikalen sowie die Sozialisten und Kommunisten. Die peronistische Gerechtigkeitspartei (PJ) und die Bürgerlich-Radikale Union (UCR) sind seit Dezember 1981 mit der Unversöhnlichkeitspartei, der Bewegung für Integration und Entwicklung und mit der Christdemokratischen Partei in der *Multipartidaria* zusammengeschlossen.

Am 15. Dezember 1982, dem ersten Jahrestag der Gründung dieser bürgerlichen Parteienkoalition, fand in Buenos Aires die bisher größte Demonstration in der Geschichte des Landes statt. An dem „Marsch für Demokratie“ beteiligten sich 150.000 Menschen, die den Rücktritt der Militärregierung forderten.<sup>14</sup>

Die Peronisten und Radikalen sind allerdings in verschiedene Flügel gespalten. Bei den Peronisten dominiert eindeutig der rechte Flügel. Die verbliebene Minderheit der Linkspersonisten, die Peronistische Unversöhnlichkeit (*Intransigencia Peronista*), könnte eventuell bei weiteren Äußerungen des

Massenprotests an Basis gewinnen.

In der UCR hingegen deutet sich seit längerem eine Verstärkung des linken Flügels um R. Alfonsín an, der zur Zeit große Popularität genießt. Außerdem wird er von der Sozialistischen Internationale und den entsprechenden sozialdemokratischen und sozialistischen Regierungen in Westeuropa unterstützt.

Auch die Kommunistische Partei Argentiniens (PCA) konnte bei ihren ersten offiziellen Veranstaltungen 25.000 bis 30.000 Teilnehmer mobilisieren. Eine landesweite Kampagne mit dem Ziel der juristischen Legalisierung und Eintragung der Partei ins Wahlregister brachte im letzten Quartal des Jahres 1982 über 60.000 Beitrittserklärungen. Dabei ist insbesondere der Zustrom jüngerer Mitglieder groß. Vermutlich sind darunter auch ehemalige Mitglieder linkspersonistischer Organisationen.<sup>15</sup>

Angesichts des Massendrucks haben bisher auch die bürgerlichen Parteien das Angebot der Militärs abgelehnt, die im September 1982 begonnenen Gespräche fortzusetzen und ihren Forderungskatalog für eine Rückkehr zur Demokratie zu akzeptieren. Die Militärs wollten u.a. die Zusicherung, daß ihre Wirtschaftsverbrechen, die Fehler im Malwinenkrieg und die Menschenrechtsverletzungen unter einer späteren Zivilregierung nicht untersucht würden, um sich dadurch faktisch eine Selbstamnestie zu verschaffen.

Eine Ablösung der Militärs, die in Argentinien abgewirtschaftet haben, scheint bevorzuzustehen. Das Regime selbst hat den November 1983 als Wahltermin genannt. Die Parteien fordern seinen sofortigen Rücktritt. Damit sie jedoch auch weiterhin konsequent die von den Militärs angebotenen Kompromisse ablehnen und für eine echte Demokratisierung eintreten, ist die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen hohen Mobilisierungsniveaus der Bevölkerung notwendig.

Ein demokratisches Argentinien wird mit der von den Militärs hinterlassenen Wirtschaftslage ein äußerst schwieriges Erbe antreten. Damit nicht – wie in den letzten 30 Jahren argentinischer Geschichte – nach kurzer Zeit der Erholung und des Wiederaufbaus der Industrie ein erneuter Militärputsch im Interesse der mächtigen Agraroligarchie stattfinden kann, ist es unerlässlich, deren Pfründe künftig zu beschneiden. Dies allerdings bedarf einer starken Linken, deren programmatische Orientierungen dann auch mehr als bisher in der Gewerkschaftsbewegung verankert sein müßten.

### Anmerkungen:

- 1) Daten nach: Latin America Regional Reports, Southern Cone (LARRS), London, 16.11.1982 und Latin America Weekly Report (LAWR), London, 22.10.1982
- 2) Laut: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 30.12.1982
- 3) Daten nach: Newsweek, New York, 20.12.1982 und LARRS, 19.11.1982
- 4) Vgl. A. Ferrer, *The Argentine Economy, 1976-1979*, in: *Journal of Interamerican Studies*, Nr. 2/Mai 1980, S. 131ff.
- 5) Zu den Streikbewegungen bis 1979 vgl. J. Börner, *Die argentinische Gewerkschaftsbewegung und das neue Gewerkschaftsgesetz der Militärjunta*, in: *Kritik*, West-Berlin, Nr. 25/1980, S. 101ff.
- 6) Daten nach LAWR, 8.10.1982
- 7) Vgl. *International Herald Tribune* (IHT), Zürich/Paris, 23.6. und 6.8.1982
- 8) Vgl. IHT, 20.12.1982
- 9) Daten nach: FAZ, 26.1.1983
- 10) Zur Entwicklung des Peronismus siehe: D. Boris/P. Hiedl, *Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart*, Köln 1978, S. 160ff.
- 11) Vgl. A. Ferrer, a.a.O.
- 12) Vgl. LAWR, 22.10.1982
- 13) Vgl. zu den beiden Streiks: IHT, 5.1.1983 und LAWR, 1.10.1982
- 14) Nach: FAZ, 18. und 29.12.1982 und *Süddeutsche Zeitung*, 20.12.1982
- 15) Vgl. *Horizont*, Berlin, Nr. 2/1983 und LARRS, 10.9.1982

Richard Ward

# Neue Trends in Chinas Außenpolitik



Deng Xiaoping bei seinem Washingtonbesuch 1979 mit US-Präsident Carter

Im letzten Quartal 1982 kam ein Normalisierungsprozeß zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion in Gang. Zugleich setzte ein Liebeswerben Pekings um die Staaten der sog. Dritten Welt ein, was die Afrikareise des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang vom Dezember 1982/Januar 1983 unterstrich. Das Verhältnis zu Washington scheint seit R. Reagans Regierungsantritt (Januar 1981) getrübt.

Sieht man einmal von der bislang unverändert feindseligen Haltung der VR China gegenüber Vietnam/Indochina ab, so ergeben sich zweifellos eine Reihe neuer Momente bzw. Trends in der chinesischen Außenpolitik. Obgleich bislang von einer grundsätzlichen Wende der chinesischen Außenpolitik unseres Erachtens noch nicht ausgegangen werden kann, gilt es die neuen Trends sorgsam zu beachten. Der US-amerikanische Journalist Richard Ward verweist zurecht darauf, daß der Fortgang des Verhältnisses Peking-Washington dabei von maßgeblichem Aussagewert sein dürfte. Weitere Beiträge R. Wards sollen folgen.

Mit einem langen Händedruck unterstrichen Huang Hua, damals noch chinesischer Außenminister, und Yuri Andropow, neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, (Mitte November 1982; d. Red.) in Moskau den Willen ihrer beiden Länder, die Verhandlungen über die Normalisierung ihrer Beziehungen fortzusetzen. Eine Reihe von Besprechungen hatte einige Wochen vor dem Tod Präsident Breschnews in Peking stattgefunden.

Über den Inhalt dieser Gespräche, die wahrscheinlich klärenden Charakter hatten, war nichts bekannt geworden, außer daß sie fortgesetzt werden sollten. Heute bestätigen die Erklärungen, die von beiden Seiten gegeben werden, die gemeinsame Absicht, eine Normalisierung herbeizuführen. Zeichen eines neuen Klimas ist, daß Huang Hua vor seiner Abreise aus Moskau die Führungsqualitäten des verstorbenen sowjetischen Staatschefs lobend erwähnte, der sich in seinen letzten öffentlichen Reden für die Aufnahme normaler Beziehungen zu China eingesetzt hatte.<sup>1</sup>

Die Entspannung des chinesisch-sowjetischen Konflikts ging einher mit einer größeren Identifizierung Chinas mit der Dritten Welt.

Diese beiden Entwicklungen befinden sich in einer noch zu frühen Phase, um Aussagen über ihren zukünftigen Verlauf machen zu können. Einer der Hauptgründe dieser Veränderungen scheint jedoch in der Aufgabe gewisser Praktiken aus der maoistischen Periode zu liegen.

Die Meinungsverschiedenheiten mit der Sowjetunion wurden damals von China in extravagante ideologische Forderungen umgewandelt, die bis zur Behauptung gingen, eine Übereinkunft sei unmöglich. Jetzt werden die Streitpunkte diskutiert und ihre Klärung wird nicht unbedingt als Vorbedingung für eine Normalisierung der Beziehungen gefordert.

Ebenso wichtig, insbesondere für die Dritte Welt, ist der Verzicht Chinas auf die Behauptung, daß seine Ideologie der



US-amerikanische Cola-Werbung in der VR China

einzig legitime Weg der Revolution sei. Befreiungsbewegungen, die sich nicht zu Peking bekennen, trifft nicht mehr der Bannstrahl. Freundschaftliche Beziehungen zwischen diesen Befreiungsbewegungen und der Sowjetunion sind kein Hindernis mehr für gleichzeitige gute Beziehungen zu China.

Ein anderer wichtiger Grund der neuen Tendenz ist die Herabstufung der Beziehungen zwischen Peking und Washington. Während eines Jahrzehnts bestand zwischen China und den USA eine stillschweigende Allianz. In dieser ungleichen Verbindung benutzten die Amerikaner ihre Beziehungen zu China um ihre Positionen gegenüber der Sowjetunion zu stärken. Gleichzeitig machten sie die chinesischen Anstrengungen einer Wiedervereinigung mit der Provinz Taiwan zu nichts.

Ohne Zweifel ist die ständige amerikanische Intervention in Taiwan der Grund dafür, daß, während die USA mit einem weltweiten Kreuzzug gegen die Sowjetunion beginnen, China diese Idee, die es noch vor drei Jahren mit der gleichen Schärfe vertreten hatte, nunmehr verwirft. Trotz der Erschütterungen in der chinesisch-amerikanischen Allianz<sup>2</sup> scheint es, daß beide Länder wünschen, diese nach Möglichkeit beizubehalten.

## Gestörtes Verhältnis USA-China

Zu Beginn der Veränderung der Haltung Chinas scheint es sinnvoll zu untersuchen, was sich zwischen Peking und Washington abspielt. Denn die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit Amerika dient fast mit Sicherheit einer Begrenzung des Grades der Versöhnung mit der UdSSR, ebenso wie sie die Annäherung an die Dritte Welt berührt.

Während eines Besuches in den USA, Anfang 1979, wurde Deng Xiaoping, der führende Politiker Chinas, von einem Journalisten über die Dauerhaftigkeit der damals offensichtlichen Herzlichkeit der chinesisch-amerikanischen Annäherung befragt. „Die Flitterwochen werden weitergehen“, antwortete Deng und deutete damit an, daß die augenblickliche Harmonie über einen langen Zeitraum andauern würde. Einige Wochen später jedoch tadelte Peking seinen Partner bezüglich der Taiwan-Frage.

Taiwan ist eine chinesische Insel, die sich der Befreiungsarmee Mao Zedongs 1949 entzog und die mit amerikanischer Hilfe und militärischem Schutz zu einem eigenständigen erfolgreichen Staat wurde. Obwohl die USA auf Taiwan keine Basen mehr unterhalten, wird die Schutzherrschaft durch den Verkauf von Waffen an das Regime von Taipeh fortgesetzt. Während der Verhandlungen 1978, die der Normalisierung der Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten vorausgingen, weigerte sich die Carter-Administration, sich zur Einstellung der Waffenverkäufe zu verpflichten.

Bis zum Ende der Carter-Ära (1977-81; d. Red.) zog es China jedoch offensichtlich eher vor, Vorteile aus seiner „amerikanischen Bindung“ zu ziehen als wegen Taiwan eine Krise zu provozieren.

Diese Haltung änderte sich, als Ronald Reagan im Weißen Haus einzog (Januar 1981; d. Red.), nachdem er während seines Wahlkampfes versprochen hatte, die amerikanischen Bindungen zu Taiwan zu verstärken. Obwohl eine enge chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit auf vielen Gebieten beibehalten wurde, erklärte Peking sehr deutlich, daß es nicht auf unabsehbare Zeit diese Waffenlieferungen dulden könne, die dazu beitragen „die Spaltung zwischen Taiwan und dem Kontinent zu verewigen“ und die „eine direkte und grobe Einmischung in innere chinesische Angelegenheiten darstellen“.

Anfang 1982 begann China von einer Krise zu reden und

warnte davor, daß die Beziehungen sich verschlechtern könnten, wenn die amerikanischen Waffenverkäufe an Taiwan nicht aufhörten. In der Öffentlichkeit spielten die amerikanischen Politiker das Problem herunter, im privaten Kreis gaben jedoch einige die Tragweite der Auseinandersetzungen zu. „Die Taiwan-Frage ist ein Minenfeld, und ich bin nicht einmal sicher, ob wir einen Weg finden können, um da herauszukommen“, erklärte im April 1982 John Holdridge, Verantwortlicher für ostasiatische Angelegenheiten im US-Außenministerium, vor einer Versammlung wichtiger Vertreter aus der Geschäftswelt, hoher Militärs und Regierungsmitglieder im Hauptquartier des amerikanischen Oberbefehlshabers für den Pazifik auf Hawaii.

Nach acht Monaten intensiver Verhandlungen in der chinesischen Hauptstadt schien die Krise sich zu entschärfen, als am 17. August 1982 die USA erklärten, daß der Waffenverkauf an Taiwan stufenweise eingeschränkt würde.

Dieses Versprechen, das in einer gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Erklärung enthalten war, wurde indessen sofort von den beiden Unterzeichnern unterschiedlich interpretiert. Für Peking war dies eine eindeutige Verpflichtung der USA, den Waffenverkauf an Taiwan einzustellen. Präsident Reagan jedoch unterstrich die Tatsache, daß das amerikanische Versprechen von Fortschritten bei der „friedlichen“ Wiedervereinigung von Taiwan und Festland-China abhängt und einem amerikanischen Gesetz, dem Taiwan Relations Act, untergeordnet seien.

Peking erklärt, sich jetzt in einem Prozeß der friedlichen Wiedervereinigung zu befinden, aber seine Schritte zur Wiedervereinigung werden vom fanatisch antikommunistischen Regime in Taipeh mit Verachtung zurückgewiesen. Die Führer des Kuomintang würden fast sicher ihre Haltung überprüfen, wenn sich das militärische Gleichgewicht eventuell zum Vorteil der VR China verändern würde.

Die amerikanischen Waffenlieferungen verschieben diesen Tag der Sühne jedoch in eine immer fernere Zukunft und sie verurteilen die Politik, die Washington von Peking zur Beibehaltung guter chinesisch-amerikanischer Beziehungen verlangt, zum Scheitern. Im Grunde bedeutet die Ablehnung eines Stopps der Waffenlieferungen an Taipeh, daß Washington China verdächtigt, Taiwan eines Tages mit Waffengewalt zurückerobern zu wollen.

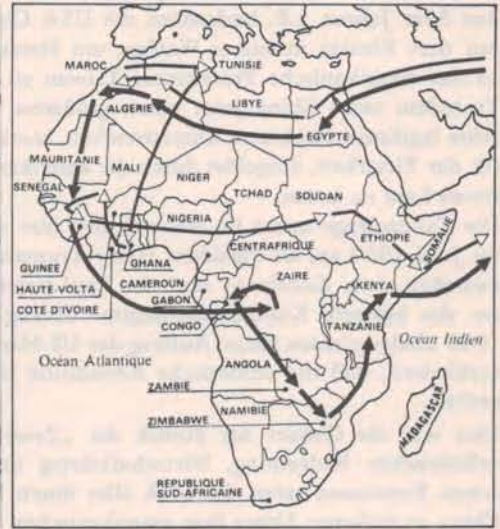
Dieses Mißtrauen ist eine der stillschweigenden, aber nicht schriftlich festgelegten Grundlagen des 1979 angenommenen Gesetzes Taiwan Relations Act, das die „nichtoffiziellen“ Beziehungen zu Taiwan bestimmt.

Im Hinweis auf die Tatsache, daß die chinesisch-amerikanische Erklärung vom 17. August 1982 diesem Gesetz nicht widerspricht, bezog sich Ronald Reagan auf die Klausel, die die USA verpflichten Taiwan ausreichend Waffen zu seiner Verteidigung zu liefern. Bei dem ungenannten Feind, gegen den Amerika fortfuhr Taiwan zu bewaffnen, handelt es sich selbstverständlich um die VR China.

Es ist offensichtlich, daß die Erklärung vom 17. August 1982 in der Taiwanfrage im wesentlichen einen *modus vivendi* (Form eines erträglichen Zusammenlebens; d. Red.) darstellt. Die amerikanischen Politiker scheinen in diesem Punkt ihre Wette gewonnen zu haben, daß China noch einen Kompromiß eingehen würde angesichts des immensen Interesses, das es an einer Zusammenarbeit mit den USA findet auf Gebieten wie Ausbildung von Wissenschaftlern, Transfer von Spitzentechnologie, Handel und Investitionen, Waffen und militärische Technologie, Austausch und Sammlung von Nachrichten, sowie eine gemeinsame oder „parallele“ Politik in Südostasien.

Im Zusammenhang mit dieser beeindruckenden Liste von Bindungen stellt das Kommuniqué vom 17. August 1982 auch eine erneute Bestätigung der chinesisch-amerikanischen Allianz dar, trotz der Differenzen bezüglich Taiwan. Aber

# Die Afrikatournee des Zhao Ziyang — Signal für die Dritte Welt



Chinas Ministerpräsident Zhao (l.) mit Zimbabwes Premierminister Mugabe; Reiseroute Zhaos (schwarze Pfeile), Reiseroute Chou En-lais 1963/64 (weiße Pfeile)

Die Reise des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang, die ihn vom 20. Dezember 1982 bis zum 17. Januar 1983 in elf afrikanische Länder führte, signalisierte taktische Änderungen in der Außenpolitik der VR China gegenüber der Dritten Welt.

„China wird seine Zusammenarbeit und Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt wieder verstärken“, so lautete Zhao Ziyangs Botschaft, „und seine Anstrengungen darauf verwenden, der Hegemonie Widerstand entgegenzusetzen und gleiche und vernünftige internationale Wirtschaftsbeziehungen zu schaffen... Es ist verständlich, daß es noch einige Probleme unter den afrikanischen Ländern gibt, die die Geschichte hinterlassen hat. Die Frage ist, daß die Dinge kompliziert werden, wenn die Supermächte ihre Nase hineinstecken.“ (Zit. nach: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 3.2.1983)

## Rückbesinnung auf Befreiungsbewegungen

China als Anwalt oder gar Führungsmacht der Dritten Welt? Auf jeden Fall dient diese Kombination aus neubelebter Supermächte-theorie und entgegenkommender Hilfsbereitschaft dazu, alte Fehlschläge chinesischer Dritte-Welt-Politik, zumindest teilweise, zu korrigieren.

Vor genau 19 Jahren hatte der damalige Ministerpräsident Chou Enlai auf einer ähnlichen Marathontour „ausgezeichnete Revolutionssichten“ für Afrika vorausgesagt. In der Folgezeit jedoch kühlten die Beziehungen ab. Kaum ein afrikanisches Land, geschweige denn die Befreiungsbewegungen, die sich den Spaltungsversuchen Peking ausgesetzt sahen, fanden sich bereit, die maoistischen Thesen vom sowjetischen „Hegemonismus“ und „Sozial-imperialismus“ zu unterschreiben.

Mit seiner Unterstützung der prowestlichen Marionettenorganisationen UNITA (Bewegung für die Totale Unabhängigkeit Angolas) und FNLA (Nationale Front zur Befreiung Angolas) setzte man sich schließlich in Gegensatz zur Organisation für Afrikanische Einheit und dem Kollaborationsverdacht mit Südafrika aus.

So gesehen ist es bemerkenswert, daß die chinesische Kritik an der kubanischen Truppenpräsenz in Angola fast ganz verstummt ist und beide Länder — parallel zur Reise Zhaos — am 12. Januar d.J. in Paris diplomatische Beziehungen aufgenommen haben.

In Sambia traf der chinesische Ministerpräsident zudem mit Vertretern der Südwestafrikanischen Volksorganisation Namibias (SWAPO) und des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), aber auch des Panafrikanischen Kongresses (PAC) zusammen. SWAPO-Präsident Sam Nujoma erklärte nach einem Peking-Besuch Ende Januar d.J. sogar, China würde seine Bewegung fortan wieder materiell unterstützen, und zwar „in Form von Waffen und Munition aller Art, humanitärer Hilfe wie Medikamenten, Klei-

dung, Schuhen und Nahrungsmitteln“. (International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 28.1.1983)

An fast allen Stationen seiner Reise gab Zhao Ziyang Erklärungen zur Unterstützung des palästinensischen Volkes, zur Verurteilung des Apartheidregimes und für Sanktionen gegen Südafrika ab. Die in einzelnen Hauptstädten unterzeichneten Abkommen ergeben allerdings ebenso wie die Reiseroute selbst kein eindeutiges Bild. Neben Ländern wie Algerien, Guinea, Kongo, Sambia, Zimbabwe und Tansania stehen neokoloniale Modellstaaten wie Ägypten, Marokko, Gabun, Zaire und Kenia.

An Kairo wird China 60 bis 80 F-7-Kampfbomber, die chinesische Version der sowjetischen MiG 21, liefern. Dem zairischen Diktator Mobutu erließ Peking Schulden in Höhe von 100 Mio Dollar und vereinbarte gemeinsame sino-zairische Entwicklungsprojekte. In der Hauptstadt Zimbabwes, das traditionell über gute Beziehungen zu Peking verfügt, wurde ein neues Kreditabkommen über 33 Mio Dollar geschlossen.

Chinas Dritte-Welt-Politik bleibt insgesamt immer noch durch die Tatsache belastet, daß es — wie ein fernöstliches Magazin jüngst bemerkte — „nicht fähig war, ein Beispiel der guten Nachbarschaft mit anderen Ländern zu setzen; es befindet sich in verschiedenen Stufen der militärischen Konfrontation mit Indien, Vietnam und der Mongolei und es hat territoriale Differenzen unterschiedlichen Grades mit Südkorea, Japan, Taiwan, Vietnam und — möglicherweise — Malaysia und den Philippinen.“ (FEER, a.a.O.)

Daß sich Peking's Hegemoniebestrebungen im eigenen geopolitischen Bereich Süd- und Ostasien bis heute um keinen Deut geändert haben, wurde anlässlich des Besuches von US-Außenminister George Shultz Anfang Februar d.J. eindrucksvoll bestätigt. Nach einer Verlautbarung der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua liegen beide Länder „in ihrer Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Situation eng beieinander, sowohl was ihre Sicht der Afghanistan- und Kampucheafrage als auch was die Vorstellungen über Rüstungskontrolle betrifft“ (IHT, 8.2.1982).

Allerdings hat die chinesische Führung den Shultz-Besuch zum Anlaß genommen, in einer Reihe von Fragen Meinungsunterschiede zur Reagan-Administration deutlicher zu machen. Diese Meinungsverschiedenheiten betreffen vor allem die Taiwanfrage, den Nahen Osten, das Südliche Afrika, aber auch die Koreafrage: Die gleichlaufenden gemeinsamen Manöver von US- und südkoreanischen Truppen geißelte die Peking'sche Volkszeitung als Kriegsprovokation gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik und als ernsthafte Gefährdung des Friedens und der Sicherheit in Nordostasien. Die Hervorhebung solcher Meinungsverschiedenheiten dient China heute nicht zuletzt dazu, mehr Unabhängigkeit und Eigenständigkeit gegenüber den USA zu demonstrieren — eine unabdingbare Voraussetzung, um mehr Glaubwürdigkeit in der Dritten Welt zu erlangen.

Amerika ist aus dem „Minenfeld“ Taiwan noch nicht herausgekommen.

Seine Unfähigkeit, die Differenzen in dieser Frage beizulegen, die „in der Geschichte verwurzelt“ ist – wie es in der Erklärung heißt –, bedeutet, daß auch in Zukunft Krisen in dieser Frage unvermeidlich sind.

Denn die Gefährdung der amerikanischen Macht beherrscht die Geschichte der Verbindung Taiwans mit den USA. In den 50er Jahren z.B. bedrohten die USA China mehrfach mit dem Einsatz atomarer Waffen, um Herausforderungen an das amerikanische Protektorat Taiwan zu beantworten. Trotzdem sieht China jetzt einen größeren Vorteil darin, seine legitimen Rechte zu unterstreichen, anstatt der Dialektik der Bitterkeit, ausgelöst durch die amerikanische Politik, freien Lauf zu lassen.

Die Taiwanfrage nahm im wesentlichen ihre aktuelle Form im Juni 1950 an, als Präsident Harry Truman die 7. Flotte zwischen dem Kontinent und der Insel patrouillieren ließ, wo das besiegte Kuomintang-Regime Chiang Kaishek sich 1949 niedergelassen hatte. Auftrag der US-Marine war es, zu verhindern, daß die chinesische Revolution den Kontinent verließ.

Dies war die Geburt der Politik der „Zwei Chinas“. Mit militärischer Bedrohung, Wirtschaftskrieg und diplomatischen Pressionen taten die USA alles ihnen Mögliche, um China zu isolieren. Unter dem amerikanischen Schutzmantel präsentierte sich Taiwan auf der internationalen Bühne als das „authentische“ China.

Die Insel-Provinz wurde zu einem strategischen Hauptstützpunkt der USA. „Ein unversenkbarer Flugzeugträger“ erklärte zynisch General Mc Arthur. Die letzten 2.500 amerikanischen Militärs verließen Taiwan erst 1979, als Washington seinen Verteidigungsvertrag mit Taipeh in Übereinstimmung mit dem chinesisch-amerikanischen Abkommen über die diplomatischen Beziehungen auflöste.

Seit Beginn seiner Intervention verfolgte Washington die Absicht, aus Taiwan ein Schaufenster der Wohltaten des Kapitalismus für ein Asien zu machen, in dem das Gespenst der Revolution die Amerikaner plagte. Taiwan stellte auch ein bevorzugtes Gebiet dar für den Handel und das Kapital Japans, das von den Amerikanern vom Feind und Rivalen zum Hauptverbündeten in Asien gemacht worden war.

Mit beträchtlicher Hilfe aus Washington und Tokio und einer von den Führern der Kuomintang streng disziplinierten Bevölkerung gedieh Taiwan. Es ist bis heute einer der wich-

tigsten wirtschaftlichen Partner sowohl Japans als auch der USA.

Der amerikanische Handel mit Taiwan – 17 Mio Einwohner – ist doppelt so umfangreich wie der mit China – 1 Mrd Einwohner –, obwohl Peking dem Anstieg der Handelsbeziehungen mit den USA Vorrang gegeben hat.

Eine starke Wirtschaft und enge Beziehungen zu Japan und Amerika sind die Gründe dafür, daß Washington, das sich für den obersten Wächter der kapitalistischen Ordnung hält, Taiwan einen wichtigen Anteil an der Gesundung des weltweiten kapitalistischen Systems, das die Flügel hängen läßt, zuweist. Die USA sind ebenfalls überzeugt, daß es unerlässlich ist Taiwan weiterhin zu beschützen, um sich die Treue anderer Länder, die unter amerikanischem Einfluß stehen – namentlich Südkorea, Philippinen und Thailand – zu erhalten.

Der Standpunkt Washingtons ist auch beeinflusst von amerikanischen Gesellschaften, die große Interessen auf Taiwan haben. Die Northrop Corporation z.B. mit Sitz in Kalifornien, die enge Beziehungen zu hohen Persönlichkeiten der Reagan-Administration hat – wie auch zum Präsidenten selbst –, liefert die modernsten Flugzeuge der Luftwaffe der Insel.

Außenminister Shultz und Verteidigungsminister Weinberger – die beide der Nixon-Administration angehörten – kamen nach Washington zurück, nachdem sie bei Bechtel Co. gearbeitet hatten, einer riesigen Gesellschaft in Kalifornien, die bedeutende Geschäfte auf Taiwan betreibt. Zahlreiche Berater des amerikanischen Präsidenten unterhalten auch umfangreiche Geschäftsbeziehungen mit Taiwan. Für alle ist Taiwan das wahre China.

(Quelle: Afrique Asie, Paris, Nr. 284/6.12.1982, S. 70-72)

#### Anmerkungen:

- 1) Leonid I. Breschnew hatte Ende Oktober 1982, bezugnehmend auf die akuten Gefahren eines Atomwaffenkrieges, festgestellt: „In dieser Situation ist es natürlich sehr wichtig, wie sich unsere Beziehungen zu anderen Ländern gestalten werden. Nicht geringe Bedeutung haben die Beziehungen zu China. Wir wollen aufrichtig die Beziehungen zu diesem Land normalisieren, und wir tun in dieser Richtung alles, was in unserer Macht steht. In Peking sagt man jetzt ebenfalls, daß eine Normalisierung wünschenswert sei. Vorläufig sind keine grundsätzlichen Veränderungen am außenpolitischen Kurs der VR China zu sehen. Neue Momente aber, die in Erscheinung treten, dürfen wir nicht ignorieren.“ Neues Deutschland, Berlin, 28.10.1982; d. Red.
- 2) Dazu und zur außenpolitischen Konzeption der VR China in den 70er Jahren siehe ausführlich: AIB 4/1979, S. 4-17; d. Red.

## Gute Bücher zur rechten Zeit



Stefan Siegert  
**Karl Marx geht um**  
Eine Bildergeschichte 144 S.,  
14,80 DM

Mit List, Humor und spitzer Feder hält Stefan Siegert Szenen aus dem Leben von Karl Marx fest. Die Einmaligkeit dieses Werkes besteht darin, daß eine Vielzahl bisher unbekannter Informationen verarbeitet wurden.



im Buchhandel erhältlich



Winfried Schwarz  
**Aufbruch**  
Biografischer Roman über  
Karl Marx  
288 Seiten, 14,80 DM

Einmalig – die romanhafte Behandlung dieses Themas. Die Zeit zwischen 1842 und 1848 sind die Jahre, in denen für Karl Marx die wohl wichtigsten Entscheidungen seines Lebens fallen.



Klaus-Peter Wolf,  
Horst-Eckart Gross  
**Che – Meine Träume  
kennen keine Grenzen**  
Dokumentarisch-biografischer Roman, 224 Seiten,  
12,80 DM

Ein spannender Roman, er verarbeitet erstmals völlig neue Erkenntnisse, die bisher in den kubanischen Archiven lagerten.



Postfach 789  
46 Dortmund

Ryn Hye Yong

# Das Chon-Regime wird hochgerüstet



Diktator Chon Du Hwan (l.); US-Patrouille am 38. Breitengrad, der Grenze zwischen Nord- und Südkorea

„Einige amerikanische Führer glauben, daß eine politische Stabilität in Südkorea notwendig ist, um amerikanische Interessen zu schützen. Aber sie machen sich nicht klar, daß politische Stabilität unter einer Diktatur nur äußerlich und kosmetisch ist... Alles, was wir von den Vereinigten Staaten wollen ist, daß sie sich offen gegen die diktatorische Herrschaft aussprechen, das würde uns imponieren. Wir erbitten ihre moralische Unterstützung. Diese Unterstützung kann sehr wirkungsvoll sein, da die Vereinigten Staaten so stark in Südkorea einbezogen sind, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich.“ So der südkoreanische Oppositionspolitiker Kim Dae Jung, der im Dezember 1982 aus dem Gefängnis entlassen wurde und in die USA ausreisen durfte, in einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek vom 31.1.1983.

Die USA hingegen verfolgen ihre „ruhige Diplomatie“, die Duldung der Menschenrechtsverletzungen in Südkorea, weiter. Und sie bauen die militärische Zusammenarbeit eher noch aus. Am 1. Februar d.J. begann das bislang größte Militärmanöver der beiden Verbündeten, „Team Spirit '83“ mit einer Beteiligung von 190.000 Soldaten, auf südkoreanischem Terrain. Washington brachte das Chon-Regime ferner im Rahmen von Weltbank-Verhandlungen dazu, die südkoreanische Wirtschaft für das Auslandskapital nun auch in den Bereichen zu öffnen, in denen es zuvor nicht vertreten war, z.B. in der Konsumgüter- und pharmazeutischen Industrie und im Versicherungswesen. Bereits 1981 kamen 24,3% (entsprechend 424 Mio Dollar) der ausländischen Direktinvestitionen aus den USA. Auch die Auslandsverschuldung Südkoreas mit über 35 Mrd Dollar trägt, da die Kreditgeber vorwiegend aus den USA stammen, zur erhöhten neokolonialen Abhängigkeit des Landes bei.

Dr. Ryu Hye Yong, Mitglied des ständigen Ausschusses des koreanischen nationalen Friedenskomitees, skizziert die militärisch-politische Seite des Engagements der USA in Südkorea.

Die Koreafrage, die durch die Besetzung Südkoreas durch US-Truppen geschaffen wurde, harrt nun schon seit fast 40 Jahren einer Lösung. (...)

29 Jahre sind seit dem Abschluß des Waffenstillstandes vergangen. Ein dauerhafter Frieden konnte jedoch bis heute nicht erreicht werden, und die Spannungen in diesem Teil der Welt verstärken sich ständig. Ursache dafür ist die Politik der USA, die Südkorea weiterhin militärisch unter Kontrolle halten, ihre Streitkräfte verstärken (J. Carter hatte 1976/77 ihre Verminderung versprochen; d. Red.) und durch provokatorische Manöver das Risiko eines Kriegausbruchs heraufbeschwören mit dem Ziel, die Vorherrschaft im Fernen Osten und in Asien zu erlangen. (...)

Die Vereinigten Staaten haben den formal geäußerten Plan, ihre Streitkräfte abzuziehen, für null und nichtig erklärt. Sie sind dazu übergegangen, ihre Einheiten unter dem Vorwand einer angeblichen „militärischen Überlegenheit“ des Nordens und der von dort ausgehenden „Gefahr einer Invasion“ in großem Maßstab zu verstärken.

Die USA, die 42.000 eigene Soldaten in Südkorea unterhalten, beabsichtigen, in diesem Jahr ein 500-600 Mann starkes Bataillon für elektronische Spionage sowie 900 Soldaten der Luftstreitkräfte zusätzlich hierher zu entsenden. Darüber hinaus stationierte man kürzlich einige Dutzend Kampfbomber vom Typ F-16 sowie Begleitschutzflugzeuge des Typs A-10 und errichtete eine strategische Luftraumüberwachungsstation.

Die Vereinigten Staaten haben ihre 2. Infanteriedivision mit 155-mm-Selbstfahrraubitzen und tragbaren Raketen ausgerüstet, d.h. mit den derzeit perfektsten Mordwerkzeugen, über die bisher keine andere außerhalb der USA stationierte Einheit verfügt.

Die USA geben sich jedoch mit der Stationierung von 1.000 Kernwaffen nicht zufrieden, sondern planen sogar die Instal-



Koreanische Armeeangehörige filzen einen Studenten in Kwanju

lierung von Neutronenbomben und Atomraketen mittlerer Reichweite.

Das Militärpotential der südkoreanischen Armee wird mit Hilfe der USA ständig aufgestockt. So belief sich die militärische Unterstützung für die Marionettenarmee im Zeitraum von 1945-76 auf die Summe von über 37 Mrd Dollar und allein von 1976-80 auf 5 Mrd Dollar. In letzter Zeit erhielt Südkorea modernere Waffen, darunter 1.000 Panzer vom Typ M 55-1, 36 Kampfbomber vom Typ F-16, verschiedene Raketen sowie Waffen und militärische Ausrüstungen in großer Anzahl. Im Finanzjahr 1983 wird Südkorea eine „Unterstützung“ in Höhe von 120 Mio Dollar erhalten.

Die USA veröffentlichten sogar einen „Soforthilfeplan“, der vorsieht, Südkorea im „Notfall“ Munition und anderes Kriegsmaterial im Werte von 2 Mrd Dollar zu liefern.

Die südkoreanischen Machthaber ihrerseits erhöhen mit amerikanischer Unterstützung ihr militärisches „Budget“ und die Zahl der Streitkräfte enorm. 1982 wurden 3.298,5 Mrd Won (1000 Won = 1,35 Dollar, Stand November 1982; d. Red.), 37% des „Staatshaushalts“, für militärische Zwecke ausgegeben. Das sind 520 Mrd Won mehr als im vergangenen Jahr.

Die militärischen Provokationen Südkoreas und der USA gegen den Norden der Republik nehmen kein Ende. Allein im vergangenen Jahr kam es zu über 23.000 militärischen Provokationen, darunter 200 Spionageflügen mit Aufklärungsflugzeugen des Typs SR-71 über nordkoreanischem Gebiet. Die Zahl dieser feindseligen Akte hat sich im Laufe dieses Jahres weiter erhöht. Fast täglich werden militärische Übungen unter kriegsähnlichen Bedingungen durchgeführt. Im Jahr 1981 inszenierte man eine Reihe großangelegter Manöver wie „Team Spirit 81“ und „Ssangryong 81“ sowie ein „gemeinsames Flottenmanöver“.

Unter dem Decknamen „Team Spirit 82“ wurde Mitte Februar 1982 das größte Manöver seiner Art in der Geschichte gestartet. 161.000 Mann, darunter 60.000 US-Soldaten, ausgerüstet mit modernster Kampftechnik, waren 70 Tage lang im Einsatz. (...)

Die Vereinigten Staaten unternehmen alle Anstrengungen, um ihr Hauptziel, die endgültige Spaltung Koreas, zu verwirklichen. Um dies zu erreichen, und gleichzeitig ein international günstiges Klima für die Legitimierung „zweier Koreas“ zu schaffen, schlugen sie den „gleichzeitigen Eintritt“ von Nord- und Südkorea in die UNO vor, zogen sie

selbst einen einseitigen Eintritt Südkoreas sowie eine „wechselseitige Anerkennung“ in Erwägung.

Dabei beziehen die USA auch Japan und andere Verbündete in ihre Machenschaften ein, die darauf abzielen, die südkoreanische Marionettenclique zu einer Art Stoßtrupp zur Verwirklichung ihrer Interessen zu machen.

Auf Betreiben der USA hält auch Chon Du Hwan, der die spalterische Politik des früheren Diktators fortsetzt, hartnäckig an dem Konzept „zweier Koreas“ fest. Sein sog. „Wiedervereinigungsvorschlag“ ist nichts weiter als ein Trick, durch den die Öffentlichkeit hier und im Ausland getäuscht werden soll. Er zielt darauf ab, von dem Vorschlag zur Gründung einer Demokratischen Föderativen Republik Korjo abzulenken.

Chon Du Hwans Vorschlag ist weiterhin dazu gedacht, international günstige Bedingungen für die Gründung „zweier Koreas“ zu schaffen, ihn selbst der Verantwortung für die Fortsetzung der Spaltung und die Erhöhung der Spannungen in Korea zu entheben sowie ihm gleichzeitig ein langes Verbleiben im Amt zu sichern.

Chon Du Hwans „Wiedervereinigungsplan“ wird ein Täuschungsmanöver bleiben, solange kein Wort über den Rückzug der US-Einheiten, die das größte Hindernis für eine Wiedervereinigung darstellen, verloren wird. Da nützen auch alle schönen Worte der südkoreanischen Machthaber über ihre Absicht das Land wiederzuvereinigen, nichts.

Die faschistische Politik der Vereinigten Staaten und der südkoreanischen Machthaber führte zu einer rücksichtslosen Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten in Südkorea. Das von Chon Du Hwan und seiner Clique 1980 veranlaßte Massaker von Kwangju (siehe AIB 7-8/1980; d. Red.), das dazu dienen sollte, Demonstrationen der Bevölkerung für eine Wiedervereinigung und für demokratische Freiheiten zu unterbinden, endete in einem Blutbad. Innerhalb von allein zehn Tagen wurden mehr als 5.000 unschuldige Menschen getötet, es gab über 14.000 Verletzte, Zehntausende wurden verhaftet und eingekerkert.

## Neue Sondergesetze

Die Chon-Du-Hwan-Clique erweitert ihren Unterdrückungsapparat und die Zahl ihrer Streitkräfte in großem Maßstab. Allein die Agentur für Nationale Sicherheit (ehemals KCIA) und das „Sicherheitskommando“ der Streitkräfte beschäftigen 650.000 Agenten und Sicherheitsbeamte. Zählt man dazu noch 500.000 Polizisten, über 15.000 Beamte des Justizapparats, 20.000 „Fallschirmjäger“ und 730.000 Angehörige der regulären Streitkräfte, so umfaßt der Unterdrückungsapparat über 2 Mio Mann. (...)

Die südkoreanischen Machthaber führten eine Reihe teuflicher Gesetze ein, wie das „Grundgesetz über die Redefreiheit“, das „Sondergesetz zur Verbesserung des politischen Klimas“, das Gesetz über die „Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit“ und ähnliche, die allesamt eine Beschneidung der demokratischen Rechte bedeuten.

Allein im vergangenen Jahr verurteilte Chon Du Hwan 100.000 Angehörige der verschiedensten Schichten aufgrund faschistischer Gesetze zu Zuchthausstrafen. Die Unterdrückungswelle erreichte ihren Höhepunkt, als das amerikanische „Kulturzentrum“ in Pusan in Flammen aufging. Dieses Ereignis wurde als Vorwand genutzt.

Es ist an der Tagesordnung, daß unschuldige Menschen verhaftet und ins Gefängnis geworfen werden. Viele werden hingerichtet. So ist die südkoreanische Gesellschaft zu einer Hölle geworden, in der der Faschismus herrscht und wo es keine Demokratie und keine demokratischen Freiheiten gibt. (...)

(Quelle: New Perspectives, Helsinki, Nr. 6/1982, S. 27-28)



Rainer Falk

## Innerer Wandel im Zeichen äußeren Drucks

### Zur Diskussion um „Befreiungsbewegungen an der Macht“ (2)

Die Wirtschaftsentwicklung Moçambiques nach der Unabhängigkeit ist zu einem weiteren Betätigungsfeld der „linken Kritiker“ geworden. Dies ist so, seit sich herausgestellt hat, daß sich die Erwartungen, der wirtschaftliche Wiederaufbau des Landes ließe sich in einer verhältnismäßig kurzen Frist bewerkstelligen, nicht erfüllt haben.

In der Tat blieb das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung in der Zeit nach der Unabhängigkeit noch hinter dem der Volksdemokratien in den wesentlich stärker kriegszerstörten Ländern Osteuropas während deren Wiederaufbauperiode (nach dem 2. Weltkrieg) zurück.<sup>14</sup>

Die landwirtschaftliche Produktion hatte 1979 erst etwas mehr als 3/4 des Standes von 1973 erreicht. Im Bergbau (Steinkohle) wurden die Produktionsziffern von vor der Unabhängigkeit bereits 1976 überschritten. Trotz einiger Erfolge in Einzelbereichen betrug das reale Bruttosozialprodukt jedoch 1979 erst 78% des Standes von 1973.

Immerhin konnte ein stärkeres Absinken des – unzureichenden – Ernährungsstandes der Bevölkerung trotz des raschen Bevölkerungsanstiegs in Moçambique verhindert werden. Das gelang allerdings nur um den Preis größerer Nahrungsmittelimporte, was natürlich zu Lasten der Importkapazität bei Investitionsgütern ging.

Die Hauptursachen dieses langsamen Wirtschaftstempos während der Wiederaufbauperiode ergaben sich direkt oder indirekt aus dem kolonialen Erbe; so aus dem außerordentlichen Mangel an Fachkräften, dem extrem geringen Bildungsgrad der Bevölkerung, dem Vorherrschen der Subsistenzproduktion (Selbstversorgungswirtschaften) auf dem Lande, den gezwungenermaßen oftmals nicht planmäßig, sondern zufällig erfolgten Nationalisierungen sowie aus der aggressiven Nachbarschaft Rhodesiens und Südafrikas resultierenden Schäden:

- Kurz nach der Unabhängigkeit verließen etwa 90% der rund 250.000 Europäer das Land. Die Abwanderung war teilweise mit der Zerstörung von Maschinen und Anlagen verbunden.

- Die Analphabetenrate lag zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit bei ca. 95%. Nach dem Zensus von 1980 konnte sie inzwischen auf 63% bei Männern und 86,2% bei Frauen heruntergedrückt werden.

- Der Anteil der Subsistenzwirtschaft an der landwirtschaftlichen Produktion wird auf 50-60% geschätzt; etwa 80% der ländlichen Bevölkerung leben in diesem Sektor.

- Zahlreiche Betriebe mußten nach der Unabhängigkeit verstaatlicht werden, weil ihre Besitzer sie verlassen hatten oder wirtschaftliche Sabotage begingen. U.a. deshalb ist heute der überwiegende Teil der industriellen Warenproduktion in staatlicher Hand.

- Der Gesamtschaden, der Moçambique durch das rhodesi-

sche Smith-Regime zwischen 1976 und 1979 verursacht wurde, wird auf 500 Mio Dollar geschätzt.<sup>15</sup>

Auf einen spezifischen Aspekt der wirtschaftlichen Außenabhängigkeit Moçambiques hat Wolfgang Schoeller von der Universität Maputo hingewiesen:

Im Unterschied zu den meisten Entwicklungsländern ist für Moçambiques Importkapazität der Warenexport nur von untergeordneter Bedeutung. Entscheidend für die Reproduktion des Landes waren bisher die Einkunftsüberweisungen der Wanderarbeiter in den südafrikanischen Bergwerken und das Transportsystem. Fast die Hälfte der Einnahmen Moçambiques aus dem sog. unsichtbaren Warenverkehr kamen vor der Unabhängigkeit aus der Wanderarbeit und Transportleistungen von und nach Südafrika.<sup>16</sup>

Die Einnahmen aus dem Betrieb der Häfen und dem Überlandtransport verringerten sich seither um die Hälfte. Es wird Jahre dauern, bis die Transportleistungen wieder eine nennenswerte Devisen- und Akkumulationsquelle sein werden. Über den Ausbau des Transportnetzes und die Umpolung der Handelsströme im Rahmen der Konferenz für Entwicklung und Zusammenarbeit im Südlichen Afrika (SADCC) will Moçambique bis zum Ende der 80er Jahre 60% seiner Devisenerlöse aus diesem Sektor erzielen. Das erfordert enorme Investitionen, die nur über langfristige internationale Kredite zu finanzieren sind.

### Schlüsselaufgabe: Sozialisierung der Landwirtschaft

Südafrika hat in den letzten Jahren immer mehr moçambiquanische Wanderarbeiter nach Hause geschickt, ohne neue zu rekrutieren – ein idealer und politisch bewußt eingesetzter Hebel zur Schaffung wirtschaftlicher Unzufriedenheit in den Südpfvinzen Moçambiques. Die dadurch ausgelöste Beschäftigungskrise äußert sich vor allem in wachsender ländlicher Arbeitslosigkeit und in einer massiven Zunahme der Landflucht.

„Wenn man bedenkt“, so Miguéis Lopes Júnior von der Universität Maputo, „daß die Anzahl der Wanderarbeiter in einem Jahr gewöhnlich die Anzahl der Industriearbeiter in Moçambique überstieg, dann ist klar, daß es sich um ein Problem von enormen Ausmaßen handelt. Auch bei außerordentlich schnellem Wachstum ist die Industrie nicht in der Lage, die Arbeitslosen im Laufe der nächsten zehn Jahre zu absorbieren, zumal der Zusammenbruch der Kolonialwirtschaft selbst noch Arbeitslosigkeit im Tourismus- und Dienstleistungssektor überhaupt zur Folge hatte.“<sup>17</sup>

Der Schlüssel zur Überwindung der ländlichen Arbeitslosigkeit, so meint Lopes Júnior, ist die Entwicklung der Landwirtschaft, vor allem durch die Ausweitung der kollektiven

Produktion auf den Staatsfarmen und Kooperativen. Trotz all dieser objektiven Widrigkeiten hat die FRELIMO die 80er Jahre zum „Jahrzehnt des Sieges über die Unterentwicklung“ erklärt. Das grundlegende Dokument dafür ist der „Indikative Perspektivplan 1981-1990“ (PPI). Er wurde als Entwurf im August 1979 vom Ministerrat und zwei Jahre später endgültig vom 8. Plenum der nationalen Volksversammlung verabschiedet.

Der PPI war Diskussionsgegenstand in allen Arbeitsstätten, Volksorganisationen und lokalen Volksmachtorganen. Er wird als Angelegenheit des ganzen Volkes verstanden, „nicht allein als Material für die Spezialisten“ (S. Machel).

Seine vier grundlegenden Ziele sind laut Samora Machel:

1. die weitere radikale Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialstruktur durch die Schaffung eines dominierenden sozialistischen Sektors;
2. die Anhebung des Lebensniveaus des ganzen Volkes mit dem Ziel, die Grundbedürfnisse zu befriedigen;
3. die Konsolidierung der politischen Macht durch die Stärkung der sozialen Basis der Revolution über das Wachstum der Arbeiterklasse und der Bauernschaft;
4. Die Eroberung des Zugangs zum wissenschaftlichen und technischen Erbe der Menschheit für das moçambiquanische Volk.

Bei der Realisierung des PPI setzt die FRELIMO den Schwerpunkt auf die Sozialisierung der Landwirtschaft, die Industrialisierung des Landes und die Organisierung und Ausbildung der Arbeitskraft.<sup>18</sup>

Die Sozialisierung der Landwirtschaft steht in dieser Aufreihung nicht umsonst an erster Stelle. 1980 entfielen erst 5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die Staatsfarmen und Kooperativen, wobei die – zumeist aus den verlassenen Plantagen der Portugiesen hervorgegangenen – Staatsfarmen mit 4% eindeutig dominieren. Nach dem PPI ist jetzt vorgesehen, bis zum Ende der Dekade 10 Mio Bauern in Kooperativen zusammenzuschließen, während an eine flächenmäßige Ausdehnung des Staatssektors zunächst nicht gedacht ist.

Mehrfach ist in der FRELIMO in letzter Zeit kritisiert worden, daß das Landwirtschaftsministerium bislang die Förderung des Kooperativensektors vernachlässigt habe. Und der bevorzugt behandelte Staatsfarmsektor habe nicht die notwendige Effizienz in der Produktion aufzuweisen.

Tatsächlich sind die einzelnen landwirtschaftlichen Produktionsergebnisse im Jahre 1981 (neuere Zahlen liegen nicht vor) fast durchgängig weit hinter den gesteckten Planziele zurückgeblieben.

Die nebenstehend wiedergegebenen Produktionsziffern für vermarktete Agrarerzeugnisse zeigen zwar fast durchgängig Zuwächse gegenüber den Vorjahren, aber zu wenig, um von einem Durchbruch sprechen zu können. Der starke Abfall in der Reisproduktion ist ein deutlicher Hinweis auf im Staatsfarmsektor noch grassierende Ineffizienz: Er ist im wesent-

Vermarktete Agrarerzeugnisse in Moçambique 1979-81  
in 1.000 Tonnen

	1979	1980	1981	Ziel 1981
Reis	56	43	29	82
Mais	67	65	78	137
Sonnenblumenkerne	5	12	12	17
Baumwolle	30	64	74	105
Kartoffeln	20	9	14	53
Bohnen	13	10	14	13
Zitrusfrüchte	39	32	37	40
Kopra	56	37	54	53

(Quelle: Africa Research Bulletin. Economic Financial and Technical Series, Exeter, Nr. 8/30.9.1982, S. 6550)

lichen auf die schlechten Ernteergebnisse der größten Staatsfarm des Landes zurückzuführen, dem agroindustriellen Komplex Limpopo in der Gaza-Provinz.

Die moçambiquanische Landwirtschaft ist also heute bei weitem noch nicht in der Lage, die ihr in der Entwicklungsstrategie der FRELIMO zugedachte Rolle zu spielen. Sie sollte nämlich durch die Produktion von „Nahrungsmitteln und Rohstoffen für unsere nationale Industrie und den Export“ als „Hauptakkumulationsquelle“ fungieren.<sup>19</sup>

Daraus jedoch wie Peter Ripken auf eine quasi naturnotwendig werdende „verstärkte Orientierung auf den Westen“<sup>20</sup> zu schließen, ist unzutreffend:

Im Herbst 1982 schloß die Regierung in Maputo zwar erstmals mit der deutschen Bundesregierung ein Entwicklungshilfeabkommen über die Lieferung von Elektrokraftstationen im Wert von 10 Mio DM ab und gestand in Bonn dabei auch die Anerkennung der umstrittenen Berlin-Klausel zu. Gewichtiger als dieses Abkommen aber dürfte die Bereitschaft Maputos sein, an der Neuverhandlung der Lomé-Konvention zwischen den AKP (Afrika, Karibik, Pazifik)-Staaten und der Europäischen Gemeinschaft für die Jahre 1985-90 als Beobachter teilzunehmen. Als Mitglied des Lomé-Systems könnte Moçambique in den Genuß von 150 Mio Dollar aus dem Europäischen Entwicklungsfonds kommen.<sup>21</sup>

Die Parteitagsthesen beweisen aber erneut, daß die FRELIMO-Führung der Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaftskraft – und hier insbesondere der Landwirtschaft – absoluten Vorrang einräumt und dabei einige neue Akzente setzt. Die Sozialisierung der Landwirtschaft wird dort als „zentrales Anliegen der Partei und des Staates“ bezeichnet. Vorrangig sollen zukünftig die Gemeinschaftsdörfer (eine Vorform des genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Bauern) und die Genossenschaften staatliche Förderung erfahren.

## Neue Akzente in den Parteitagsthesen

Neu und Widerspiegelung der aktuellen wirtschaftlichen Engpässe und Schwierigkeiten ist auch die Betonung von Kleinprojekten (small scale projects), die besondere Beachtung finden sollen, im Verhältnis zu entwicklungspolitischen Großprojekten (major projects). Die Thesen sind dennoch keine Argumentationshilfe für die Anhänger „kleiner Technologie“.

Entscheidend bleibt die Einordnung von Groß- und Kleinprojekten in ein langfristiges strategisches Konzept zur Überwindung der Unterentwicklung:

„Die Lösung unserer materiellen Probleme liegt in der Abstimmung von Großprojekten mit Kleinprojekten und lokalen Initiativen... Die im Plan vorgesehenen entwicklungspolitischen Großprojekte werden uns in die Lage versetzen, große Fortschritte im Kampf gegen die Unterentwicklung zu machen. Die Ausführung dieser Projekte wird die materielle Basis des Sozialismus in unserem Land konsolidieren... Bis zur Fertigstellung der Großprojekte bleiben jedoch Probleme, die das Leben des Volkes und die Gesellschaft betreffen – Knappheit an Nahrung, Kleidung, Transportmitteln und Wohnungen. Lokale Initiativen und Kleinprojekte sind der Weg, um einen großen Teil dieser Probleme unverzüglich zu lösen.“<sup>22</sup>

Die Diskussion um Groß- und Kleinprojekte in Moçambique geht um mehr als um technische Fragen. Im Zentrum der Überlegungen der FRELIMO steht seit jeher die Produktivkraft Mensch.

Dreh- und Angelpunkt ist die Freisetzung der „schöpferischen Initiative der Massen“. Denn: „In den Großprojekten,



Produktionsberatung im Gemeinschaftsdorf Cimbune (Nordmoçambique)

den Kleinprojekten und den lokalen Initiativen sind immer Menschen mit ihrer Stärke, ihrer Entschlossenheit und ihrer Intelligenz der bestimmende Faktor bei der Lösung der Probleme des Volkes."<sup>23</sup>

Was in Großbetrieben und Staatsfarmen nur über die Institutionalisierung förmlicher Organe wie der seit 1976 überall geschaffenen Produktionsräte – eine Keimform zukünftiger Massengewerkschaften – demokratisch geregelt werden kann, ist in Kleinprojekten oft viel unmittelbarer möglich. In den landwirtschaftlichen Genossenschaften und den Gemeinschaftsdörfern z.B., so argumentieren die Thesen, müsse die Partei sicherstellen, daß Entscheidungen über den Anbau, die Produktionsziele und -methoden mit den Diskussionsergebnissen der Genossenschaftsmitglieder selbst übereinstimmen. Bei der Realisierung von Kleinprojekten sei zu gewährleisten, daß die daran beteiligten Menschen einbezogen werden in die Festlegung von Prioritäten, das Ausfindigmachen vorhandener Ressourcen, die Auswahl der geeignetsten Technologie, die Planung und Durchführung des Projekts.

Eine Schlüsselrolle bei der gesamtgesellschaftlichen Verwirklichung derartiger Vorstellungen spielt selbstverständlich die Hebung des Bildungsniveaus der breiten Massen, weshalb dem Kreuzzug gegen den Analphabetismus, aber auch „Ausbildungsinitiativen an allen Arbeitsplätzen“ eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Es wird deutlich, daß der von der FRELIMO vertretene Fortschrittsbegriff über die von R. Köbler vermutete „einlinige Entwicklung der Produktivkräfte“, die mit dem technischen Fortschritt mehr oder minder in eins fällt, weit hinausgeht. Mithin läßt sich auch die These vertreten, daß der von der FRELIMO-Partei in Angriff genommene gesellschaftliche Wandel schlechterdings in den Begriff der „nachholenden Industrialisierung“ gezwängt werden kann.

Es geht um weit mehr, um nicht mehr und nicht weniger nämlich, als um die Organisierung eines gleichsam doppelten radikalen Umgestaltungsprozesses, der über die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse zugleich die Voraussetzungen zur Revolutionierung der Produktivkräfte un-

ter den Bedingungen der Unterentwicklung schafft.

In jedem derartigen Prozeß unter derartigen Bedingungen stellt sich die Frage nach den Akkumulationsquellen im wesentlichen als Frage nach dem Transfer des landwirtschaftlichen Mehrprodukts in den industriellen Sektor. Und das setzt zunächst einmal voraus, daß ein solch ausreichend großes Mehrprodukt auch produziert und vermarktet wird. Landwirtschaft und Industrie sind vielfältig miteinander verknüpft:

Die FRELIMO-Partei hat sich dafür entschieden, daß „die Errichtung der Schwerindustrie eine Notwendigkeit für die vollständige Befreiung der Volksrepublik Moçambique von wirtschaftlicher und technologischer Abhängigkeit, in der sie noch lebt, (ist). Die Errichtung der Schwerindustrie, deren Grundlagen wir gerade schaffen, ist ein strategisches Ziel, daß langfristige Vorteile bringen wird.“<sup>24</sup>

Selbstverständlich kommt in den größeren Industriebetrieben Moçambiques fast ausschließlich hochmoderne, kapitalintensive Technologie zum Einsatz, was in der Diskussion um die Wahl der Technologie wegen der damit verbundenen geringen direkten Arbeitsplatzeffekte oft kritisiert wird.<sup>25</sup> Diese Entscheidung ist indessen – wie W. Schoeller herausgearbeitet hat – auch vor einem anderen Hintergrund zu sehen. Denn nur relativ arbeitssparende, effiziente Industrien auf hohem Produktivitätsniveau sind in der Lage, in ausreichendem Maße Konsumgüter für die Arbeiterklasse und Produkte für den bäuerlichen Massenbedarf herzustellen.

Dies wiederum ist eine entscheidende Voraussetzung, um einen wachsenden vermarktbaren landwirtschaftlichen Überschuß anregen zu können. Und dies ist erforderlich, um eine produktive Beseitigung der Arbeitslosigkeit, durch Entwicklungsprojekte und die Aufnahme neuer Produktionen, zu ermöglichen. Eine durchgängig eingesetzte arbeitsintensive Technologie würde schließlich nicht nur die Arbeitsproduktivität auf einem entsprechend niedrigen Niveau belassen, sondern auch das Reallohniveau.<sup>26</sup>

Dies jedoch würde letztlich auf eine grundsätzliche Infragestellung des Hauptentwicklungsziels der FRELIMO hinauslaufen, nämlich „eine völlig von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen befreite Gesellschaft in Moçambique zu errichten, in der sich die materiellen Lebensverhältnisse des Volkes ständig verbessern und seine sozialen Bedürfnisse in wachsendem Maße befriedigt werden“.<sup>27</sup>

#### Anmerkungen:

- 14) Vgl. den aufschlußreichen Vergleich bei: J. Roesler, Die Wiederherstellungsperiode im Vergleich der Volkswirtschaften der europäischen Volksdemokratien (1945 bis 1950) und der Volksrepubliken Angola und Moçambique (1973 bis 1980), in: AAL, Nr. 4/1982, S. 623ff., dem auch die folgenden Daten entnommen sind.
- 15) Alle Angaben nach: AIM-Bulletin, Nr. 75/September 1982; AAL, Nr. 3/1979, S. 498; J. Roesler, a.a.O., S. 632f.
- 16) Vgl. M. Lopes Júnior, Capital Accumulation in South Africa and Southern Mozambique, in: Mozambican Studies, Maputo, Nr. 1/1980, S. 89 und W. Schoeller, Zur ökonomischen Entwicklung Mosambiks nach der Unabhängigkeit, in: Peripherie, Nr. 5-6/Sommer-Herbst 1981, S.98
- 17) Lopes Júnior, a.a.O., S. 101
- 18) Vgl. Tercer Mundo, Lissabon, Nr. 54/August 1982; auch: Draft Theses, a.a.O., S.10
- 19) So auch wieder die: Draft Theses, a.a.O., S.10
- 20) epd-Entwicklungspolitik, Nr. 15/1982, S.22
- 21) Vgl. Africa Research Bulletin. Economic Financial and Technical Series, Exeter, Nr. 9/31.10.1982, S. 6601
- 22) Darft Theses, a.a.O., S. 14f.
- 23) Ebenda, S. 17
- 24) Ebenda, S. 12
- 25) Vgl. z.B.: U. Müller-Plantenberg, Zur 'Effizienz' von Technologie in Entwicklungsländern, in: Prokla, Nr. 1/1981, S. 45ff.
- 26) Vgl. W. Schoeller, a.a.O., S. 103ff.
- 27) Programm der FRELIMO-Partei, in: Falk/Wahl, a.a.O., S. 433

Jutta Weber

# „Yol“ – der rebellische Weg des Yilmaz Güney

Lange Jahre hat der türkische Regisseur Yilmaz Güney in den Gefängnissen seiner Heimat zugebracht. 1937 in Süd-Anatolien als Sohn eines Landarbeiters und späteren Gutsverwalters geboren, schlug er sich zunächst als Baumwollpflücker, dann als Metzgermeister durchs Leben.

Kurz nach Aufnahme eines Ökonomiestudiums erhielt er per Zufall 1957/58 zum ersten Mal eine Filmrolle. Innerhalb kürzester Zeit war er zum wohl bekanntesten Volksschauspieler geworden, hatte er an über 100 Filmen – häufig als Hauptdarsteller – mitgewirkt.

## Ein stetes Ärgernis für die Behörden

Überdrüssig, den Helden kommerzieller Schnulzen spielen zu müssen, gründete er 1967 eine eigene Produktionsfirma. Er ist seither oft zugleich Autor, Hauptdarsteller und Regisseur seiner Filme. Die Drehbücher zu einigen seiner bekanntesten Streifen sind im Gefängnis entstanden, z.B. zu „Die Unruhe“ (1974), „Die Herde“ (1978), „Der Feind“ (1979) und seinem neuesten Film „Yol“ (Der Weg – 1981).

Erstmals war Y. Güney 1958 anlässlich seiner Erzählung „Ungleichung mit drei Unbekannten“ der Prozeß gemacht worden. Wegen „kommunistischer Propaganda“ wurde er zu 7 1/2 Jahren Gefängnis und 2 1/2 Jahren Verbannung verurteilt. Unter dem Druck in- und ausländischer Proteste wurde das Urteil bei der Berufungsverhandlung in eine kürzere Haftstrafe umgewandelt.

1972 brachte ihm die Unterstützung einer rebellischen Studentengruppe gleich zehn Jahre Haft ein, wovon er – wegen der unter Ministerpräsident Ecevit durchgeführten Amnestie – aber nur zwei Jahre absitzen mußte. 1974 erfolgte eine erneute Anklage wegen eines Artikels gegen die Invasion Zyperns.

Eines Abends wird bei einem Handgemenge in einer Kneipe der ermittelnde Staatsanwalt erschossen. Obgleich sich Y. Güneys Neffe mit der Tatwaffe in der Hand den Polizeibehörden stellt, wird der Mord aus politischen Gründen dem unbequemen Volkshelden Y. Güney angelastet. Im Gerichtsprozeß werden sämtliche gegenteiligen Beweismittel ignoriert und er wird zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt.

Aufgrund seiner Popularität ist der Sträfling Y. Güney allerdings den Behörden und auch den seit September 1980 regierenden Putschgenerälen, zu deren profiliertesten Gegnern er gehört, ein Dorn im Auge. Diesen Menschen, dessen Bild in Stadt und Land in zahlreichen Wohnungen, Cafés und Geschäften hängt, können sie nicht einfach beseitigen. Deshalb konnte Yilmaz Güney seine Haft in einer halb offenen Anstalt absitzen, dort Besuch empfangen und – wenngleich mit großen Schwierigkeiten – seine Arbeit fortsetzen.

Das Drehbuch für Yol ist das erste, das er unter der Militärdiktatur schrieb. Eine geschönte Fassung hatte die Zensur der Militärbehörden passiert, als ab Januar 1981, während Y. Güney im Gefängnis saß, nach genauester Absprache mit Regisseur Serif Gören und einzelnen Darstellern in der Türkei die Dreharbeiten begannen. Nach der Belichtung wurde das Filmmaterial sofort in die Schweiz geschmuggelt.



Szene aus dem Güney-Film „Yol“

Als Y. Güney im Oktober 1981 Hafturlaub erhält, kehrt er nicht mehr ins Gefängnis zurück. Er flieht zunächst in die Schweiz, später nach Frankreich, wo er selbst den Schnitt des Films fertigstellt.

Um einen Hafturlaub, wie Y. Güney ihn bekam, geht es auch in Yol. Fünf Männer, deren Vergehen dem Zuschauer nicht bekannt sind, werden für eine Woche aus einem Gefängnis der türkischen Militärs freigelassen. Die Freiheit, die sie nun haben, stellt sich allerdings als Schein heraus. Allgegenwärtig ist die Unterdrückung der Bevölkerung durch die Militärs: Kontrollen, Ausgangssperren, Schießereien.

Allgegenwärtig sind aber auch überkommene, ausgehöhlte, sinnentleerte Traditionen und die verbreiteten islamischen Moralvorstellungen, in denen auch die entlassenen Häftlinge befangen sind. Die ganze türkische Gesellschaft erscheint als ein einziges brutales Zuchthaus.

Der Weg des Häftlings Yusuf ist schnell beendet. Als er bei einer Ausweiskontrolle seine Urlaubspapiere verloren hat, führt man ihn ins Gefängnis zurück.

Der aus bürgerlichem Hause stammende Mevlüt fühlt sich beim Besuch seiner künftigen Schwiegereltern wie im Gefängnis. Wegen ständiger Bespitzelung kann er nie mit seiner Verlobten alleine sein. Verärgert wählt er den Ausweg ins Bordell, nicht ohne vorher seiner Verlobten die Spielregeln der späteren Ehe zu erläutern, die für sie absoluten Gehorsam bedeuten. Freudig willigt diese in ihre Unterwerfung ein...

Mehmet besucht seine im Hause ihrer Eltern lebenden Frau. Die Familie begegnet dem „Feigling“ mit Verachtung. Bei einer Einbruchsaktion war Mehmet geflohen und hatte einen verwundeten Schwager zurückgelassen und sich damit in den Augen der Familie dessen Todes schuldig gemacht. Mit Frau und Kindern verläßt Mehmet im Zug die Stadt. Nachdem sie – bei ihrer ersten Umarmung auf der Toilette von lynchwütigen Massen entdeckt – in den Gepäckwagen fliehen, vollstreckt Mehments jüngster Schwager an ihm und seiner Frau die Blutrache der Familie.

### „Zerbrecht die Scheiben“

Seyits Frau ist ihm während der Haftzeit untreu geworden, hat sich prostituiert. Seit 8 Monaten wird sie von ihren Verwandten in einem dunklen Ziegenstall in Ketten gehalten, um so auf den Tod aus der Hand Seyits zu warten.

Seyit wirkt innerlich zerrissen und unentschlossen. Er läßt die entkräftete Frau durch die Schneewüste stapfen, wobei sie schließlich zusammenbricht und erfriert. In letzter Minute will Seyit sie retten, aber es ist zu spät. Wie zuvor auf das erfrierende Pferd schlägt er nun mit seinem Sohn auf seine Frau ein, um sie am Einschlafen zu hindern. Sie aber ist schon erstarrt. Auf dem Rückweg ins Gefängnis entschließt sich Seyit im Zug, seinen Ehering anzulassen...

Ömer, der Kurde, kehrt in sein Dorf nahe der syrischen Grenze zurück. Täglich finden hier Razzien der nach Schmugglern suchenden Militärs statt. Die Bevölkerung ist durch den Terror verängstigt und eingeschüchtert. Allmorgendlich karren die Militärs die Leichen der nachts von ihnen Erschossenen zur Identifizierung ins Dorf. Aus Angst verleugnen die Angehörigen ihre Verwandten. Eines Morgens ist unter den Leichen auch Ömers Bruder. Ömer weiß, daß er jetzt an dessen Stelle treten wird. Er nimmt die hinterlassene Witwe zur Frau und wird sich den Partisanen anschließen.

Yol läßt beim Zuschauer zunächst ein Gefühl von Trauer, Bedrücktheit und Ohnmacht zurück. Wie in anderen Filmen Y. Güneys werden die unmenschlichen Zustände, die Situation der unterdrückten Frauen und das Gefängnis der Moral-



vorstellungen und Traditionen der türkischen Gesellschaft angeklagt. Dennoch bleiben letztlich nicht Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung.

Indem Yilmaz Güney zeigt, daß dieses Gefängnis überholter und unterdrückerischer gesellschaftlicher Traditionen und Lebensweisen durch Menschen gemacht ist, weist er gleichzeitig darauf hin, daß dieses Gefängnis durch die Menschen auch abgeschafft werden kann. Y. Güney sieht – wie er selbst sagt – seine Aufgabe nicht darin, militantes Kino zu machen, sondern militante Zuschauer.

Im Mai 1982 erhält Y. Güney beim Festival in Cannes für „Yol“ zusammen mit Costa Gavras für „Vermißt“ die höchste Auszeichnung, die goldene Palme. Aufgrund der Intervention der türkischen Militärbehörden wird er jedoch noch während der Festspiele aus Frankreich ausgewiesen. Von den westeuropäischen NATO-Partnern der Türkei erhält Y. Güney keine Aufenthaltsgenehmigung.

Nachdem er einem Ultimatum der Militärs, bis spätestens 25.10.1982 in die Türkei zurückzukehren, nicht gefolgt ist, wird ihm die türkische Staatsbürgerschaft aberkannt. Aus Angst vor den Todeskommandos der faschistischen Grauen Wölfe, die ihn seit seiner Flucht bedrohen, und aus Angst vor den Fangarmen der türkischen Militärs – die mit den westeuropäischen Sicherheitsdiensten zusammenarbeiten – ist Y. Güney untergetaucht.

Zum Schweigen hat man ihn freilich noch nicht gebracht: Gemeinsam mit 60 in der Bundesrepublik lebenden türkischen Gastarbeitern dreht er gerade seinen bisher aufwendigsten Film „Zerbrecht die Scheiben, um die Vögel zu befreien“. In seiner Heimat stehen gegen Y. Güney etwa 10 weitere politische Prozesse an, die ihm etwa 100 Jahre Haft einbringen würden.

Für die demokratische Bewegung in den westeuropäischen Ländern gilt es, dafür einzutreten, daß Yilmaz Güney, der sich als demokratischer Revolutionär versteht, hier ungehindert arbeiten kann.

## Wahlprüfsteine 1983 zur Entwicklungspolitik

Die folgenden „Wahlprüfsteine Entwicklungspolitik 1983“ wurden vom Duisburger Lateinamerikakomitee erarbeitet und der Solidaritätsbewegung zur Diskussion gestellt. Eine Reihe von entwicklungspolitischen Gruppen und Solidaritätskomitees unterstützen die darin enthaltenen Forderungen, so u.a. die Vereinigung von Mitarbeitern des Deutschen Entwicklungsdienstes (DED), Medico International, das Informationsbüro Nicaragua, das Mittelamerikakomitee Bonn, das Antimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) und das AIB. Das Duisburger Lateinamerikakomitee hat dazu aufgerufen, alle Bundestagskandidaten im gegenwärtigen Wahlkampf mit den Prüfsteinen zu konfrontieren und die Parteien zu Diskussionsveranstaltungen heraufzufordern.

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Umweltzerstörung und zunehmender atomarer Kriegsgefahr droht das Thema Entwicklungspolitik an politischem Gewicht zu verlieren bzw. zu einem funktionalen Anhängsel der Wirtschafts-, Außenwirtschafts-, Außen- und Sicherheitspolitik zu werden.

Deshalb muß auf eine eigenständige Entwicklungspolitik, die sich primär an humanitären Erwägungen sowie an einem langfristigen Ausgleich des Entwicklungsgefälles zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern orientiert, hingewirkt werden.

In diesem Zusammenhang sollen die folgenden 10 Thesen eine Meßlatte darstellen, mit der die entwicklungspolitischen Vorstellungen der verschiedenen Parteien in der Bundesrepublik bewertet werden können.

1. Das 0,7%-Ziel (Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt) darf nicht zur deklamatorischen Floskel verkommen und kurzfristigen wirtschaftspolitischen Erwägungen unterworfen werden. Vielmehr sind konkrete Schritte aufzuzeigen, wie dieses – zunächst rein quantitative – Ziel erreicht werden kann.

Das 0,7%-Ziel sagt – für sich genommen – nicht viel aus und muß deshalb qualitativ gefüllt werden. Technologische Superprojekte, die zwar unter verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten für einen effizienten Mittelabfluß sorgen, erreichen in der Regel die relevanten Zielgruppen nicht. Es muß daher Aufgabe der Bundesregierung sein, eine Strategie, die direkt der Befriedigung der Grundbedürfnisse dient, in die Projektpraxis umzusetzen. (...)

2. Es hat sich gezeigt, daß Nichtregierungsorganisationen (NRGs) bei der praktischen Umsetzung des Grundbedürfniskonzeptes oft wesentlich mehr Erfolg haben als staatliche Trägerorganisationen. Dies liegt in erster Linie daran, daß sie vorwiegend direkt an der Basis arbeiten und daß sie auch da aktiv werden können, wo eine Zusammenarbeit zwischen Regierungen konfliktträchtig wäre.

Die entwicklungspolitische Arbeit von NRGs muß daher unter Anerkennung ihrer politischen Eigenständigkeit stärker gefördert werden. Die bürokratischen Hemmnisse (Antrags- und Verwendungsnachweisverfahren) bei Kleinprojekten müssen abgebaut werden.

3. Der Ost-West-Gegensatz darf nicht zum bestimmenden Faktor bundesdeutscher Entwicklungspolitik werden.

Nicht das politische Wohlverhalten der Länder der Dritten Welt im Sinne der Interessen der USA und der NATO, sondern der Grad der Bedürftigkeit im Sinne von Grundbedürfnissen gemäß These 1 (Gesundheit, Bildung, Nahrung, Wohnung) muß das wichtigste Kriterium für entwicklungspolitische Hilfeleistung sein. (...)

4. Ein besonderer Schwerpunkt der bundesdeutschen Entwicklungshilfe muß in der Unterstützung derjenigen Länder liegen, deren eingeschlagener Entwicklungsweg eindeutig auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse im Sinne der These 1 ausgerichtet ist. Dies ist z.B. in Ländern wie Nicaragua und Zimbabwe der Fall. Geplante Kürzungen oder Verzögerungen bereits zugesagter Hilfeleistungen sind unverzüglich zurückzunehmen.

5. Diktatorische Regimes, wie z.B. in El Salvador, deren innenpolitische Verhältnisse zweifellos eine im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung liegende Hilfe unmöglich machen, dürfen nicht durch bundesdeutsche politische und/oder wirtschaftliche Unterstützung stabilisiert werden. Jegliche Hilfe an solche Regierungen bedeutet eine Absage an eine notwendige Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Strukturen im Interesse der Bevölkerung und damit eine Verlängerung von Elend, Ausbeutung und Repression.

6. Jegliche Finanz-, Wirtschafts- und Militärhilfe für die Militärdiktatur in der Türkei ist sofort auszusetzen. Die bewilligten Mittel sind erst dann auszuzahlen, wenn eine eindeutige Entwicklung demokratischer Verhältnisse in der Türkei festzustellen ist (z.B. Freilassung zehntausender politischer Gefangener, Aufhebung des Parteienverbots, Gewerkschaftsfreiheit, Aufhebung der Pressezensur).



Mercedes-Benz-Lastwagenproduktion in Argentinien

7. Im multilateralen Bereich muß die Bundesrepublik ihren Einfluß dahingehend geltend machen, daß die Vormachtstellung der Industrieländer abgebaut und eine stärkere Beteiligung der Entwicklungsländer an der Kontrolle und Leitung der multilateralen Institutionen – einschließlich des Internationalen Währungsfonds (IMF) – erreicht wird.

Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in den Entwicklungsländern, die zum größten Teil zu Lasten der armen Bevölkerungsschichten gehen, dürfen nicht länger zu Voraussetzungen für eine Kreditgewährung seitens des IMF gemacht werden.

8. Im Rahmen ihrer multilateralen und internationalen Zusammenarbeit muß die Bundesregierung die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung wirksam unterstützen – auch im langfristigen Eigeninteresse. Insbesondere muß auf einen verbindlichen und kontrollierbaren Verhaltenskodex für transnationale Konzerne hingearbeitet werden, der die folgenden Schwerpunkte einschließt:

- Vermeidung restriktiver Geschäftspraktiken in Entwicklungsländern;

- Anerkennung und Nichtdiskriminierung von Gewerkschaften in Entwicklungsländern;

- Vermeidung von verstecktem Gewinntransfer über entsprechende Verrechnungspreise im Intra-Konzernhandel.

Ferner darf der Zugang von Industrieprodukten aus den Entwicklungsländern in die Industrieländer nicht blockiert werden. In diesem Zusammenhang ist das Argument der Arbeitsplatzvernichtung nur ein vordergründiges, da

- durch Handel mit Entwicklungsländern per Saldo mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet werden;

- Arbeitsplätze primär durch weltweiten technologischen Wandel und Konkurrenz abgebaut werden. Die Lösung liegt deshalb in einer zukunftsorientierten Strukturpolitik, die Arbeitszeitverkürzungen und gebrauchswertorientierte Produktion stärker mit in Betracht zieht.

9. Die Bundesrepublik muß sowohl aus humanitären Gründen als auch aus Gründen der internationalen Glaubwürdigkeit die von der UNO anerkannten Befreiungsorganisationen wie die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO), den Afrikanischen Nationalkongress Südafrikas (ANC) und die Südwestafrikanische Volksorganisation Namibias (SWAPO) politisch und humanitär wirksam unterstützen und sich aktiv für die Verwirklichung der UNO-Resolutionen zu Namibia, Südafrika und dem Nahen Osten einsetzen.

Vor allem ein vollständiger Boykott des Apartheidregimes in Südafrika wäre ein wirksamer Schritt, um die Ablösung dieses Regimes zu beschleunigen.

10. Rüstungsexporte in die Dritte Welt verschärfen soziale Konflikte in den jeweiligen Ländern und verlängern Ausbeutung, Unterdrückung und politische Repression. Sie stehen damit in krassem Gegensatz zu entwicklungspolitischen Zielsetzungen.

Waffenexporte in die Dritte Welt sind moralisch nicht zu rechtfertigen, auch nicht durch eventuelle politische und wirtschaftliche Vorteile der Bundesrepublik. Daher sind Rüstungsexporte in Länder der Dritten Welt gesetzlich zu verbieten. Eine Umstellung auf zivile Produktion ist auch aus binnenwirtschaftlichen Erwägungen heraus geboten.

# Karl Marx und die Dritte Welt

Der 100. Todestag von Karl Marx am 14. März 1983 rief auch die Verehrer der „kritischen Kritik“ auf den Plan. So lud das Westberliner Institut für Philosophie an der Freien Universität für Februar d.J. zu einer theoretischen Konferenz und lockte u.a. damit: „Paulin Hontondji kann uns dazu verhelfen, eine naiv eurozentrische Denkweise im Marxismus zu erkennen.“ Wer auch immer der angekündigte Helfer sein mag – die These ist hierzulande zwar populär, aber nicht sehr originell. Schon in den Jahren des 'Kalten Krieges' und der antikolonialen Kämpfe in Afrika wurden Versuche unternommen, K. Marx und Friedrich Engels derartiges zu unterstellen – ohne den gewünschten Erfolg.

Im Gegenteil. Kaum eine nationale Befreiungsbewegung, die sich heute nicht wesentlich auf Grundsätze beriefe, die von Marx und Engels entwickelt wurden; eine beträchtliche Anzahl von Nationen in Asien, Afrika und Lateinamerika beruft sich bei ihren Versuchen einer eigenständigen Entwicklung auf den wissenschaftlichen Sozia-



Angola 1976: Massenkundgebung vor den Portraits von Marx, Engels und Lenin

lismus; die Werke so bedeutender Theoretiker des nationalen Befreiungskampfes wie Che Guevara, Ho Chi Minh, Le Duan, Amilcar Cabral oder auch Kwame Nkrumah sind ohne K. Marx, F. Engels und, in der Weiterentwicklung, W.I. Lenins nicht denkbar.

Wenn Amilcar Cabral die nationale Befreiung als „Wiederherstellung (der) historischen Persönlichkeit (eines Volkes)“ ansah, als „seine Rückkehr zur Geschichte mittels der Zerstörung der imperialistischen Herrschaft, der es unterworfen war“, dann knüpfte er damit an die Erkenntnis an, die K. Marx und F. Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“ 1848 formuliert hatten:

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnten Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. (...) Die Bourgeoisie reißt ... alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. (...) Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehn wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen.“

Berücksichtigt man die eingetretenen historischen Veränderungen, so bezeichnet dies im wesentlichen nach wie vor die Stellung der – ehemals kolonial, heute neokolonial unterdrückten und ausgebeuteten – sog. Dritten Welt im System des Kapitalismus. Dessen eigene Entstehung verbindet K. Marx im „Kapital“ mit der Ausbreitung der Kolonialherrschaft:

„Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen

Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation.“

Und sie blieben es. Karl Marx 1853 über die britische Kolonialherrschaft in Indien: „Die tiefe Heuchelei der bürgerlichen Zivilisation und die von ihr nicht zu trennende Barbarei liegen unverschleiert vor unseren Augen, sobald wir den Blick von ihrer Heimat, in der sie unter respektablen Formen auftreten, nach den Kolonien wenden, wo sie sich in ihrer ganzen Nacktheit zeigen.“

Noch G.F. Hegel hatte in seiner „Philosophie der Geschichte“ über Afrika geurteilt: „Es ist kein geschichtlicher Weltteil, er hat keine Bewegung und Entwicklung aufzuweisen.“ Für K. Marx und F. Engels waren auch die Gesellschaften Afrikas Klassengesellschaften – schon bevor das Eindringen des Kapitals ihnen spezifische Züge verlieh. Diese Grunderkenntnis bedeutete, daß auch sie von Klassenausinandersetzungen geprägt waren, also Entwicklungen durchliefen und folglich eine – wenn auch nicht geschrieben überlieferte – Geschichte besaßen.

Für die rechten bürgerlichen Theoretiker der angeblichen „Geschichtslosigkeit“ nichteuropäischer Völker hatten K. Marx und F. Engels nur Hohn übrig: „Alle andern Nationen, alle wirklichen Ereignisse werden vergessen, das Theatrum mundi (Welttheater) beschränkt sich auf die Leipziger Büchermesse.“ (Friedrich Engels, Die deutsche Ideologie, 1846)

Zu einer Zeit, da sich die rassistischen Weltherrschaftstheoretiker des Imperialismus breit machten, traten K. Marx und F. Engels bereits seit Jahrzehnten für das Selbstbestimmungsrecht auch der kolonial und halbkolonial unterdrückten Völker ein und bekämpften jedweden rassistischen Dünkel in der internationalen Arbeiterbewegung. Den Kampf der Arbeiterklasse in den Metropolen und der unterdrückten Völker in den Kolonien – in welchen sie, infolge der kapitalistischen Durchdringung, die Entstehung einer Arbeiterklasse voraussahen – betrachteten sie als miteinander eng verknüpft; und so auch dessen Erfolg.

England war die beherrschende Macht. Also formulierte K. Marx 1847 in einer Rede: „Der Sieg der englischen Proletarier über die englische Bourgeoisie ist daher entscheidend für den Sieg aller Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker.“

Mitnichten bedeutete dies die Zurückstellung des antikolonialen Kampfes oder seine Unterordnung als eine Art Folgeerscheinung der Revolution in den Metropolen. Seinen Erfolg hielt K. Marx auch unabhängig für möglich, etwa, wenn „die Inder selbst stark genug geworden sind, um das englische Joch ein für allemal abzuwerfen“. Wohl aber bezeichnet es den Umstand, daß die Befreiung erst vollendet werden kann, wenn die Hauptmacht der Unterdrückung gebrochen ist.

Als vorrangige Aufgabe des Kampfes der kolonial unterdrückten Völker sahen K. Marx und F. Engels die Erringung der Unabhängigkeit an. Allerdings sahen sie die staatliche Souveränität nicht als Endziel dieses Prozesses.

Schon 1843 hatte Marx „zur Judenfrage“ angemerkt: „Die politische Emanzipation ist allerdings ein großer Fortschritt“, jedoch „nicht die letzte Form der menschlichen Emanzipation überhaupt.“

Was dies bedeutet, drückt seine Anmerkung zu Indien von 1853 aus: „Die Frage ist, ob die Menschheit ihre Bestimmung erfüllen kann ohne radikale Revolutionierung der sozialen Verhältnisse in Asien.“ Und am Beispiel der Unterdrückung Irlands: „Was die Irländer brauchen ist: 1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England. 2. Agrarische Revolution. 3. Schutzzölle gegen England.“

Im Kampf für die nationale Befreiung und ihre revolutionäre Vollendung sahen Marx und Engels gemeinsame Interessen der unterdrückten Völker und der kämpfenden Arbeiterklasse in den Metropolen – der Unterdrücker ist derselbe, dasselbe System. Mit dieser Erkenntnis begründeten sie das Prinzip des Internationalismus, die internationale Solidarität als Pflicht der organisierten Arbeiterbewegung.

Erfolgreich setzten sie diese Forderung in der I. Internationale am Beispiel der irischen Frage durch: Die Internationale unterstützte die 1867 einsetzende Solidaritätsbewegung in der englischen Arbeiterklasse mit der irischen Revolution.

Fragen des antikolonialen Befreiungskampfes spielten zu K. Marx' Lebzeiten eine untergeordnete Rolle – zumal die Unterwerfung der Völker Asiens, Afrikas und Ozeaniens noch in vollem Gange war. Wo – wie in Indien, vor allem aber in Irland und in Polen – die nationale Frage indessen von Freiheitsbewegungen getragen wurde, äußerte sich der Internationalismus von K. Marx in praktischer Unterstützung.

J. Ostrowsky

## Neuerscheinungen zum Südlichen Afrika

Deutschsprachige Historiografien waren bislang Mangelware in der an sich umfangreichen Literatur zu Südafrika. Zwei Neuerscheinungen des Jahres 1982 beginnen diese Lücke auf sehr unterschiedliche Weise zu schließen:

Alfred Babing/Hans-Dieter Bräuer, *Fanal am Kap. Ein Report*, Verlag der Nation, Berlin 1982, 400 Seiten, 14,30 DM,  
Luli Callinicos, *Gold in Südafrika. Schwarze Arbeit – Weißer Reichtum*, edition südliches afrika, Band 10, Bonn 1982, 120 Seiten, 19,80 DM.

Mit „Fanal am Kap“ haben die Autoren ein sehr engagiert geschriebenes Werk vorgelegt. Die um thematische Vollständigkeit bemühten Autoren geben einen Abriss der südafrikanischen Geschichte und eine Abhandlung der wichtigsten Konfliktfelder der Apartheidpolitik. 'Report' ist ein zutreffendes Kürzel zur Kennzeichnung dieses populärwissenschaftlichen Buches.

Charakteristisch für den Stil von Babing/Bräuer sind die kurzen eingestreuten fiktiven Szenen, mit denen historische Ereignisse angerissen werden. Eine Technik, mit der die Autoren versuchen, historische Atmosphäre zu vermitteln; sicherlich ein legitimes Mittel, um einen breiten Leserkreis, auch unter Jugendlichen, anzusprechen. Die Darstellung des historischen Teils fängt mit dem Beginn der weißen Besiedlung Südafrikas im Jahre 1652 an. Dabei setzen sich die Autoren mit der unhaltbaren Geschichtsklitterung der burischen Weltanschauung auseinander, die behauptet, Afrika sei vor der Kolonialisierung ein „geschichtsloser Kontinent“ gewesen. Konsequenterweise nimmt die Geschichte der schwarzen Völker und ihres Widerstandskampfes im folgenden großen Raum ein. Der 1912 gegründete Afrikanische Nationalkongreß (ANC), dessen Entstehungsgeschichte und gegenwärtige Bedeutung im Befreiungskampf ausführlich beschrieben wird, steht für die Fortsetzung dieser

Insgesamt aber ein lesenwertes Buch, das vor allem als Einführung empfehlenswert ist.

Die Geschichte der Entstehung des Goldbergbaus von 1886 bis 1924 behandelt das Buch der südafrikanischen Historikerin Luli Callinicos. Es wurde 1980 nach umfangreichen Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe an der Universität von Witwatersrand veröffentlicht und nun in einer deutschsprachigen Ausgabe von der Informationsstelle Südliches Afrika verlegt.

„Geschichte von unten schreiben“ ist der Anspruch, den sich L. Callinicos stellt und hervorragend verwirklicht. Ihr als Band 1 einer 'Geschichte des südafrikanischen Volkes' erschienen Buch ist für die Schulung südafrikanischer Gewerkschafter und als Schulbuch konzipiert.

L. Callinicos versteht es eine Zeit lebendig zu machen, in der die Schwarzen in Massen von ihrem Land vertrieben und als Lohnarbeiter in die Goldminen gezwungen wurden, wo ihre Arbeit den weißen 'Randlords' sagenhafte Reichtümer schuf. In dieser Phase entfaltete sich der südafrikanische Kapitalismus, der die kümmerliche Burenrepublik Transvaal innerhalb von 10 Jahren in das reichste Goldbergbaugebiet der Welt verwandelte. Die Autorin analysiert die Strukturen des Goldbergbaus als Strukturen „einer besonderen Form des Kapitalismus“, dessen Merkmale die zirkulierende Wanderarbeit, die Kontraktarbeit und der Kontrollapparat der Compounds (Bergarbeitersiedlungen) sind. Die Paßgesetze und die Lohnschränke für Schwarze ergänzen dieses Ausbeutungssystem, das auf der Rassenunterdrückung basiert.

Ausführlich erzählt die Autorin, wie die Arbeiter ihre Arbeits- und Lebensbedingungen erfahren haben. So erhält der Leser einen detaillierten Einblick in das Lagerleben der Compounds, wie die Schwarzen unter diesen viehischen Bedingungen überleben – viele allerdings auch nicht –, wie sie ihre spärliche Freizeit verbringen, usw. Dies alles wird so eindrücklich, weil L. Callinicos ihr Buch auf fast jeder Seite mit zeitgenössischen Fotos und Zeichnungen illustriert hat.

Teil 3 des Buches ist dem Widerstand der Arbeiter gewidmet. Die Autorin berichtet von den mutigen Aktionen der Schwarzen und Chinesen zu Beginn dieses Jahrhunderts. In diese Zeit fallen die Kämpfe der weißen Bergarbeiter, die um den Erhalt ihrer Privilegien (Job reservation/Lohnschränke) geführt wurden. In ihrem Gefolge wurde die rassische Spaltung der südafrikanischen Arbeiterklasse zementiert.

Ein unersetzliches Werk für jeden in der Südafrika-Solidaritätsarbeit Engagierten ist:

AKAFRIK/Zentrale Arbeits- und Studienstelle der DEAE (Hrsg.), *Südafrika-Handbuch. Südafrika, Namibia, Zimbabwe*, Jugenddienst-Verlag, Wuppertal 1982, 436 Seiten, 19,80 DM.

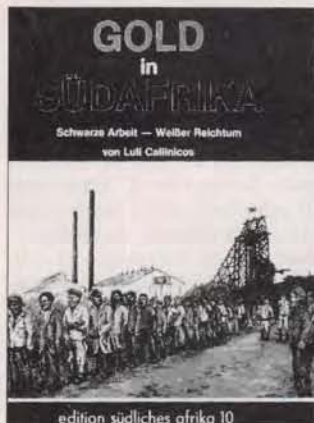
Das von über 60 Mitarbeitern zusammengestellte Handbuch ist in drei Teile gegliedert, die sich alle jeweils auf Südafrika, Namibia und Zimbabwe beziehen.

Im Politischen Lexikon (Teil I) kann man unter den Stichworten von AAB bis Zwangsumsiedlungen fast auf jede Frage zum Südlichen Afrika eine Antwort finden. Das Lexikon verzeichnet eine Unmasse von Organisationen und Institutionen (nebst ihrer Abkürzungen), die in Politik, Wirtschaft oder Kultur wirken, und es gibt jeweils eine knappe Charakteristik. Prominente Personen werden in Kurzbiografien vorgestellt, bedeutsame Begriffe aus allen Gesellschaftsbereichen in sachkundigen Ausführungen thematisiert.

Teil III („Aktion, Schule und Erwachsenenbildung“) stellt beispielhaft unterschiedliche Modelle von Solidaritätsaktionen vor. Die Beiträge schildern die Aktionen vom Anfang – dem Entstehen einer Idee – bis zu ihrer Auswertung durch die Aktionsgruppe und liefern dadurch zahlreiche Anregungen für die Arbeit in Schulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaftsgruppen.

Im Teil II („Literatur- und Medienrezensionen“) werden ca. 300 Bücher und Broschüren vorgestellt und besprochen. Die Liste reicht von allgemeinen Einführungen über wissenschaftliche Fachliteratur bis zu Kindererzählungen. Neben einer Kurzbeschreibung des Inhalts, der Beurteilung ihrer Verständlichkeit werden die Bücher vor allem nach ihrer Haltung zur Apartheidpolitik charakterisiert. Angaben über Bezugsquelle und Preis sind zusätzliche praktische Hilfen. In weiteren Abschnitten dieses Teils werden Tonbild- und Dia-Serien, Schallplatten, Spiele, Aktionsmaterialien und die gängigsten Zeitschriften rezensiert.

Wegen seiner inhaltlichen Vollständigkeit und Sachlichkeit – was natürlich eine konsequente Verurteilung der Apartheid mit einschließt – und den vielen praktischen Tips gehört dieses Buch eigentlich in jede Schule, Erwachsenenbildungsstätte usw. **Ch. Sodemann**



kämpferischen Traditionen.

Über 300 Jahre hat es eine spezielle Verbindung von Deutschen mit der Kolonialisierung Südafrikas gegeben. Auf die Aufarbeitung dieser – meist unruhlichen – Kontinuitäten deutscher Politik haben Babing/Bräuer besondere Sorgfalt verwandt. Interessant ist hier z.B. ihr Hinweis auf die „Traditionslinie deutscher Forscher“.

Das letzte Drittel des Buches ist aktuellen Aspekten der Apartheidpolitik gewidmet. Das brutale Faltersystem des faschistischen Polizeiapparates, die Investitionspolitik westlicher Industrienationen in Südafrika und die militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD und Israels mit Südafrika werden angeprangert. Allerdings beschränken sich die Autoren dabei auf eine Zusammenfassung bekannter Fakten. Die afrikanische Widerstandsbewegung, wie sie sich seit den 70er Jahren neuformiert hat, findet sich in diesem Teil nur sehr reduziert wieder. Der beachtliche christlich motivierte Widerstand, ein Phänomen, wie die Black-Consciousness (Schwarzes Bewußtsein)-Bewegung, die beide zur Breite und ideologischen Vielfalt der stärker gewordenen Widerstandsfront beitragen, werden nur knapp abgehandelt. Insbesondere bleibt auch die Problematik der schwarzen Gewerkschaftseinheit unerwähnt. Dabei hätten die immer erfolgreicher werdenden Einigungsbemühungen, die effektiver gewordenen Streikaktionen sicherlich mehr Aufmerksamkeit verdient.

Denn sie tasten in ihrer Verbindung von (halb-)legalen und illegalen Organisationsformen das wirtschaftliche Nervenzentrum des Apartheidregimes an und stellen damit immer drängender die Machtfrage.



## Arbeitsheft Hunger und Frieden

Ein umfangreiches Begleitheft zu seiner Aktion „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit“ hat der Christliche Friedensdienst (cfd) herausgebracht. Die Aktion soll friedens- und entwicklungspolitische Gruppen zusammenführen und dabei vor allem auf den Zusammenhang von Hunger und Rüstung hinweisen. Kontaktadresse: cfd, Rendelerstr. 9-11, 6000 Frankfurt 60

## Bush-Besuch



US-Vizepräsident Bush (l.) bei Kanzler Kohl

Etwa 7.000 Menschen demonstrierten am 31. Januar 1983 in West-Berlin gegen den Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush. Die Demonstranten wandten sich gegen die NATO-„Nachrüstungs“politik, die US-Unterstützung für die mittelamerikanischen Diktaturregimes und den US-freundlichen Kurs der Bundesregierung.

Für Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) geriet der als Wahlkampfhilfe gedachte Bush-Besuch zum Rohrkrepiere: Der von G. Bush in West-Berlin verlesene „Offene Brief“ von US-Präsident Reagan an KPdSU-Generalsekretär Yuri Andropow – von H. Kohl sofort als „großes moralisches Angebot“ begrüßt – entpuppte sich als Propagandatrick. Er habe den Sowjets kein neues Signal senden, erklärte R. Reagan im fernen Amerika, sondern „nur auf ihre weitausholenden Propagandabemühungen antworten“ wollen. Recht behielt Y. Andropow mit seiner Erklärung, der Brief biete „nichts Neues“ gegenüber der alten „Null-Lösung“.

Über 3,7 Mio Unterschriften trägt jetzt der Krefelder Appell, der die Bundesregierung auffordert, „die Zustimmung zur Stationierung von Pershing II und Cruises Missiles in Mitteleuropa zurückzuziehen“. Dies gab Ende Januar 1983 – kurz vor dem 50. Jahrestag der Machtübertragung an den Hitler-Faschismus – Josef Weber, Mitinitiator des Appells bekannt.

Zu Manifestation gegen den Nachrüstungsbeschluß wurden auch die regionalen Kundgebungen aus Anlaß des 50. Jahrestages am 29. Januar 1983 in Köln, Hamburg, Frankfurt, München, Hannover und Mössingen, an denen sich unter der Losung „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Keine neuen Atomraketen!“ mehr als 110.000 Menschen beteiligten.

## Südafrika-Aktionskunst



Im Juni 1982 bat der südafrikanische Aktionskünstler Manfred Zylla in Kapstadt zu einem Happening: Er ließ die Besucher eine Ausstellung seine Zeichnungen und Kollagen der südafrikanischen Herrengesellschaft mit Pinsel und Farbe attackieren. Über die Ergebnisse, vorher – nachher, erschien dann ein politisch kommentierter Ausstellungskatalog. Dessen Besitz wurde umgehend von der Zensur verboten:

„Die Skizzen, Zeichnungen, Notizen und Kommentare ... sind in vielen Fällen unterminierend, indem sie das bestehende System und seine Amtsträger abwerten. Sie können deshalb als staatsgefährdend angesehen werden. In den Händen Unkundiger oder der breiten Masse kann die Broschüre Menschen zu Aufstand und Gewalt ermuntern“, so die Begründung. Etliche Exemplare der Broschüre konnten rechtzeitig ins Ausland geschafft werden. Sie kann für 25,00 DM bei Eckhard Zylla, Richildenstr. 32, 8000 München 19, bezogen werden.

## Werkschulen für die POLISARIO

Eine Broschüre „Die Werkschulen in Algerien“ (38 S., 4 DM) haben die Werkschulen West-Berlin und Scholen (bei Bremen) veröffentlicht. Sie enthält die Schilderung einer Reise 1982 nach Algerien, bei der die Werkschulen Solidaritätsgüter, ein Stromaggregat, Schulmaterialien, Kleidungsstücke u.a. an die westsaharouische Befreiungsbewegung Frente POLISARIO übergaben. Sie enthält ferner Grundinformationen über den Westsahara-Konflikt und die saharouischen Flüchtlingslager auf algerischem Boden.

Bestelladresse: Werkschule Berlin e.V., Alt Moabit 62-63, 1000 Berlin 21

## Erklärung jüdischer Bürger

Anläßlich eines Treffens vom 28.-30.1.1983 in der Bildungsstätte Hufeisenhof bei Hanau erklärten 60 jüdische Bürger der Bundesrepublik, „daß eine Lösung des Nahostkonflikts nur auf der Grundlage des nationalen Selbstbestimmungsrechts des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen Volkes auf dem Territorium Israel-Palästina möglich ist“. Die Mehrzahl der Teilnehmer unterzeichneten eine Protestresolution gegen die israelische Invasion und fortdauernde Okkupation des Libanon.

Das Treffen sollte Juden zusammenführen, die sich weigern, sich zum verlängerten Arm der israelischen Politik machen zu lassen.

## Strauß – Terre des Hommes

CSU-Chef Franz-Josef Strauß schenkte anläßlich eines Privatbesuches zur Jahreswende 1982/83 dem philippinischen Diktator Ferdinand Marcos eine Polizeipistole. In dieser politischen Instinklosigkeit sieht Terre des Hommes die symbolische Billigung der polizeilichen und militärischen Unterdrückung der Opposition auf den Philippinen. In einem Brief an den bayerischen Ministerpräsidenten verwarf sich Terre des Hommes gegen eine solche Beleidigung der Unterdrückten und fordert F.J. Strauß auf, sein Verhalten zu erklären.

Die Antwort aus München ist ein typischer Strauß-Rundumschlag gegen alles „Böse“ auf der Welt. Strauß unterstellt Gunther Hilliges, Vorsitzender von Terre des Hommes, „die Verhältnisse dort nicht zu kennen“, „tendenziös zu berichten“, „wahrheitswidrige öffentliche Agitation und persönliche Hetze“ zu betreiben. Er belehrt weiter, daß man die Maßstäbe westlich-parlamentarischer Demokratien nicht auf die Philippinen übertragen könne. G. Hilliges nahm zu den unglaublichen Vorwürfen Stellung und bat den CSU-Chef erneut um eine Antwort.

Ausführlicher Abdruck des Schriftwechsels in:

terre des hommes – an die Presse, Nr. 1/83, terre des hommes, Postfach 4126, 4500 Osnaabrück

## antimilitarismus information

Das Themenheft *Militärherrschaft in der 3. Welt* der antimilitarismus information (ami) behandelt folgende Fragestellungen:

- Welche Funktion hat das Militär in der 3. Welt?
- Welchen Einfluß hat das Militär auf den Prozeß der Unterentwicklung?
- Wie legitimieren sich Militärs?
- Inwieweit unterstützen die Industriestaaten durch Waffenexporte derartige Regime?
- Was können wir hier bei uns dagegen tun?

Übrigens: die ami ist ein monatlich erscheinender Informationsdienst. Kostenlose Probenummer und Bestellung des Themenheftes zum Preis von DM 3,50 – ab 10 Exemplare 30% Rabatt – plus Porto bei: ami-Vertrieb, Deidesheimer Straße 3, 1000 Berlin 33.

## Israel – Libanon

Am 8. Februar d.J. wurde der Bericht der israelischen Kommission zur Untersuchung der Massenmorde durch libanesische Phalangisten in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila veröffentlicht. Darin wird besonders die Verantwortung von Verteidigungsminister Ariel Scharon, Generalstabschef Rafael Eitan und des Chefs des militärischen Geheimdienstes Jehoschua Saguy festgestellt. A. Scharon und J. Saguy wurden zum Rücktritt aufgefordert. Mitverantwortung an dem Massaker tragen nach Ansicht der Kommission auch Ministerpräsident Menachim Begin, Außenminister Yizhak Shamir, der Chef des Geheimdienstes Mossad u.a.. Die genannten Personen trifft nach Ansicht der Kommission die Schuld, die Massaker nicht verhindert zu haben; gebilligt oder gar angeordnet hätten sie sie nicht. Ge-

richtliche Strafverfahren gegen die Verantwortlichen wurden nicht gefordert. Nichtsdestotrotz hat der Bericht zu einer Regierungskrise geführt. Nach dreitägigen Debatten, beschloß das israelische Kabinett am 11. Februar d.J., unter dem Druck der öffentlichen Meinung, die Empfehlungen der Kommission zu befolgen. Erst daraufhin trat Verteidigungsminister A. Scharon, der diese Entscheidung mit allen Mitteln verhindern wollte, von seinem Posten zurück. Er bleibt aber weiterhin, als Minister ohne Geschäftsbereich, Mitglied der Regierung. Kurze Zeit vorher war von Anhängern A. Scharons ein Handgranatenanschlag gegen eine Friedensdemonstration vor dem Gebäude des Ministerpräsidentenamtes verübt worden. Ein Demonstrant wurde getötet und weitere 11 verletzt.



Massakeropfer in Beirut; Hauptverantwortlicher: Israels Verteidigungsminister Sharon

## Iran

Noch zum Jahresende 1982 hatte Revolutionsführer Ayatollah Khomeini eine Kampagne der „Islamisierung“ eröffnet, derzufolge gängige Gesetzesbrüche und Verstöße gegen verfassungsmäßig garantierte individuelle Freiheiten auszumerzen seien (siehe AIB 2/1983, S.41). Vorerst blieb es bei der Entlassung von hunderten Staatsbeamten.

Ob sich damit beim iranischen Bürger wieder ein „Gefühl der (Rechts-)Sicherheit“ (Khomeini) einzustellen vermag, scheint indessen angesichts der andauernden Repression fraglich. Am 17. Januar d.J. wurden im Evin-Gefängnis erneut drei Linksintellektuelle (M. Musawi, M. Maschayechi, Hadi), die der Demokratischen Nationalen Front angehörten und offenbar gefoltert worden waren, „wegen subversiver Gesinnung“ und oppositioneller Tätigkeit hingerichtet. Am 5. Februar d.J. verhaftete man mehrere Führungsmitglieder der halblegalen Tudeh-Partei, darunter ihren Generalsekretär Nuredin Kianuri (71), wegen angeblicher „Spionage“.

Tage zuvor hatte der Wächterrat des iranischen Parlaments die von letzterem verabschiedeten Gesetze über die Agrarreform und die Verstaatlichung des Außenhandels abgelehnt. Damit sind auch soziale Veränderungen zugunsten der Besitzlosen erst einmal auf Eis gelegt. Es sei denn, Ayatollah Khomeini, der diesen Entscheid des Wächterrates kritisierte, vermag den starken konservativen Flügel der machtausübenden Geistlichkeit wieder zurückzudrängen.

In diesem Zusammenhang kommt dem anstehenden Entscheid der im Dezember 1982 gewählten „Expertenversammlung“ (86 Sitze) ein großer Stellenwert zu, hat sie doch über die Nachfolge Ayatollah Khomeinis zu entscheiden. Teile der islamischen Führung wollen Khomeinis „gemäßigten“ Favoriten Ayatollah Montazeri als alleinigen Nachfolger installieren. Andere Führungskreise um Staatspräsident Khomeini drängen hingegen darauf, daß sich eine Gruppe von drei bis fünf Ayatollahs in die Machtbefugnis des Revolutionsführers teilt.

## Bolivien

In Bolivien ist es am 20. Januar 1983 zum Bruch der regierenden Parteienkoalition Demokratische Volksunion (UDP) gekommen. Die sozialdemokratische Bewegung der Revolutionären Linken (MIR) beschuldigte Anfang Januar d. J. die Partei des Staatspräsidenten Siles Suazo, die Linke Revolutionäre Nationalistische Bewegung (MNRI), parteiegoistische Interessen zu verfolgen. Innenminister Mario Roncal (MNRI) wurde kritisiert, weil er zu lasch gegen die Kokainhändler und deren paramilitärische Banden vorgehe.

Das Rücktrittsangebot der sechs MIR-Minister wurde nach erfolglosen Verhandlungen über eine Regierungsumbildung vom Staatspräsidenten angenommen. Der vom Volk gewählte Vizepräsident und Führer der MIR, Jaime Paz Zamora, bleibt allerdings im Amt. Die sechs MIR-Minister wurden am 30. Januar durch zwei MNRI-Mitglieder und vier Unabhängige ersetzt. Die Hoffnung der USA, daß die beiden KP-Minister im neuen Kabinett nicht mehr vertreten sein würden, erfüllte sich allerdings nicht.

Eine der Hauptfiguren der paramilitärischen und faschistischen Banden, der ehemalige Gestapo-Chef im französischen Lyon Klaus Barbie alias Altmann, wurde am 25. Januar d.J. in La Paz festgenommen und am 4. Februar nach Frankreich ausgewiesen. Dort erwartet den „Schlächter von Lyon“ eine lebenslange Haftstrafe, nachdem die gegen ihn gefällten Todesurteile von 1952 und 1954 verjährt und die Todesstrafe abgeschafft ist.

Der 1951 in Bolivien eingereiste Faschist hatte von 1971 bis 1978 und von 1980 bis 1982 die Diktatoren Hugo Banzer und Garcia Meza in Repressions- und Foltertechniken beraten. Daß er erst jetzt ausgeliefert wurde, liegt nicht nur an der Unterstützung, die er bei Teilen der Armee und der Kokain-Mafia fand, sondern auch an der Protektion der USA: Ab 1948 stand er in den Diensten der US-Geheimdienste, an die er für 1.700 Dollar pro Woche seine Kenntnisse über antifaschistische Widerstandsgruppen weitergab.

## Guatemala

In seiner Abschlußresolution hat das Tribunal der Völker, das vom 27. bis 31. Januar 1983 in der spanischen Hauptstadt Madrid tagte, den guatemaltekischen Militärregierungen seit 1954 (dem Jahr des Sturzes der demokratisch gewählten Arbenz-Regierung) folgende Verbrechen zur Last gelegt: Völkermord an der indianischen Bevölkerung, Verletzung des Rechts des Volkes auf politische und ökonomische Selbstbestimmung und Menschenrechtsverletzungen aller Art. Mindestens 50.000, vermutlich sogar über 100.000 Morde wurden dem Tribunal zufolge seit 1954 verübt.

Der Jury des Tribunals, das auf eine Initiative des Internationalen Russel-Tribunals zurückgeht, gehören u.a. an: der Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez, der Bischof von Guernavaca (Mexiko), Sergio Mendez Arceo, sowie die Schriftsteller Richard Barnet (USA), Julio Cortazar (Argentinien) und Eduardo Galeano (Uruguay).

## Paraguay

General Alfredo Stroessner (70), seit 1954 Diktator in Paraguay, wurde bei allgemeinen Wahlen am 6. Februar 1983 für weitere fünf Jahre in seinem Präsidentenamts bestätigt. Über 90% der abgegebenen 1,1 Mio Stimmen sollen nach offiziellen Angaben auf ihn entfallen sein.

Die beiden einzigen zu den Wahlen zugelassenen Oppositionsparteien, die im Senat vertretenen Authentischen Liberalradikalen und Liberalen (sie erhielten zusammen 8,9%), protestierten allerdings gegen Manipulationen in mehreren Wahlkreisen. Dort seien nicht einmal Stimmzettel für die Opponenten General Stroessners ausgelegt worden. Die nichtzugelassenen Christdemokraten und Kommunisten hatten zur Abgabe ungültiger Stimmen aufgerufen.

Das Wahlspektakel änderte nichts daran, daß radikale Oppositionelle weiter verfolgt werden. Nach Angaben kirchlicher Gruppen senkte das Stroessner-Regime zwar die Zahl der politischen Gefangenen 1979 von etwa 1.500 auf 5, doch ist sie mittlerweile wieder auf 56 angestiegen. Zwei der prominentesten Gefangenen, die Führer der Kommunistischen Partei Paraguays, Antonio Maidana und Emilio Roa, wurden im August 1980 aus Buenos Aires nach Paraguay verschleppt; jede Auskunft über ihren Verbleib wurde verweigert.

Den Schutz ihres Lebens und ihre Freilassung forderten Ende Januar d.J. in einem Telegramm an Präsident Stroessner die Konföderation der Venezolanischen Werktätigen (CTV) und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), dem auch der Deutsche Gewerkschaftsbund angehört.

## Japan

Der seit Ende November 1982 amtierende japanische Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone ist offensichtlich entschlossen, auf den Reagan'schen Konfrontationskurs einzuschwenken. Während seines Kurzbesuches in Seoul in der zweiten Januarhälfte sagte er Südkorea, ungeachtet der menschenverachtenden Politik des Diktators Chon Du Hwan, eine Wirtschaftshilfe in Höhe von 4 Mio Dollar zu. Er erklärte, sein Besuch solle den Beginn einer neuen Etappe in den gegenseitigen Beziehungen kennzeichnen.

Bei dem anschließenden USA-Aufenthalt sicherte Y. Nakasone der Reagan-Administration die weitere Aufrüstung seines Landes zu. Japan wolle den sowjetischen strategischen Bomben unüberwindbaren Widerstand entgegensetzen und die Schiffspassagen zwischen den japanischen Inseln und zwischen Japan und Korea, die Tsushima-Straße sowie die Korea-Straße für sowjetische U-Boote unpassierbar machen.

Zwar ist die Steigerung des Rüstungshaushaltes von 6,5% geringer als im Vorjahr (7,8%) und bleibt hinter der US-Forderung von einer durchschnittlichen jährlichen Steigerungsrate von 15% zurück, provoziert aber massive Proteste seitens der Nachbarstaaten, vor allem der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN), die darin eine Bedrohung der Region sehen. Auch in Japan selbst stößt die Zusage des Präsidenten auf heftigen Widerstand breiter Teile der Bevölkerung.

## Namibia

Mit dem Rücktritt des von Südafrika abhängigen Ministerrates in Windhoek und dessen Präsidenten Dirk Mudge am 18. Januar 1983 ist die seit fünf Jahren von Pretoria betriebene interne Namibialösung nunmehr endgültig gescheitert. Bereits im Februar 1982 war der Ovambo-Häuptling Peter Kalangula als Präsident der Demokratischen Turnhallenallianz (DTA) zurückgetreten. Die Glaubwürdigkeit der tribalistisch ausgerichteten DTA und ihr Einfluß selbst unter der weißen Bevölkerung hatten seither kontinuierlich abgenommen.

Pretoria reagierte auf den jüngsten Schritt seiner Marionetten umgehend mit der Auflösung der vor fünf Jahren gewählten Nationalversammlung, die nie internationale Anerkennung gefunden hatte. In Windhoek herrscht jetzt wieder der von Südafrika eingesetzte Generaladministrator allein.

Die Aussichten für die Lösung der Namibiafrage sind unterdessen auf den Nullpunkt gesunken. Sam Nujoma, Präsident der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), sprach Mitte Januar d.J. von einem „vollständigen Stillstand“ der Namibiaverhandlungen, da die USA und Südafrika diese Frage an den Abzug der kubanischen Truppen aus Angola koppeln. Der Präsident Zimbabwes, Robert Mugabe, warf den USA und Südafrika in diesem Zusammenhang „Erpressung“ vor. Auch den bereits am 8. Dezember 1982 auf den Kapverden eröffneten bilateralen Verhandlungen zwischen Angola und Südafrika, die u.a. ein eventuelles Waffenstillstandsabkommen zwischen den beiden Ländern zum Gegenstand haben, dürfte solange kein Erfolg beschieden sein, wie Südafrika um jeden Preis verhindern möchte, daß am Ende eines Unabhängigkeitsprozesses in Namibia die Machtübernahme der SWAPO steht.

## Nigeria

Um der seit Ende des Ölbooms großen Arbeitslosigkeit Herr zu werden, hat Nigerias Regierung am 17. Januar 1983 alle illegal arbeitenden Ausländer ausgewiesen. Weil das in einigen Bereichen, z.B. im Erziehungswesen, katastrophale Auswirkungen gehabt hätte, mußte die ursprüngliche Frist von zwei Wochen für Facharbeiter und spezialisierte Kräfte bis zum 1. März 1983 verlängert werden.

Über 2 Mio Einwanderer aus den Nachbarländern verließen infolge dieser moralisch nicht vertretbaren und wirtschaftspolitisch fragwürdigen Maßnahme fluchtartig das Land, gut die Hälfte von ihnen kehrten nach Ghana zurück. Im Hafen und auf dem Flughafen von Lagos versuchten Zehntausende verzweifelt die wenigen Transportmöglichkeiten zu stürmen. Dabei gab es mehrere Tote.

Die meisten verließen Nigeria auf dem Landwege, wo sie zeitweise an den zur Unterbindung des Schmuggels seit Monaten geschlossenen Grenzen Benins, Togos und Ghanas festsaßen. Die Lage entschärfte sich dort erst, als Ende Januar die Grenzen geöffnet wurden. Insbesondere in Ghana, dessen Nahrungsmittelreserven erschöpft sind, wirft die Ernährung und Reintegration von etwa 10% seiner Bevölkerung größte Probleme auf. Die Rawlings-Regierung bemüht sich um internationale Hilfe.

## OPEC

Erneut ging am 24. Januar 1983 in Genf die Konferenz der Organisation Erdölexportierender Länder (OPEC) zu Ende, ohne daß sich die 13 Ölminister auf eine verbindliche Festsetzung ihrer Ölpreise und Förderquoten verständigen konnten. Bereits einen Monat vorher auf der OPEC-Konferenz in Wien forderte der Iran mit Unterstützung von Venezuela, Nigeria, Libyen, Indonesien und Algerien eine Neufestsetzung der Förderquoten zuungunsten Saudi Arabiens und der arabischen Emirate.

Der Iran, dessen Ölförderung in der letzten Zeit auf 60 Mio t jährlich zurückgegangen war, will wieder auf das Förderniveau der Schahzeit von 250 Mio t pro Jahr zurück. Die ihn unterstützenden Länder sind ebenfalls an einer Produktionsausweitung interessiert, um weiterhin Entwicklungsprojekte und Devisenkosten finanzieren zu können. Dies geht jedoch nur dann ohne einen Verfall des bisherigen Öl-Festpreises von 34 Dollar pro Barrel (159 l), wenn die bisherigen Spitzenförderer am Persischen Golf ihre Produktion einschränken.

Ohne einen gemeinsamen Ölpreis und eine verbindliche Förderquote ist das OPEC-Kartell jetzt in seiner Substanz bedroht, was letztlich die Öleinkünfte aller Mitgliedsländer gefährden dürfte.



Massenexodus aus Nigeria



## Von wegen chemische Kriegsführung

„Ein umfassendes und nachprüfbares C-Waffen-Verbot ist um so vordringlicher, als sich gerade in letzter Zeit immer wieder Anhaltspunkte dafür ergeben, daß chemische Waffen und Toxinwaffen in verschiedenen Krisengebieten des asiatischen Kontinents zum Einsatz gekommen sind“, so Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher am 3. Februar 1983 vor dem Abrüstungsausschuß in Genf.

Mit seiner Verbotsforderung steht H.D. Genscher nicht alleine. Hatten doch die UdSSR und andere sozialistische Staaten schon 1972 (!) dem UN-Abrüstungsausschuß einen ausgearbeiteten Vertragsentwurf vorgelegt.

Ebenfalls nicht allein ist H.D. Genscher, wenn es gilt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, daß natürlich die Sowjetunion einen chemischen Angriff plane und dementsprechend aufrüste.

Eine einzige Gasmasken soll den sowjetischen Giftgaseinsatz in Afghanistan belegen. 1981 hatte US-Außenminister Alexander Haig den Einsatz von Pilzgiften, sog. Mykotoxine, in Laos und Kambodscha durch die Vorlage eines einzigen Blattstengels einwandfrei „bewiesen“. Entsprechende UN-Untersuchungskommissionen vermochten derartiges nicht zu bestätigen. Sie wollten allerdings auch den Einsatz chemischer Kampfmittel nicht gänzlich ausschließen nach dem Motto „Nichts ist unmöglich“.

Für die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8.12.1982 war das der untrügliche Beweis. Nicht einmal das Tribunal über Afghanistan in Paris vom Dezember 1982, das der Sowjetunion Menschenrechtsverletzungen wie Folter, Mord usw. nachzuweisen suchte, kam zu dem Schluß, daß die vorgelegten Beweise für eine Verurteilung ausreichen.

### Vietnam — ein tausendfaches Seveso

Erdrückend dagegen sind die Tatsachen, die die Auswirkungen der chemischen Kriegsführung während der US-Aggression 1964-73 gegen Vietnam beweisen.

Die Spuren dieser Verbrechen sind so einschneidend, daß es mindestens 100-150 Jahre dauern wird, bis sich die natürliche Umwelt wiederhergestellt hat. Dieser Ansicht waren 160 Wissenschaftler aus Ost und West, die sich im Februar d.J. in Ho-Chi-Minh-Stadt zu einem Symposium über die „Langzeitwirkungen der Gift-Kampfstoffe auf Mensch und Natur“ trafen.

Das als Seveso-Gift bekannte TCDD, das die US-Vandalen versprühten, ist 67.000 mal giftiger als Zyankali! Doch US-Cowboy Ronald Reagan hält diese Grauen immer noch für „eine edle Sache“. Und er bedroht auch unser Land mit dem chemischen Tod.

Die in Rheinland-Pfalz und Südhessen gelagerten Massenvernichtungsmittel — u.a. binäres Nervengas — sind um ein vielfaches gefährlicher als die chemischen Kampfstoffe seinerzeit in Vietnam. Sie reichen aus, um ganz Europa menschenleer zu gasen.

Die Solidaritäts- und Friedensbewegung sind anders als ihre Gegner nicht auf Vermutungen angewiesen. Sowohl Vietnam als auch Hiroshima und Nagasaki beweisen zu welchen Verbrechen die US-Führung im Konfliktfall bereit ist.



Viet Duc (2 Jahre alt) hat zwei Köpfe und vier Arme — sein Vater wurde im Vietnamkrieg mit dem US-Gift Agent Orange besprüht